

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Fragen und Antworten
zur Restabwicklung
Mittel- und Westdeutschlands
von 1990 bis 2022, Teil 5**

Sonderheft Nr. 50



**Fragen und Antworten
zur Restabwicklung
Mittel- und Westdeutschlands
von 1990 bis 2022, Teil 5**

Sonderheft Nr. 50

Fragen und Antworten ... 1990-2022, Teil 5

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Wer verwandelte die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik Deutschland in eine Parteiendiktatur?	2-40
2. Wie versucht man die Nebenwirkungen von Covid-Impfstoffen zu verheimlichen?	41-52
3. Was steckt tatsächlich hinter dem Klimawandel?	52-76
4. Wieso setzt Japan trotz Fukushima weiterhin auf die Nutzung der Kernenergie?	76-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Fragen und Antworten zur Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 1990 bis 2022, Teil 5

1. Wer verwandelte die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik Deutschland in eine Parteiendiktatur?

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig eigentlich keine mittelbare, repräsentative Demokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln, sondern es etablierte sich eine Art Parteienherrschaft (Scheindemokratie bzw. Parteiendiktatur), in der die gewählten Parteien das Denken und Handeln für das Volk übernahmen, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.

Judikative, Exekutive und Legislative müssen in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz jedoch keine spezielle Gewaltenteilung vor.

Die etablierten deutschen Regierungsparteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und wählen außerdem die höchsten Vertreter der Judikative. Sie beeinträchtigen damit indirekt die richterliche Unabhängigkeit bzw. die gesamte Justiz. Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (Rechtsprechung) existiert demnach nicht, da die gesamte Staatsgewalt durch die gewählten Regierungsparteien ausgeübt wird.

Ein Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist, um das demokratische Gleichgewicht zu gewährleisten, wird zwangsläufig die Macht mißbrauchen.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden gemäß Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem

Gewissen unterworfen.

Einige Abgeordnete des Deutschen Bundestages sind leider schon längst keine Vertreter des Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich heimlich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern. Diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung von besetzten Machtpositionen, der Durchsetzung von NWO-Zielen (Abschaffung des deutschen Nationalstaates, Umvolkung usw.) sowie um die verdeckte Unterstützung von Wirtschaftsinteressen.

In allen deutschen Ministerien arbeiten von den Lobbyverbänden bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten maßgeblich an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc.

Obgleich die Abgeordneten relativ hohe Vergütungen erhalten, nutzen viele Abgeordnete die Politik vor allem dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen außerdem gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geschickt agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 24. März 2000: >>**Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung - am Volk vorbei**

Die politische Klasse als Souverän

Karl van den Driesch

Willy Brandts Appell "Mehr Demokratie wagen" könnte Richtschnur gewesen sein für Hans Herbert von Arnim, Jahrgang 1939, Professor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaft Speyer, unermüdlicher Streiter für eine bessere Demokratie in unserem Land. Soeben hat er sein neues Buch "Vom schönen Schein der Demokratie" vorgelegt.

Wer von dem ansehnlichen Oeuvre zum Thema weiß, wundert sich eigentlich nicht, sein Credo von der Notwendigkeit direktdemokratischer Verfahren wie Volksbegehren/Volksentscheid auf Bundes- und Landesebene und Bürgerbegehren/Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene variiert wiederzufinden, verfeinert, erweitert, mit Argumenten, die im Diskurs der Jahre gewonnen haben. Die allgemeinen Macht- und Motivationsverschiebungen werden noch einmal fokussiert, um dann spezielle Probleme unseres Föderalismus und einer direkten Demokratie zur Ergänzung unserer repräsentativen Staatsform in den Blick zu nehmen.

Dreh- und Angelpunkt ist die Bestimmung im Grundgesetz "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", die den Parteien lediglich eine Mitwirkung zugesteht. Dieser Entwurf ist inzwischen verkommen zu einer Parteienherrschaft, die den Bürger auf Distanz hält und ihm Partizipation weitgehend verwehrt. Das Sagen hat eine "politische Klasse" (hauptberufliche Politiker, die von der Politik leben und ihren Status einer Partei verdanken) mit einer "politischen Elite" (in deren Händen sich Macht konzentriert).

Im Gegensatz zur Gemeinwohl-Orientierung des Grundgesetzes lassen sich Berufspolitikern heute vorwiegend vom Eigeninteresse des Machterhalts und damit einer Sicherung ihrer Pfründe leiten, wofür extrem das Beispiel des Altbundeskanzlers Kohl steht, der sich sogar über die Verfassung hinwegsetzte.

Der Bürger darf dagegen nur sehr begrenzt befinden, in der Regel bei Wahlgängen. Seine Entmündigung zeigt sich besonders auf Bundesebene, wo die wichtigsten Entscheidungen fallen. Schon an der Entwicklung des Grundgesetzes wurde er nicht beteiligt. Er kann nicht einmal über die Kandidaten entscheiden, die für Bundestag und Landtage zur Wahl stehen, da diese von den Parteien nach Gutdünken ausgewählt werden und durch ein starres Verhältniswahlrecht mit "sicheren" Listenplätzen sogar eines eigenen Profils entsagen dürfen.

Der Bürger entscheidet allein noch über die Größe der Parlamentsfraktionen und damit über die Herrschaftsanteile der Parteien. Schon ein öffentliches Nachdenken über eine reine Mehr-

heitswahl, die die Parlamente vor Luschen bewahren könnte, ist verpönt.

Auch die große Richtung der Politik läßt sich kaum beeinflussen. Unwägbarkeiten ergeben sich aus Regierungskoalitionen mit dann ausgehandelten Verträgen und aus Mehrheiten der Opposition im Bundesrat. Und die Strukturen geben manches Demokratische nicht her, etwa einen Volksentscheid zur Einführung des Euro wie in anderen Ländern.

Mit einer parteiübergreifenden Gemeinsamkeit der Interessen verfügt die politische Klasse heute über die Spielregeln des Erwerbs von Macht, Posten und Geld. Sie ist quasi souverän geworden, die Souveränität des Volkes sei, so von Arnim, übergegangen auf die politische Klasse. Selbst verfassungsrechtliche Grenzen werden durch Grundgesetzänderung überschritten, wenn sich Regierung und Opposition darin einig sind, eigene Unrechtshandlungen zu kaschieren, assistiert von einem Bundesverfassungsgericht, in dem nur Richter sitzen, die von den Parteien ausgewählt wurden.

Aus den Fehlentwicklungen zieht von Arnim den Schluß, daß Heilung nur von einer Rückbindung der Politik an die Bürger über Elemente einer direkten Demokratie zu erwarten ist.

Bei den Bundesländern zeigt der Autor verwandte Probleme, Verwerfungen der föderativen Landschaft zu Lasten von Effizienz und Partizipation. Durch Initiativen der Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Länder als Kunstprodukte früher entstanden als Grundgesetz und Republik. Verständlich, daß die Ministerpräsidenten, die von den Alliierten noch vor den ersten Landtagswahlen eingesetzt worden waren, bei der Arbeit am Grundgesetz ihre Interessen pflegten.

So verhinderten sie die Ausgestaltung der Länderkammer als Senat mit direkt gewählten Mitgliedern nach US-Vorbild und setzen gegen Adenauer, Schumacher und Heuss den heutigen Bundesrat durch, der - bei den zweiten Kammern in der Welt einzigartig - aus den Regierungen der Gliedstaaten besteht, was ihnen ein Mehr an Macht und Einfluß sichert. Sie vereitelten auch den von den Alliierten gewünschten Volksentscheid über das Grundgesetz.

Zur Rückbindung der politischen Klasse an die Bürger mahnt von Arnim grundlegende Verfassungsreformen an:

Volkswahl der Ministerpräsidenten nach dem Vorbild der Direktwahl von Oberbürgermeistern in Großstädten; statt Ministerien bescheidene Landesämter mit politischen Beamten an der Spitze, ernannt vom Ministerpräsidenten und versetzt in den einstweiligen Ruhestand bei Vertrauensverlust; Reform des Verhältniswahlrechts über Kumulieren (Häufeln mehrerer Stimmen) und Panaschieren (Kandidaten verschiedener Parteien wählen können, auch Kandidaten dazuschreiben); Schaffung eines Teilzeitparlaments, Entschädigung statt Vollalimentation und Überversorgung; Volksbegehren/Volksentscheid mit niedrigen Zugangshürden.

Schließlich stellt von Arnim die Frage nach der Berechtigung der Bundesländer unter den obwaltenden Umständen heute und in der EU morgen.

Spätestens hier fragt auch der Leser nach der Durchsetzbarkeit solcher Reformideen. Von Arnim ist sich dieser Problematik bewußt. Er setzt auf Bürgerinitiativen, in einzelnen Bundesländern, deren Arbeit eine Sogwirkung auslösen müßte. Hinweisen auf das Grundgesetz begegnet er mit Artikel 146 Grundgesetz, der das deutsche Volk ermächtigt, sich in freier Entscheidung eine neue Verfassung zu geben. Das würde selbst ein Ersetzen des Bundesrates durch einen volksgewählten Senat ermöglichen.

Die politische Klasse hat erkannt, daß sich mit direkter Demokratie in Ergänzung der repräsentativen ein neues System etablierte, das ihre Freiräume einengt und die Machtverteilung hin zum Staatsvolk verschiebt. So etwas wird erfahrungsgemäß nicht ohne Widerstand hingenommen. Und Machtträger sind nicht zimperlich bei der Wahl ihrer Mittel, wenn es um die Verteidigung von Privilegien geht. Die politischen Gegenmaßnahmen haben sich niedergeschlagen in Hürden, die man heute den Volks- und Bürgerbegehren in den Weg stellt in Form von Sachbeschränkungen, Zulässigkeitsüberprüfungen, Quoren und Fristen.

Der Wunsch, direktdemokratische Möglichkeiten auf Bundesebene zu schaffen, ist im Land populär und von zwei Spitzengremien schon positiv beurteilt worden. Die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat nach der Wiedervereinigung war mehrheitlich für derartige Vorschläge eingetreten, scheiterte jedoch an der Zweidrittelmehrheit, die für Kommissionsbeschlüsse festgelegt worden war.

Nach der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung sind direktdemokratische Elemente auf Bundesebene durch Änderung des Grundgesetzes geplant. Doch auch hier dürfte die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat nicht zustande kommen; denn CDU und CSU haben sich bislang gegen solche Projekte ausgesprochen.

Wenig überzeugend sind die direktdemokratischen Visionen des Autors in Richtung Brüssel; er dürfte sie selbst bei einer hohen Lebenserwartung nicht einmal in Ansätzen erleben. Der geringe Fortschritt mit der direkten Demokratie in der Bundesrepublik verdankte sich besonderen Konstellationen, weitere Fortschritte dürften mit immensen Schwierigkeiten verbunden sein - trotz der Hoffnung, daß vielleicht einmal nicht zu verstehen sein wird, warum das Durchsetzen direkter Demokratie so schwer war.

Der informativen Zusammenschau ist zu wünschen, daß sie den angestrebten Überzeugungseffekt in einem breiten Maße erreicht.

Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung - am Volk vorbei. Droemer Verlag, München 2000 ...

Karl van den Driesch, Oberst a.D. der Bundeswehr, arbeitet als freier Journalist.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Mündige Bürger als Risiko**

Parteiherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei.

"Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.

Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 17. Mai 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/...): >>**Fassade "Demokratie"**

"Wählen bedeutet die Illusion des Einflusses im Austausch gegen den Verlust der Freiheit."

Frank Karsten/Karel Beckmann: *Wenn die Demokratie zusammenbricht.*

Die heutige Form der Demokratie wird weithin als die beste aller möglichen Gesellschaftssysteme, als Höhepunkt der politischen Entwicklung der Menschheit, wenn nicht gar als endgültige Entwicklungsform menschlichen Zusammenlebens gepriesen. Freiheit, gleiche Teilhabe und Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, sowie materieller Wohlstand werde durch die moderne Form der parlamentarischen Demokratie garantiert. In ihr entscheide nicht mehr ein Einzelner oder eine privilegierte Schicht diktatorisch über das Volk, sondern dieses bestimme seine Geschicke selbst.

Kratzen wir an dieser Fassade, so kommt vielfach etwas ganz anderes zum Vorschein. Auch

in der heutigen Demokratie wird das Leben der Menschen weitgehend von außen durch Gesetze reglementiert, die von einer privilegierten Politikerkaste beschlossen werden, nur daß diese ihre Stellung nicht der Geburt, sondern den Wahlen des Volkes verdankt. Mit der Wahl aber, die stets als großes demokratisches Ritual gefeiert wird, beschränkt sich die Mitwirkung des Bürgers an der politischen Willensbildung darauf, seine Stimme im doppelten Wortsinn abzugeben und anschließend ohnmächtig zu verfolgen, was die Parteien und Politiker daraus machen.

Fast alle gesellschaftlichen Themen werden, mit zunehmender Tendenz, zu kollektiven Problemen gemacht und per Gesetz zentral organisiert. Von Freiheit und Selbstbestimmung kann da keine Rede sein. Das ist prinzipiell ebenso eine Fremdbestimmung des Menschen wie in einer vormundschaftlichen Diktatur, nur daß in der "Demokratie" die Menschen ihre Vormünder alle paar Jahre unter mehreren Bewerbern selbst auswählen dürfen.

Der Name "Volksherrschaft" täuscht etwas vor, was nicht vorhanden ist. Nicht der Wille des Volkes, sondern der Wille weniger, die vorgeben, das Volk zu vertreten, hat das Sagen. So rief ein holländischer Komiker einmal aus: "Demokratie ist der Wille des Volkes. Jeden Morgen lese ich überrascht in der Zeitung, was ich will."

Wir haben in Wahrheit eine Oligarchie, in der "die herrschenden Gesetze die Gesetze der Herrschenden" (B. Brecht) sind. Es herrscht in den Gesetzen vielfach nicht das von allen als gerecht empfundene Recht, sondern im Kostüm des Rechts herrschen die Interessen der Wenigen.

Demokratie ist unbedingt notwendig. Nur ist das, was heute so genannt wird, keine wahre Demokratie. Es wird das Wort eines positiven Begriffes benutzt, hinter dessen Fassade sich etwas ganz anderes abspielt. Und durch die permanente phrasenhafte Preisung des Wortes wird das Bewußtsein der Menschen eingelullt, so daß sie schließlich glauben, was ihnen vorgegaukelt wird.

Der geistigen und gesellschaftlichen Geschichte der europäischen Völker liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft die vorwärts drängende Entwicklung des Menschen zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität zugrunde. Auch die Demokratie-Bewegung ist letztlich daraus hervorgegangen.

Das wachsende Bewußtsein, daß nicht nur wenige, sondern jeder Mensch die Wahrheit erkennen und aus eigener Einsicht sein Leben selbst bestimmen kann, ließ die Herrschaft eines privilegierten Adels unerträglich werden. Der Mensch will nicht mehr Gesetzen unterworfen sein, die ihm von oben diktiert werden, sondern seine Lebensverhältnisse selbst gestalten und an dem, was notwendig gesetzlich geregelt werden muß, als Gleicher unter Gleichen mitwirken.

Da stellt sich zuerst die für eine freiheitliche Demokratie wesentliche Frage, die zumeist übergangen wird, welche Gesetze in einer Gemeinschaft überhaupt notwendig sind. Denn ein Gesetz, mag es inhaltlich noch so gut oder gut gemeint sein, schließt immer das freie Handeln des Menschen aus und unterwirft es einem äußeren Zwang.

Wenn Freiheit und Selbstbestimmung, Gleichheit vor dem Gesetz und Sozialverhalten die Ideale des demokratischen Staates sind, dann kann dessen Sinn und Aufgabe nur darin bestehen, durch die Verfassung, das Zivil-, Straf- und sonstige Ordnungsrecht den schützenden Rahmen dafür zu bilden, daß seine Bürger im Sinne dieser die Demokratie in ihrem Fundament begründenden Menschenrechte ihr Leben selber bestimmen und gestalten und darin ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Die staatliche Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Entwicklung des Menschen zur freien Individualität zu dienen.

Gesetze dürfen danach nicht die inhaltliche Regelung der wirtschaftlichen und kulturell-geistigen Tätigkeit der Bürger, ihr physisches und moralisches Wohl, zum Ziele haben. Denn dann setzt sich der Staat an die Stelle der Handlungsintentionen des freien Menschen, schaltet

mit der Selbstbestimmung seine Freiheit aus und verletzt ihn in seiner Würde als autonomes Wesen.

Der Mensch wird dann nicht als mündiges Subjekt, sondern als Objekt des Willens anderer behandelt und erniedrigt. Es wird automatisch ein demokratiewidriges Über- und Unterordnungsverhältnis begründet, dem die Menschen passiv ausgesetzt sind.

Der Staat tritt als Vormund auf, der unausgesprochen voraussetzt, daß die Menschen unmündig seien, denen von den wenigen Mündigen im Staate, von "denen da oben", wie die hilflosen Bürger noch immer bezeichnenderweise sagen, vorgeschrieben werden müsse, was das Richtige und Beste für sie sei. Es ist noch eine unbewußt so tief sitzende obrigkeitsstaatliche Gewohnheit und Tradition, daß man gar nicht mehr die darin liegende Arroganz und Überheblichkeit empfindet. Sie wird nur durch das suggestiv-mediale Ritual der Parlaments-Wahlen verdeckt, das für den Wähler die Illusion des Einflusses erzeugt, in Wahrheit aber die Abgabe seiner Freiheit bedeutet.

Dem demokratischen Staat darf es nur um den Schutz des vom Bürger selbst zu besorgenden Wohles vor Gefährdungen, also um die Sicherung des äußeren und inneren Friedens gehen. Hier handelt es sich um Aufgaben, die nicht vom Einzelnen, sondern nur im Zusammenschluß aller und durch gemeinsam vereinbarte Regeln gelöst werden können.

Sie sind es, welche die Bildung einer Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm konstitutiv zugrunde liegen. Das Strafrecht sorgt für die Sicherheit vor sozial zerstörerischen Handlungen, die gegen Leib, Leben und gerichtet sind. Das bürgerliche Recht faßt die Beziehungen der Menschen, wie sie sich im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben ergeben, in Regeln, die dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen. Im Verfahrensrecht ist die Selbstjustiz des einzelnen unterbunden und die Verfolgung seines Rechtes zur Sorge der Gemeinschaft gemacht, die hier nicht eigene Interessen, sondern diejenigen des Recht suchenden Bürgers vertritt.

Nur in diesem auf allgemeine Regeln reduzierten Rechtsleben des Staates, in dem jeder mündige Mensch urteilsfähig ist, kann es eine parlamentarische Abstimmung geben. In inhaltlichen Fragen des Wirtschafts- und des geistig-kulturellen Lebens ist sowieso nur der jeweilige Fachmann urteilsfähig. Das wegen der Größe eines Staatsgebietes notwendige repräsentative System müßte aber für grundsätzliche Rechtsfragen noch durch Volksabstimmungen ergänzt werden. ...

Der Staat hat nur den rechtlichen Rahmen zu setzen, der Privilegien und Monopole verhindert, die zu Unterdrückung und Ausbeutung führen. Er hat aber nicht über Parlamente und Wirtschafts- oder Kultusministerien irgendeinen dirigierenden Einfluß auszuüben. ...

Die Anmaßung des Staates, bzw. der ihn lenkenden Kreise, alle Lebensgebiete des Menschen inhaltlich zu reglementieren, hat dazu geführt, daß sich am Flaschenhals des Parlamentes, durch den alle Regelungen hindurchmüssen, ein riesiger Schwarm von Interessengruppen, die Lobbyisten, festgesetzt hat, um Einfluß darauf zu nehmen. Die größten Interessengruppen sind die politischen Parteien, die sogar das Parlament okkupiert haben. Sie stellen ausschließlich die "Volksvertreter", die aber in Wahrheit die Interessen ihrer Partei vertreten, der sie verantwortlich sind. Sie unterliegen der Partei-Disziplin zur Geschlossenheit in den Abstimmungen, dem "Fraktionszwang", der schon für sich die grundgesetzlich garantierte Unabhängigkeit des Abgeordneten aushebelt.

Eine direkte Verbindung zum Volk ist dadurch nicht vorhanden. Es gibt nur eine begrenzte Personenwahl, die von den Parteien vorgegeben wird, und eine Gruppenwahl, die ebenfalls über die Landeslisten der Parteien erfolgt. 40 % der Abgeordneten kommen schon über einen sicheren Listenplatz der Parteien in das Parlament. Sie stehen also schon vor der Wahl fest, werden gar nicht von den Bürgern, sondern praktisch von den Parteien bestimmt, in denen nur 2,4 % des Volkes organisiert sind.

Die Hoheit der Gesetzgebung liegt de facto nicht beim Abgeordneten, sondern bei seiner Partei. Gesetzgeber ist de facto nicht das Parlament, sondern die Regierungspartei oder die Koalitionsrunde der Regierungsparteien. Es wird das Parlament nur formal als Forum benutzt. Die tatsächlichen Entscheidungen werden vorher in der Partei gefällt, in der Legislative und Exekutive eins sind, die Gewaltenteilung also aufgehoben ist.

Diese scheindemokratischen Strukturen geben nun die Möglichkeit ab, daß Hintergrundkreise diese Oligarchie als Instrument benutzen und für ihre Interessen und Ziele einspannen können, so daß die Politiker vielfach nur ihre Marionetten sind. Daß zu diesen Hintergrundkreisen die Finanzindustrie gehört, ist für jedermann mehr als offensichtlich geworden.

Die Vorgänge in der "Eurorettung" offenbaren ja jedem, wessen Interessen hier bedient werden. Astronomische Summen, den Steuerzahlern des einen Volkes geraubt, werden in scheinbarer Solidarität den überschuldeten anderen Völkern gegeben, fließen aber in Wahrheit den internationalen Banken zu, um deren Forderungen zu begleichen. Zusätzlich werden noch Schulden der Banken direkt getilgt.

Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Democratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungsmittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.

Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Sowie dem Staat die angemessenen inhaltlichen Regelungen in der Wirtschaft, einschließlich des Geldwesens, und in der Kultur entzogen würden, hätten die Interessengruppen bei Parlament und Regierung keine Ansatzpunkte mehr, und auch die politischen Parteien würden verschwinden. Damit entfele zugleich für die Hintergrundkreise die Möglichkeit, über politische Marionetten die Gesellschaft in ihrem Sinne zu lenken und zu prägen.

Für Volksabstimmungen und natürlich noch notwendige Parlamente der Volksvertreter bliebe nur die Kompetenz der oben skizzierten Rechtssetzung im eigentlichen Sinne, bei der es nicht um inhaltliche Teil- oder Gruppeninteressen, sondern um den rechtlichen Rahmen geht, in dem jeder Mündige urteilsfähig ist.

Das bedeutet, daß sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben ihre jeweils eigenen Verwaltungen bräuchten, in denen horizontal in kooperierenden Körperschaften die notwendigen koordinierenden, aufeinander abstimmanden vertraglichen Vereinbarungen getroffen werden. So daß sich eine Dreigliederung des gesellschaftlichen Lebens in das Rechts-, Wirtschafts- und Kulturleben ergäbe, die durch eigene Verwaltungen eine relative Unabhängigkeit voneinander hätten, sich aber funktional wie in einem Organismus durchdringen würden. ...

Es kommt alles darauf an, die jetzige "demokratische" Diktatur endlich im Sinne des sich

selbst bestimmenden freien Menschen zu verändern, wenn sich die Katastrophen nicht fortsetzen sollen.<<

Herbert Ludwig berichtete am 18. November 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politischen Parteien (x935/...): >>**Das Verhängnis der politischen Parteien**

... Wesen der Partei

Das Wort "Partei" kommt von lateinisch "pars", was der Teil bedeutet. Parteien vertreten weltanschauliche und konkret politische, wirtschaftliche oder kulturelle Teil-Interessen, die sie durch möglichst viele Vertreter im Gesetzgebungsverfahren des Parlamentes und in der Regierung durchsetzen wollen. Es handelt sich um organisierte Gruppeninteressen, die primär nicht das Ganze, sondern Einseitigkeit und Egoismus eines Teiles im Auge haben.

So prallen mit den Parteien verschiedene Gruppenegoismen im Kampf um die Macht über die Gesetzgebung aufeinander. Und wer durch die Wahl die Mehrheit der Stimmen im Parlament erhalten hat, kann dem Ganzen des Volkes Gesetze aufzwingen, die den Interessen eines Teiles, einer Gruppe, dienen, was zwangsläufig die Vernachlässigung und Unterdrückung der Interessen der Anderen bedeutet.

Das hat mit einem nach Gerechtigkeit geordneten Gemeinwesen nichts zu tun. Der Staat als die rechtliche Verfaßtheit aller muß für die Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller sorgen. Dies wird durch Parteien, die das Gesetzgebungsverfahren in den Händen haben und von denen die quantitativ stärkste die Gesetze bestimmt, gerade verhindert. ...

Lobbyismus

Es gibt noch andere Interessengruppen, die nach der Vorhalle des Parlaments benannten Lobbyisten. Lobbyismus ist die persönliche argumentative Einflußnahme organisierter Interessengruppen auf die Legislative und Exekutive. Sie wollen, daß die eigenen Interessen nicht nur berücksichtigt werden, sondern möglichst bestimmend in die Gesetze eingehen und sie prägen. Im Jahr 2014 waren beim deutschen Bundestag offiziell 2.221 Interessen-Verbände und deren Vertreter registriert. ...

Keine Volksvertreter

Die von den Parteien gestellten Abgeordneten sind keine Volks-, sondern Parteivertreter, deren partikulare Interessen sie im Parlament wahrnehmen. Sie verschleiern das natürlich gerne, indem sie als "Volksvertreter" ausgegeben werden. Doch das geflügelte Wort "*Wer glaubt, daß Volksvertreter das Volk vertreten, der glaubt auch, daß Zitronenfalter Zitronen falten*" drückt schon in sarkastisch-bitterer Weise den wahren Sachverhalt aus.

Nach Art. 38 des Grundgesetzes sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwar "*Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen*". Das ist aber, seitdem die Abgeordneten ausschließlich von den Parteien gestellt werden, eine Fiktion, die sie zur Täuschung und Vernebelung der Wähler vor sich hertragen.

Die Interessen der Partei, die die parteiischen Abgeordneten zu vertreten haben, sind, wie wir alle wissen, mit den Interessen des ganzen Volkes nicht identisch. Die SPD vertritt heute noch nicht einmal die tief berechtigten Interessen ihrer eigenen ursprünglichen Klientel, der Arbeiterschaft, sondern weitgehend die der Unternehmer.

Weicht ein Abgeordneter von der ausgegebenen Linie der Partei- oder Fraktionsspitze ab, verschlechtert sich rapide das persönliche Klima zu ihm. Er wird gemieden, verliert bei nächster Gelegenheit seinen Sitz in einem Ausschuß und muß bei fortgesetztem grundgesetzkonformem Verhalten damit rechnen, bei der nächsten Wahl von der allmächtigen Partei nicht mehr als Kandidat aufgestellt zu werden.

Demokratiefeindlichkeit

Die Partei und ihre Fraktion im Parlament sind hierarchisch aufgebaute Organisationen, die

ihre Mitglieder zur Durchsetzung von gemeinsamen Interessen zusammenbinden. Dies kann ja auch nur bei geschlossenem Vorgehen erreicht werden. Der Einzelne ist an die durch Mehrheitsbeschluß oder Vorstands-Vorgaben verordneten Parteirichtlinien gebunden. Seine eigenen Einsichten, Erkenntnisse und Motive spielen demgegenüber keine Rolle mehr.

Er unterliegt dem Gruppenzwang, der ihn als freie Individualität, auf der doch die Demokratie beruhen soll, ausschaltet und zum gehorsamen "Parteisoldaten" degradiert. Das wird nicht dadurch anders, daß er seine parteiinternen Vormünder wählen kann. Der Mensch, durch Erkenntnis und Selbstbestimmung über das Tier erhoben, wird im "Hohen Hause", wie der Volksmund treffend sagt: zum "Stimmvieh".

Von daher liegt die Gesetzgebung de facto nicht bei den Abgeordneten, sondern bei ihrer Partei. Gesetzgeber ist im Grunde nicht das Parlament, sondern die Mehrheits-Partei oder Koalitionsrunde, wo die Gesetzesvorhaben beschlossen werden. Das Parlament stellt nur noch formal das Forum dar, auf dem der Gesetzgebungsprozeß als leeres Theaterstück für das Volk abläuft. Da zudem Parlamentsmehrheit und Regierung von derselben Partei gestellt werden, ist die Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive praktisch aufgehoben.

Auch die Judikative ist von Parteimitgliedern durchsetzt und ihre Unabhängigkeit durchlöchert, was sich besonders gravierend beim Bundesverfassungsgericht, dem Hüter und maßgebenden Ausleger des Grundgesetzes auswirkt. Die 16 Richter werden je zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählt, also von Vertretern der Landesregierungen, die natürlich Parteien angehören, und von Parlamentariern, die Vertreter von Parteien sind. Die Parteien bestimmen also nach dem Proporz die Richter, die natürlich einer Partei angehören oder ihr besonders nahe stehen. ...

Die Parteien durchsetzen also alle Bereiche der Macht des Staates und heben die Gewaltenteilung auf, da die Amtsträger überall Mitglieder oder Sympathisanten derselben Partei sind, die daher praktisch alle Gewalt in ihrer Hand hält. Die Parteien sind grundsätzlich demokratiefeindlich. ...

Die Interessen hinter den Interessen

Die den Staat und seine Organe beherrschende scheindemokratische Parteien-Oligarchie gibt die Möglichkeit ab, daß noch ganz andere Interessen sich ihrer bedienen, die nicht offiziell in der Lobby vertreten sind, aber aus dem Hintergrund den größten Einfluß entfalten. So ist für jeden offensichtlich, daß die Politiker aller Parteien heute weitgehend den Interessen der Finanzindustrie dienstbar sind, wie man z.B. an der schon Jahre andauernden Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler, die als Rettung von Schuldnerländern ausgegeben wird, sehen kann.

Mit Ausnahme der Partei "Die Linke" haben alle Parteien stets mehrheitlich zugestimmt. Man kann nicht oft genug auf die treffende Feststellung des sonst zwielichtigen Coudenhove-Kalergis hinweisen:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Wenn die Omnipotenz der Gesetzgebung aufgelöst würde, fiel die Parteien-gestützte schein-demokratische Fassade in sich zusammen und mit ihr auch die Herrschaft der Plutokratie.

Noch stärker, aber durchaus im Bunde mit der Finanzindustrie, wirkt der übermächtige Bruder über dem großen Teich auf die Politiker der Parteien ein; auf die in der Regierung über die

diplomatischen und geheimdienstlichen Kanäle, auf den Nachwuchs durch die "Young-Leader-Programme" und Schulungen in den zahlreichen transatlantischen Gesellschaften, in denen sie im Verein mit den Alpha-Journalisten der Medien auf die Außenpolitik der USA und die Militärpolitik der NATO eingeschworen werden. Doch die Einwirkung ist natürlich noch weit komplexer.

Erst dann, wenn die Parteien-Oligarchie in der angedeuteten Weise verschwände, bestünde die Möglichkeit, den bis dahin von Partei-Kollaborateuren gestützten Vasallenstatus Deutschlands allmählich abzuschütteln. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. April 2016 (x887/...):

>>**Blanker Hohn**

Jan Heitmann

Vor drei Jahren schwadronierte der damalige WDR-Chefredakteur Jörg Schöneborn davon, daß die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten "das Funktionieren unserer Demokratie" sichern würden. Doch wie wenig sie tatsächlich staatsferne, unabhängige und objektive Berichterstattung bieten sollen, führt uns die rot-grüne Landesregierung in Bremen vor Augen. In aller Eile hat sie ein neues Radio-Bremen-Gesetz durchgepeitscht, mit welchem dem Sender vorge-schrieben wird, was er zu senden hat.

Dort heißt es nämlich: "Die Angebote der Anstalt haben die besonderen Belange von Migran-tinnen und Migranten zu berücksichtigen. Die Integration von Menschen mit Migrationshin-tergrund und Flüchtlingen ist nachhaltig zu unterstützen." Daß es dann weiter heißt, "die Ge-staltung der Angebote der Anstalt" müsse "frei sein von Beeinflussung durch die Regierung oder von einseitiger Einflußnahme durch politische, wirtschaftliche, religiöse und andere In-teressengruppen", wirkt wie blanker Hohn.

Bei der Gelegenheit haben die Regierenden auch gleich dafür gesorgt, daß die im vergangenen Jahr mit vier Abgeordneten ins Landesparlament eingezogene AfD aus dem Rundfunkrat fern gehalten wird. Denn wenn sich dieser Anfang Juni für die nächsten vier Jahre neu konstituiert, dürfen nur noch die Parteien Vertreter in das Kontrollgremium entsenden, die mindestens in Fraktionsstärke, also mit fünf Abgeordneten, ins Parlament eingezogen waren.

So ist das Paket, das Bremer SPD und Grüne für den ARD-Landessender geschnürt haben, ein Angriff auf dessen redaktionelle Hoheit, auf die Pressefreiheit und damit auf die Demokratie an sich.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/3): >>**Wenn Wahlen etwas ändern würden ...**

Chefredakteur Jürgen Elsässer

Wahlkampfzeit. Jetzt lügen sie uns wieder die Hucke voll: Die Asylantenflut ist vorbei. Der Terror hat nichts mit dem Islam zu tun. Die Ausländerkriminalität sinkt. An Einzelfälle müs-sen wir uns gewöhnen. Die Fachkräfte aus Syrien sichern unsere Renten. Die Energiewende bleibt bezahlbar. Die Mieten werden sinken. Die Schwulenehe führt zu Kinderfreundlichkeit. Niemand hat die Absicht, die Steuern zu erhöhen.

Glaubt eigentlich irgend jemand diesen Unsinn? Jeder weiß doch, daß nichts davon der Wahr-heit entspricht. Aber die meisten haben sich damit abgefunden. In Zeiten postmoderner Belie-bigkeit kann man sich ohnedies auf nichts mehr verlassen. Jede Partei schleift die Fundamen-te, auf denen sie gegründet wurde: Die christliche CDU will nichts mehr von der christlichen Ehe wissen, die liberale FDP macht den Bückling vor der Euro-Planwirtschaft, die sozialde-mokratische SPD drückt die Löhne ihrer Arbeiterwähler durch importierte Billiglöhner, die einst gewaltfreien Grünen sind für jeden Krieg zu haben - und ein linker Ministerpräsident begrüßt Scheinasylanten mit einem herzlichen "Inshallah". ...

Zu konstatieren ist: Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten. Der Geg-ner ist zu mächtig für eine parlamentarische Machtübernahme. Nachdem Trump trotz seiner

Milliardenreserven mit dem Tiefen Staat nicht fertig geworden ist, wer soll es dann schaffen? Trotzdem wäre es falsch, die Wahlen zu boykottieren. Ein möglichst gutes Ergebnis für die AfD hat durchaus eine realpolitische Bedeutung - es wirkt als Muntermacher für das Oppositionsvolk, das seine zahlenmäßige Stärke erkennt, und erschreckt die Herrschenden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/78-80): >>**Die Abschaffung von Demokratie und Republik**

_ von Karl Albrecht Schachtschneider

Der Parteienstaat ist die typische Verfallserscheinung der Republik, bekannt schon aus deren Niedergang im Alten Rom. Das Parteienprinzip läßt der politischen Freiheit nur wenige Chancen. Es ist dem monarchischen Prinzip, der Souveränität des Fürsten, ähnlich.

Im Parteienstaat schrumpft das demokratische Prinzip der Republik, das Essentiale der allgemeinen Freiheit der Bürger, zu einer parteidemokratischen Herrschaftsform. Das demokratische Prinzip ist die Souveränität der Bürger, deren Freiheit; denn alle Staatsgewalt geht in der Republik vom Volke aus - siehe Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz (GG). Das Parteienprinzip ist die Oligarchie einiger weniger Parteiführer, die bis zur Autokratie oder auch Diktatur eines Parteivorsitzenden reichen kann. Der Parteienstaat nistet sich regelmäßig in Demokratien ein, denen die Bürgerlichkeit ermangelt oder verlorengeht. Wesentlicher Grund dafür ist in der parlamentarischen Demokratie das Verhältniswahlssystem mit Sperrklauseln.

Typisch bilden sich Parteienherrschaften ohne wirkliche Opposition. Die Pluralität der koalierenden Parteien täuscht im Verbund mit Medien und Wirtschaft Demokratie vor. Die Gewaltenteilung pflegt durch die Allmacht der Einheitsparteien kraftlos zu werden - wie in Deutschland.

Die innerparteiliche Aristokratie

Das Dilemma der Republik, die um der Freiheit willen demokratisch sein muß, ist die geradezu unausweichliche Oligarchisierung der politischen Parteien, an der sich seit der klassischen Untersuchung von Robert Michels, einem der Gründerväter der modernen Politikwissenschaft im 20. Jahrhundert, nichts geändert hat. Parteiungen sind das erfolgreichste Herrschaftsprinzip außer der Theokratie und der Monarchie, die ebenso oligarchisch sind. Immer herrschen Wenige über die Vielen.

Die oligarchische Wirklichkeit wird mit dem Argument zu rechtfertigen versucht, daß "die parlamentarische Demokratie notwendig ein Parteienstaat" sei. In der Tat bilden sich Netzwerke und Bündnisse, die Macht anstreben und verschaffen, in jedem System. Dieses Machtinteresse muß den Staat jedoch keinesfalls den Parteien ausliefern.

... Angela Merkel hat diese Macht zu systemverändernden Rechtsbrüchen mißbraucht. Niemand ist ihr in den Arm gefallen. Der Kanzler handelt wie der Souverän, faktisch, nicht rechtlich. "Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet" (Carl Schmitt, führender Staatsrechtler des NS-Regimes). ...

Die Parteien sind an die Stelle der Aristokratie getreten. Sie sind keine Volksparteien. Dafür ist allein schon die Mitgliedschaft zu klein. Sie macht insgesamt weniger als zwei Prozent der Bevölkerung aus - und allenfalls zehn Prozent der Parteimitglieder, also 0,2 Prozent der Bevölkerung, sind in den Parteien aktiv.

Der Aufstieg der Opportunisten

Vor allem aber sind die im Bundestag bislang vertretenen Parteien weder volksnah noch erkennbar am Gemeinwohl interessiert. Das täuschen sie nur vor, um gewählt zu werden. Sie sind vielmehr elitär, ohne Elite zu sein, und vornehmlich auf überhöht bezahlte Ämter und noch lukrativere Pfründe aus. Das erleichtert den Parteiführungen die oligarchische Bevormundung ungemein. In einem alternden Parteienstaat setzen sich, wie in jedem Herrschaftssystem, diejenigen bis in höchste Ämter hinein durch, die sich am besten den parteilichen Aufstiegsanforderungen anpassen: die Opportunisten.

Das führt, gemessen am aristokratischen Prinzip der Republik, nicht gerade zu einer positiven Auslese des politischen Personals. Die Ausleseverfahren sind gänzlich ungeeignet. Die Parteien schlagen nur ihre eigenen Mitglieder vor. Ein Vorschlag zum Besseren wäre, daß ein Parlamentsmandat allenfalls zwei Legislaturperioden dauern darf und daß die Diäten keine Bereicherung ermöglichen.

Zur Republik gehört das Prinzip der Bestenauslese, wie Art. 33 Abs. 2 GG erweist. Das gilt auch und erst recht für das Parlament. Viele Politiker rühmen sich jedoch ihrer Durchschnittlichkeit. ...<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 2. Februar 2019 (x1.058): >>**Das Wundermittel**

Direkte Demokratie hat das Potential, unsere siechende Demokratie zu heilen.
von *Fabian Sarbach*

Wie soll es weitergehen auf dem blauen Planeten? Braucht es einen radikalen Wechsel des Systems, einen kathartischen Crash oder gar eine Revolution? Gegen Politikerverdrossenheit und Visionslosigkeit empfehle ich ein altbewährtes Hausmittel aus der Schweiz: "direkte Demokratie". Über Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie bitte folgenden Artikel und fragen Sie NICHT Ihren Abgeordneten oder Qualitätsjournalisten.

1. Wann ist die Einnahme von "direkte Demokratie" angebracht?

Bei Volksempörung, Demonstrationen, Gewaltanwendungen, Rezeptlosigkeit oder allgemeinen politischen Problemen erzielt "direkte Demokratie" gute Erfolge. Zudem macht Abstimmen Spaß und fördert die Lebenszufriedenheit. Vor der Einnahme von "direkte Demokratie" wird gewarnt, wenn Sie selbstherrlicher Politiker, Lobbyist oder Kriegstreiber sind. In diesen Fällen raten wir Ihnen auszuwandern.

2. Welche Formen von "direkte Demokratie" gibt es?

In der Schweiz unterscheiden wir auf Bundesebene zwischen Initiative und Referendum. Will die Regierung Änderungen an der Verfassung vornehmen, muß zwingend eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Dies nennt man obligatorisches Referendum. Andere Beschlüsse der Regierung unterliegen dem fakultativen Referendum: Werden innerhalb von 100 Tagen mindestens 50.000 Unterschriften gesammelt, stimmt das Volk über die Gesetzesänderung ab. Beispiele gefällig? Der Kauf von Kampfflugzeugen: abgelehnt 2014, der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR: abgelehnt 1992 oder die Einführung der umlagefinanzierten solidarischen Altersrente: angenommen 1948.

Ganz anders ist es bei der Initiative: Hier kann jeder Bürger oder jeder Verein ein eigenes Anliegen formulieren. Sofern gewisse Regularien eingehalten werden, sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt: bedingungsloses Grundeinkommen, Änderung des Geldsystems, Bekämpfung von exorbitanten Managerlöhnen - diese Initiative wurde unter dem Titel "Abzockerinitiative" sogar angenommen! - oder der Bau eines neuen Alpentunnels. Kommen in 18 Monaten 100.000 Unterschriften zusammen, kommt es zur Abstimmung. Unterschriften können überall gesammelt werden: am Bahnhof, in der Einkaufsmeile oder per Post.

Die meisten Initiativen werden allerdings abgelehnt. Von insgesamt bisher 215 Initiativen wurden lediglich 22 angenommen, zum Beispiel das Verbot von Gentechnik, der Baustopp von Atomkraftwerken oder die Ausschaffung krimineller Ausländer. Aber auch abgelehnte Initiativen entfalten ihre Wirkung. Sie setzen die Regierung unter Druck und lösen eine öffentliche Debatte aus. So wurde etwa 2018 die Initiative "Geldschöpfung in öffentliche Hand" zwar abgelehnt, bewirkte aber eine breite öffentliche Debatte über dieses sonst völlig unbeleuchtete Thema.

3. Wie wirkt "direkte Demokratie" und wann wird sie angewendet?

Direkte Demokratie hilft, Diskrepanzen zwischen Regierung und Volkswillen abzubauen und belebt den politischen Dialog. Sie vertieft die politische Diskussion und erhöht die Teilnahme

der Bevölkerung an politischen Themen. Sie ermöglicht, Anliegen aus der Bevölkerung zu diskutieren, und verpflichtet die Regierung auf eine bürgernahe und transparente Kommunikation. Sie wirkt gegen parlamentarischen Lobbyismus und Größenwahn von Politikern.

Zudem fördert sie die Erhaltung regionaler Selbstbestimmung. Fast immer wenn das Volk darüber abstimmt, Kompetenzen nach oben zu verlagern - von der Gemeinde zum Kanton, vom Kanton zum Bund oder vom Bund zur EU -, ist die Antwort die gleiche: NEIN. So kommt es, daß die Schweiz sehr dezentral organisiert ist. Wußten Sie, daß in der Schweiz jedes Dorf die Höhe der Gemeindesteuern selber festlegen darf und über den Bau und Unterhalt von Straßen, Schulhäusern et cetera selber bestimmt? Vielleicht sind auch deshalb die Steuern so niedrig. Meist wird darüber sogar an der Gemeindeversammlung abgestimmt und anschließend mit dem Gemeindepräsidenten bei einem Glas Wein diskutiert. Ein Schweizer ist in erster Linie Bürger seines Dorfes - und die Landeshauptstadt ist weit weg.

4. Welche Risiken und Nebenwirkungen treten bei "direkte Demokratie" auf?

Politiker klagen bisweilen über Machtverlust und Ego-Probleme. Das Führen von Kriegen wird sehr erschwert. Die Schweiz hat seit über 200 Jahren an keinem Krieg mehr teilgenommen, was man von Deutschland leider nicht behaupten kann. Bisher sind keine gravierenden Nebenwirkungen von "direkte Demokratie" bekannt. Die drei dümmsten Einwände gleich vorweg:

"Direkte Demokratie führt zur Todesstrafe". Das ist häufig zu hören, obwohl in der Schweiz natürlich keine Todesstrafe existiert. Das Denkmuster dahinter ist einfach: Ich selber bin ein aufgeklärter Humanist, aber mein Nachbar ist rachsüchtig und irrational, also wird er für die Todesstrafe stimmen. "Das Volk ist verführbar und dumm". Das ist ein häufiger Streitpunkt. Dabei wird scheinbar davon ausgegangen, daß die Herren und Damen Parlamentarier gegenüber Verführungen durch die ihnen zahlenmäßig weit überlegenen Lobbyisten gefeit wären! Zudem ist längst nicht jeder Parlamentarier ein Enkel oder eine Enkelin von Einstein oder Gandhi.

Zugegeben: Nicht jeder Staatsbürger hat eine Uni von innen gesehen, aber dafür von außen. Gesunder Menschenverstand und Lebenserfahrung wird jedenfalls noch an keiner Uni gelehrt. "Direkte Demokratie löst auch nicht alle Probleme". Das stimmt, ist aber trotzdem ein dummes Argument. Direkte Demokratie führt nicht zum Paradies auf Erden, aber sie ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung.

Überhaupt wird die über hundertjährige Tradition der direkten Demokratie in der Schweiz viel zu wenig zur Kenntnis genommen.

Bisweilen sind die Abstimmungsergebnisse sehr erstaunlich: Eine zusätzliche Ferienwoche für alle wurde ebenso abgelehnt wie eine Erbschaftssteuer für Millionäre - von der über 90 Prozent der Bürger profitiert hätten! -, die Arbeitsbefreiung am Nationalfeiertag wurde dann aber doch angenommen.

Kollisionen mit Menschen- und Völkerrecht sind in den bisher über 400 Abstimmungen ausgeblieben, bis auf eine Ausnahme: 2009 wurde die Abstimmung zum "Minarettverbot" angenommen. Gemäß dieser Initiative ist es in der Schweiz nicht erlaubt, Minarette zu bauen. Die vier (!) bereits bestehenden Minarette konnten allerdings stehen bleiben. Die Initiative wurde im Vorfeld so wenig ernst genommen, daß es keine Gegenkampagne gab und alle Umfragen deuteten auf eine Ablehnung.

Daß man am Morgen nicht gerne vom Muezzin geweckt werden möchte, mag zwar verständlich sein, ist aber politisch nicht korrekt. Diese Initiative hat international für Schlagzeilen gesorgt und wird gerne herangezogen, wenn die direkte Demokratie in Frage gestellt werden soll. Was allerdings selten dazu gesagt wird: Seither hat niemand in der Schweiz versucht, ein Minarett zu bauen. Falls jemand dies versuchen würde, hätte er jedoch gute Chancen auf Erfolg: Das Bundesgericht hat bisher noch keine Rechtsprechung im Sinne der Initiative eta-

bliert, weil noch nie geklagt wurde, und der Europäische Gerichtshof EuGH würde ein Minderungsverbot wohl ebenfalls kippen. Viel Lärm um nichts also. Das Völkerrecht und die grundlegenden Rechte der Verfassung haben ohnehin Vorrang.

5. Wie wird "direkte Demokratie" eingenommen?

Bevor abgestimmt werden kann, kommt das eigentlich Wichtige: die öffentliche Debatte! Monatlang werden in den Medien Pro- und Contra-Argumente diskutiert. Im Fernsehen läuft jeweils eine Extra-Sendung, in der Befürworter und Gegner exakt genau gleich viel Redezeit eingeräumt bekommen. Interessenverbände, Regierung und Lobbygruppen bringen sich ein. Nicht selten investieren interessierte Kreise Millionen in die Verbreitung ihrer Meinung - Initiativen gegen finanzstarke Kreise wie Banken und Waffen- oder Pharmaindustrie haben es deshalb besonders schwer. Besonders beliebt ist das Angstmachen: Wenn ihr falsch abstimmt, dann geht die Schweiz unter, also lassen wir doch lieber alles beim Alten!

Zu guter Letzt bekommen alle Stimmberechtigten das Abstimmungsbüchlein und die Wahlzettel zugeschickt. Im Abstimmungsbüchlein steht der Initiativtext und Befürworter und Gegner dürfen darin ihr Anliegen nochmals darstellen. Hier kann man alles noch einmal in Ruhe anschauen. Dann heißt es: Ausfüllen und ab in den Briefkasten oder die Wahlurne.

Nur selten traut sich das Volk, gegen die Meinungsmacht der Medien und Machteliten abzustimmen, aber es kommt vor!

6. Wann ist bei Einnahme von "direkte Demokratie" besondere Vorsicht geboten, darf "direkte Demokratie" auch an unerfahrene Völker abgegeben werden?

Diese Frage ist falsch gestellt. Natürlich haben nicht alle BürgerInnen Zeit und Möglichkeit, alle Abstimmungsfragen vollumfänglich zu studieren. In Parlamenten ist das aber nicht anders: Meist beschäftigen sich nur einige Ausschüsse mit den Details und das Plenum folgt dann den Empfehlungen der Partei. Wie schlecht Parlamentarier bisweilen über Abstimmungen informiert sind, ist oft erschreckend.

Die meisten WählerInnen verlassen sich zumindest teilweise auf die Meinung ihrer Vertrauensgruppen: Gewerkschaft, Partei oder Leitmedien. Allerdings müssen diese Meinungsmacher sich ihr Vertrauen immer wieder neu verdienen. So wurde 2009 ein Gesetz zur steuerlichen Entlastung von Unternehmen angenommen. Die Regierung hatte versprochen, die Steuereinnahmen würden nicht abnehmen. Die Folge waren aber massive Steuereinbußen und Sparmaßnahmen. Als das Parlament 2017 erneut mit einer "Unternehmenssteuerreform" antanzte, zeigte ihm das Wahlvolk die kalte Schulter: Wer einmal lügt ...

7. Welche Dosierungen von "direkte Demokratie" gibt es?

Direkte Demokratie kann nur in der Dosierung 100 Prozent eingenommen werden. Jede Einschränkung der direkten Demokratie, welche über die Menschenrechte und das Völkerrecht hinausgeht, führt zu Verwässerung und Unterwanderung. Direkte Demokratie können Sie nicht in der Apotheke kaufen, sondern Sie müssen dafür mühsam demonstrieren - auch wenn es regnet!

8. Bei Fragen und Unklarheiten fragen Sie NICHT Ihre Politiker oder Staatsmedien

Auch in der Schweiz lassen sich Politikerinnen nicht gerne vom Volk reinreden. Allerdings traut sich niemand, die direkte Demokratie zu kritisieren. Als der ehemalige deutsche Bundespräsident Joachim Gauck der Schweiz einen Besuch abstattete und dabei öffentlich die direkte Demokratie kritisierte, von der er etwa so viel Ahnung hatte wie ein Frosch vom Fliegen, löste er einen Sturm der Entrüstung aus. Im deutschen Fernsehen wird das Thema - wenn überhaupt - nur mit einem klaren Frame verkauft: *Achtung, Gefahr!* Gerne wird die Minderheitsinitiative erwähnt und dazu bedrohliche Musik gespielt. Die 400 anderen Abstimmungen werden hingegen kaum erwähnt.

Direkte Demokratie gefährdet das Machtmonopol der Politiker und aus Sicht der Schweizerinnen ist das - frei nach Klaus Wowereit - "auch gut so".

Fazit

... Es reicht! Also: Transparent basteln, "direkte Demokratie" drauf schreiben und ab auf die Straße. ... "Es ist an der Zeit!"

Fabian Sarbach studierte Philosophie in Basel (Master 2008), ist diplomierter Kirchenmusiker und Pädagoge. Er arbeitet als Lehrer und Organist, restauriert Flügel und Klaviere. Er ist verheiratet und hat drei Kinder, die er zu Hause unterrichtet. Fabian Sarbach versteht sich als Teil der Menschheitsfamilie und glaubt an das Gute im Menschen. Er ist ein Feind von Ideologien und setzt auf die Kraft der freien Meinungsbildung- und Äußerung. In diesem Sinne setzt er sich für ein freies Geistesleben ein und hält die Normierung von Bildung im Sinne von PISA für eine schiefe Sache.<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 26. März 2019 (x952/...): >>**Der Parteien-Staat**

Gewaltenteilung existiert in Deutschland nur auf dem Papier

Tatsächlich wird alles von einer kleinen Elite kontrolliert

von *Jochen Mitschka*

Wer entscheidet über die Vergabe von Richterämtern? Die Parteien. Wer entscheidet darüber, wer Gesetze beschließen darf? Die Parteien. Und bei wem liegt die exekutive Gewalt einschließlich Beamtenapparat, Polizei und Militär? Raten Sie!

Hinzu kommt: Die oft als "vierte Gewalt" verklärte Presse ist alles andere als unabhängig. Die Parteien mischen über Rundfunkräte und ähnliche Gremien und mittels verschiedener Formen der Einflußnahme mit. Gewaltenteilung? Hieran stimmt nur, daß Gewalt weiterhin eine zentrale Ausdruckform der Machtkartelle darstellt. Von gegenseitiger Kontrolle kann jedoch keine Rede sein, und wer sich diesbezüglich auf die Medien verläßt, ist verlassen.

Immer wieder wird behauptet, daß Deutschland das Prinzip der Gewaltenteilung sozusagen "im Blut" hätte, und ganz ernst nehmen würde. Im Grundgesetz gibt es eine Reihe von Regelungen, die ausdrücklich eine horizontale und vertikale Gewaltenteilung vorsehen. Hinsichtlich der Justiz sagt Artikel 97 (1) GG: "Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen."

Was allerdings nach Ansicht von Richter Udo Hochschild nicht der Fall ist. ...

Die Justiz

Beginnen wir mit dem offensichtlichen Fall der Justiz, die der Exekutive untergeordnet ist, und damit keinerlei echte Eigenständigkeit aufweist. Die Seite *gewaltenteilung.de* verrät, daß der Europarat die Bundesrepublik aufgefordert hatte, ein System der Selbstverwaltung der Justiz einzuführen und die Möglichkeit zu ächten, daß der Justizminister der Staatsanwaltschaft Weisungen erteilen kann.

Deutschland ignoriert diese Aufforderung des Europarats nach wie vor.

Daß Richterämter nach Parteizugehörigkeit oder -Neigung ernannt werden, wird niemanden verwundern, der mit offenen Augen durch die Welt geht. Die Politik, in Form eines Konsenses der staatstragenden Parteien, bestimmt über die Karriere von Richtern. Man könnte auch sagen: Die Richterämter werden in Hinterzimmern ausgeklüngelt.

Noch deutlicher wird es, wenn Politiker nach Aufgabe ihres Mandats zum Verfassungsrichter gekürt werden, und dann über die Gültigkeit eben jener Gesetze zu entscheiden haben, die sie oder ihre Parteifreunde selbst verabschiedet haben.

So schreibt die Wochenzeitung "Die Zeit" zur Ernennung des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth zum neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes:

"Still, fast geräuschlos ist in Berlin ein neuer Richter für das Bundesverfassungsgericht gesucht worden, ein Richter, der zudem in zwei Jahren wohl auch Präsident des wichtigsten Gerichts der Republik werden wird. ... Auf Vorschlag der CDU soll in der kommenden Woche der Jurist Stephan Harbarth vom Bundestag zum Verfassungsrichter gewählt werden, zwei

Jahre später wird er voraussichtlich Nachfolger des derzeitigen Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle: erster Mann der dritten Gewalt.

... Roman Herzog etwa war Innenminister von Baden-Württemberg, ehe er Präsident des Verfassungsgerichts wurde (anschließend kehrte er zurück in die Sphäre des Politischen, als er Bundespräsident wurde). Jutta Limbach, die bislang einzige Präsidentin des Verfassungsgerichts, war zuvor SPD-Justizsenatorin in Berlin gewesen. Derzeit sitzen bereits zwei ehemalige Politiker im Verfassungsgericht, Peter Müller, ehemals Ministerpräsident des Saarlandes, und Peter M. Huber, vor der Berufung an das Gericht Innenminister in Thüringen" (Artikel: ZEIT ONLINE).

Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt werden. Also keineswegs vom Volk - den Wählern -, sondern von den Parteien, die selbst wiederum die Regierung durch Koalitionen bestimmen. Mit anderen Worten: Die möglichen Angeklagten suchen sich ihre Richter selbst aus. ...

Auch ohne auf die umfangreiche Begründung der Seite *gewaltenteilung.de* einzugehen, erkennt man, daß die Justiz eben nicht unabhängig von der Exekutive - oder genauer gesagt: nicht unabhängig von den Parteien - ist, die in der Regel die Regierung bilden, beziehungsweise die sich dabei abwechseln, die Regierung zu bilden.

Und so wird verständlich, warum sich noch kein einziges Regierungsmitglied vor einem Gericht hat verantworten müssen. Weder Altkanzler Kohl bei seiner Verweigerung, Parteispender zu benennen, noch Altkanzler Schröder, der selbst zugab, beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien das Völkerrecht gebrochen zu haben.

Kommen wir zur nächsten Säule der Gewaltenteilung.

Die Exekutive

In vielen Ländern wird der Regierungschef direkt vom Volk gewählt. Er stellt die Regierung auf und bestimmt die Richtlinien der Politik. In Deutschland ist dies nicht der Fall. In Deutschland gibt der Wähler seine Stimme einer Partei, die zuvor wiederum einen Kanzlerkandidaten bestimmt hat. Ob und was dann irgendwann mal die Regierung tut, hängt vom "Koalitionsvertrag" ab, der nichts mehr mit den Wahlprogrammen zu tun hat.

Mit anderen Worten: Die Exekutive wird nicht vom Wähler, sondern von Koalitionsverhandlungen bestimmt, die wiederum von Parteien geführt werden. Es gibt keine direkte Einflußnahme des Wählers auf die Regierungspolitik oder auf den Regierungschef. Alles wird durch die Parteien im deutschen Bundestag bestimmt. Mit anderen Worten: Diejenigen, die eigentlich die Regierung kontrollieren sollen, ernennen sie.

Und wenn ein Wähler unzufrieden mit der Situation ist, wird erklärt, er müsse wählen, um "das geringere Übel" zu wählen, oder, um "Schlimmeres zu verhindern". Tatsächlich geht es aber darum, eine ausreichende Wahlbeteiligung zu erreichen, damit die durch die Parteien geformte Regierung legitimiert wird.

Nun zur dritten, der vielleicht wichtigsten Säule der Gewaltenteilung.

Die Legislative

Die angeblich "gesetzgebende Macht" in Deutschland ist der deutsche Bundestag. Nun sehen wir einmal davon ab, daß ein großer Teil der Gesetze inzwischen von Lobbyverbänden vorgeschrieben oder von Beraterfirmen überarbeitet wird. Tatsache ist, daß die Regierung Gesetze einbringt, und diese dann im Parlament, also im Bundestag, besprochen und angenommen oder abgelehnt werden. Theoretisch hat also der Bundestag (bei zustimmungspflichtigen Gesetzen auch der Bundesrat) eine kontrollierende Funktion.

Aber wer ist denn "der Bundestag"? Im Bundestag sind die sogenannten "staatstragenden" Parteien vertreten. Zwischen diesen besteht ein grundsätzlicher Konsens, und wer diesen Konsens nicht teilt, der wird nicht als mögliche Regierungspartei akzeptiert. Welche Veränderungen dann in einer Partei stattfinden, kann man an der Vergangenheit der Grünen studieren,

und bei der Partei "Die Linke" an der derzeitigen innerparteilichen Diskussion.

Mit anderen Worten: Die Parteien bestimmen im Bundestag, ob ein Gesetz angenommen oder abgelehnt wird. Dabei spielt der sogenannte, eigentlich rechtlich gar nicht zulässige, "Fraktionszwang" eine große Rolle - sollte der Abgeordnete nicht schon von sich aus, unter Rücksicht auf Ruf und Karriere, angepaßt genug sein.

Also diejenigen, die die Regierung ernannt haben, bestimmen darüber, ob ein Gesetz, das ihre Regierung vorgelegt hat, angenommen wird oder nicht. Um es anders zu erklären: Eine Holding beschließt, eine Firma zu gründen und mit einem Vorstand zu versehen, und setzt dann eigene Leute im Aufsichtsrat zur Kontrolle ein, damit der Vorstand nicht gegen die vorgegebene Politik verstößt. Kleinaktionäre werden als Beobachter gerne zugelassen.

Die Holding gründet außerdem eine Reihe von Zulieferfirmen (Bundesrat) und geht mit diesen ebenso vor. Die Vorstände der Zulieferfirmen und des Hauptkonzerns gemeinsam bestimmen dann unter den aufmerksamen Augen der Aufsichtsräte die Zusammensetzung der Justiz und können innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches auch direkt in Gerichtsverfahren eingreifen.

Hochschild schreibt in seinem Fazit:

"Die im Art. 20 Grundgesetz vorgesehene organisatorische Dreiteilung der Staatsgewalt ist bis heute nicht erfolgt, die deutsche Gewaltenteilung erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot. Ob und in welchem Maße dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechtstreue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab.

Der seit dem 19. Jahrhundert unveränderte deutsche Staatsaufbau verhindert nicht die Bündelung von Macht in wenigen Händen: Eine politische Partei oder Parteienkoalition stellt die Mehrheit im Parlament sowie die Regierung und beherrscht beide Organe; der Justizapparat untersteht der Regierung. Damit werden Sinn und Zweck des Gewaltenteilungsprinzips verfehlt - der Rechtsstaat in Deutschland hat eine offene Flanke."

Kommen wir zur inoffiziellen, zur "vierten Gewalt im Staat".

Die Medien

Zunächst verfügen die Parteien über ihre "politischen Stiftungen" wohl bald über mehr als 1 Milliarde Euro an Steuergeldern, was zu einem beträchtlichen Teil in mediale Wirkung umgewandelt wird.

"Laut der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wächst die Zahl der NGOs ständig weiter. Dabei widerspricht die Bundesregierung sich selbst auf ihrer eigenen Website. Denn sie schreibt dort einerseits: 'Auch wenn NGOs keiner politischen Partei zuzuordnen sind und sie für sich in Anspruch nehmen, allgemeine Gesellschaftsinteressen zu vertreten ...'

Somit wären NGOs grundsätzlich apolitisch. Andererseits erklärt die Bundesregierung parteinahe politische Stiftungen zu NGOs, um dann zusätzlich zur Parteinähe, die sich aus Personal, Programm und Mittelzuwendungen ergibt, einzuräumen, daß die Finanzierung deutscher NGO-Projekte im Ausland oft durch die Bundesregierung erfolgt.

Die Stiftungen treten in ihrer Entwicklungsarbeit als deutsche 'Nichtregierungsorganisationen' (NGOs) auf. Die außen- und entwicklungspolitische Arbeit der Stiftungen wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Auswärtigen Amt (AA) und zu kleineren Teilen von anderen Ressorts finanziert" (JM-Blog).

Interessenvertretungen der Parteien, also Parteistiftungen, finanziert durch Steuergelder, werden also als "Nichtregierungsorganisationen" bezeichnet und medial auch so behandelt.

Dann gibt es noch den sogenannten "Öffentlich-rechtlichen Rundfunk".

... Die Öffentlich-rechtlichen Medien werden durch die Parteien und dem zwischen ihnen vereinbarten Konsens und die Koalitionsvereinbarung beherrscht. ...

Medien in Deutschland: Deutsche Medien und Journalisten sind aus historischen Gründen

besonders eng in transatlantische Netzwerke eingebunden.

Sowohl Stiftungen als auch die Öffentlich-rechtlichen Medien stehen also, wie die Legislative, die Exekutive und die Justiz, unter der Kontrolle der Parteien. Bleibt die Gruppe der privaten Medien.

"Medien gelten in Deutschland als 'Tendenzbetriebe'. Dies schränkt die Rechte der Mitarbeiter ein und stärkt die Rechte des Eigentümers. Mit anderen Worten, der Eigentümer bestimmt, was geschrieben, gesendet wird. Je weniger unabhängige Medienunternehmen es gibt, desto einseitiger wird natürlich die Berichterstattung. Denn je größer die Unternehmen werden, desto enger sind sie in die Welt der Konzerne und des Finanzwesens eingebunden".

... Diese "vierte Macht im Staat" könnte also nun tatsächlich eine gewisse Kontrollfunktion wahrnehmen, wenn sich denn die politischen Neigungen unterscheiden würden. ...

Mit anderen Worten: Die vierte Gewalt im Staat, die Medien, sind in der Regel mit den Parteien auf einer Linie, weshalb keine Kontrolle erfolgt.

Fazit

Womit nachgewiesen wäre, daß es keinerlei praktisch wirksame Gewaltenteilung oder -Gewaltkontrolle in Deutschland gibt. Denn die großen Parteien bestimmen die Handlungen der Legislative, der Exekutive und der Justiz. Und über die Medien und "Nichtregierungsorganisationen" der Parteien wirken die Parteien auf die Medien, so daß allenfalls die privaten Medien zur Kontrolle in der Lage wären, sollten ihre Weltbilder sich von denen des Parteienkonsenses unterscheiden. Was aber in Deutschland nicht der Fall ist.

Die Frage steht im Raum: Warum gehen Wähler überhaupt wählen? Immer wieder wird vor Wahlen in ihnen eine neue Hoffnung erzeugt, immer wieder wird auch ein Drohszenario aufgebaut, das es zu verhindern gilt. Und so erreicht der Parteienstaat es immer wieder, ausreichend viele Wähler an die Urnen zu rufen, damit diese dem Staat ihre Legitimation erteilen.

Aber bald sind ja wieder Wahlen. Europawahlen. Dann werden wir wieder für das "Friedensprojekt" EU und gegen die bösen Nationalisten an die Urnen gerufen, während man uns vorgaukelt, die EU wäre Europa, und das EU-Parlament hätte gesetzgebende Gewalt.

Und wie immer werden wir aufgefordert werden, zuzustimmen, daß Europa drastisch für den Frieden aufrüstet, Renten und Löhne niedrig gehalten werden, damit die EU "konkurrenzfähig" bleibt, und daß wir hohe Einkommen schonen, weil das ja gut für alle ist. Wir werden zustimmen, daß Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Universitäten an private Investoren verkauft werden, weil die das viel "wirtschaftlicher" können als der Staat.

Und wir werden zustimmen, daß Milliarden an Steuergeldern für Beratungsunternehmen von außerhalb der EU ausgegeben werden, weil europäische - oder auch deutsche - Beamte angeblich nicht in der Lage sind, die EU beziehungsweise Deutschland zu verwalten.

Jochen Mitschka, Jahrgang 1952, war unter anderem Unternehmensberater mit eigenem Unternehmen in Südostasien und einem kurzen Einsatz im Rahmen einer UNO-Maßnahme in Vietnam. Nebenbei verfaßte er unter Pseudonymen Bücher über Politik und Gesellschaft der Region. ... Seit seinem Ruhestand im Jahr 2017 schreibt er ... Bücher mit dem Schwerpunkt Außenpolitik. 2018 erschienen "Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg"; "Schattenkriege des Imperiums - Der Krieg gegen den Iran", und in der gleichen Reihe "Die Zukunft Palästinas"; die E-Books "Israel 2018" und "Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren".<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Mai 2019: >>**Intoleranz gegenüber Abweichlern**

Redefreiheit: Politisch kampagnenfähig ist nur, wer Zugriff auf den öffentlichen Raum hat
Thorsten Hinz

Die Themenliste des öffentlich nicht mehr oder kaum noch Verhandelbaren wird immer länger. Sie umfaßt den Schutz des ungeborenen Lebens, Zweifel am anthropogenen Klimawan-

del, die Gender-Ideologie, den Islam, die zunehmenden Kulturkonflikte im Land, die Zuwanderung und anderes.

Wer sich abweichend von der offiziellen Sprachregelung äußert, stellt sofort fest, daß seine Meinungsfreiheit sehr schmal bemessen ist. Schlimmstenfalls wird ihm gedroht, daß seine Meinung eine "faschistische" und damit ein Verbrechen sei. In der liberalen Variante wird ihm zwar bestätigt, daß er frei darin sei, seine Meinungen, Überzeugungen, Erkenntnisse zu pflegen, er aber kein natürliches Recht besitze, sie öffentlich auszubreiten.

Andersdenkende, die den Konflikt scheuen, leben Meinungsfreiheit daher innerhalb der Grenzen aus, die in diesen Versen gezogen sind: "Ich denke, was ich will / Und was mich beglückt, / Doch alles in der Still / Und wie es sich schicket."

Das Refugium der Privatheit kann gar nicht hoch genug geschätzt werden, zumal es von den Gesinnungswächtern massiv in Frage gestellt wird. Doch politische Wirksamkeit entfaltet die Widerrede erst, wenn sie die Öffentlichkeit erreicht und in den politischen Diskurs eingeht.

In diesem Sinne bezeichnet "Meinungsfreiheit" das Recht auf Präsenz im öffentlichen Raum. Nehmen Andersdenkende es heute in Anspruch, werden ihnen demokratiefeindliche "Wortergreifungsstrategien", auf Gewaltandrohung angelegte "Aufmärsche" und menschenfeindliche "Hetze" unterstellt. Das Selbstverständliche wird zum Skandalon erklärt. Immerhin bietet das Internet eine alternative Möglichkeit für Informationsaustausch, Analyse und Diskussionen. Hinsichtlich des Reflexionsniveaus, der analytischen Schärfe und des Sprachwitzes überbieten Plattformen und Blogs die durchschnittlichen Standards der Tagespresse, der politischen Magazine und Talkshows.

Doch vorerst handelt es sich nur um einen erweiterten Samisdat. Darunter verstand man im kommunistischen Ostblock die Verbreitung systemkritischer Literatur über nichtoffizielle Kanäle. Die großen Weichen werden immer noch andernorts gestellt. Politisch kampagnenfähig ist nur, wer Zugriff auf die großen Pressehäuser, die Rundfunk- und Fernsehkanäle hat, wer Hörsäle, Versammlungsräume und Bühnen besetzt. So ist es Politik und Medien gelungen, die Mär der ausländerfeindlichen Hetzjagd von Chemnitz in die Welt zu setzen und den Ausgangspunkt der Bürgerproteste - den Mord an einem Deutschen durch einen Asylbewerber - so gut wie vergessen zu machen.

Es ist ein Irrtum zu meinen, daß solche Manipulationen nur die ausnahmsweisen Schwächeanfänge eines sonst intakten Systems sind. Nein, hier wird ein ganzes Arbeits- und Funktionsprinzip anschaulich. In einem im Sommer 2018 in der New York Times erschienenen Aufsatz hat der amerikanische Philosophie-Dozent Bryan W. Van Norden eine exemplarische Innenansicht und Selbsterklärung der Medienpraxis geliefert und aus linksliberaler Sicht gerechtfertigt. Eine deutsche Übersetzung wurde im Kulturmagazin des Goethe-Instituts, das Goethe, unter der Überschrift "Kein Recht auf Publikum" veröffentlicht.

Bezeichnenderweise beginnt Norden mit einem Zitat aus Herbert Marcuses Essay über "Repressive Toleranz", in dem bedauert wird, daß in den Debatten der Massenmedien die Dummheit genauso viel Raum erhält wie die Intelligenz - ein Befund, dem man unabhängig vom politischen Standpunkt zustimmen kann. Da der Zugang zur weiten Öffentlichkeit - durch Fernsehsender, Zeitungen, Zeitschriften, Vorträge usw. - eine knapp bemessene Ressource sei, brauche es, so Norden, "treuhänderische Wächter der rationalen Debatte", die für einen "gerechten Zugang" sorgen.

Die "Verweigerung institutioneller Verbreitungswege" sei keine "Zensur", sondern ein vernünftiges Korrektiv. Norden widerspricht dem englischen Philosophen John Stuart Mill (1806-1873), der die absolute Meinungs- und Publikationsfreiheit verlangt hatte, weil auch eine falsche Meinung eine produktive Auseinandersetzung auslösen könne, in der die wahrheitsgemäße Sichtweise sich neu legitimiere.

Zu Mills Lebzeiten sei das richtig gewesen, weil falsche Ansichten etwa zur Sklaverei und zur

Rolle der Frau weit verbreitet gewesen seien und eine Erörterung solcher Fragen mehrheitlich abgelehnt wurde. Unter Berufung auf die freie Meinungsäußerung konnte die "Tyrannei der Mehrheit" umgangen und die Debatte dennoch geführt werden. Unter heutigen Umständen sei die Auffassung dagegen "naiv". Denn während die schrankenlose Redefreiheit im 19. Jahrhundert dazu diene, die "Tyrannei der Mehrheit" zu überwinden, würde sie sie heute begünstigen und den rationalen Diskurs zerstören.

Wie aber unterscheidet man "offensichtliche Unwahrheiten" vom rationalen Argument, "die renitenten Ignoranten und intellektuellen Hochstapler" von denen, "deren Kompetenz außer Frage steht" und die deshalb auf "gerechten Zugang" pochen dürfen? Die Antwort Nordens ist keine philosophische, sondern eine rein politische. Die falschen sind die "rechtsextremen Ansichten" (worunter auch die genannten Themen fallen).

Der Experte für fernöstliche Philosophie ist verräterisch nahe beim Marxisten Marcuse, der dafür plädiert hatte, "den Konservativen und der politischen Rechten" die Toleranz zu entziehen, "noch ehe sie aktiv werden können". Das bedeute "Intoleranz auch gegenüber dem Denken, der Meinung und dem Wort".

Gewiß seien das "antidemokratische Vorstellungen", die sich jedoch notwendigerweise aus dem tatsächlichen Zustand einer Gesellschaft ergeben, in der "die Basis für allseitige Toleranz zerstört" sei. Dafür Sorge unter anderem die "Herrschaft der monopolistischen Medien" als "Instrumente ökonomischer und politischer Macht", die ein falsches Bewußtsein erzeugten. "Die Bedingungen, unter denen Toleranz wieder eine befreiende und humanisierende Kraft werden kann, sind erst herzustellen."

Um seine Toleranz-Vorstellungen unanfechtbar zu machen, läßt Marcuse sie eschatologisch auf: "Das Telos der Toleranz ist Wahrheit." Norden zitiert den Satz zwar nicht, doch bildet der Anspruch, die Wahrheit gegen die Lüge zu verteidigen, den Ausgangspunkt seiner Ausführungen. Seine Wahrheitskriterien, die das Recht auf ein Massenpublikum begründen, sind denkbar schlicht.

Er plädiert dafür, daß Öffentlichkeit "auf Grundlage von Leistung und gesellschaftlichem Nutzen gewährt wird". Das erste Kriterium ist ein qualitatives, das zweite ein pragmatisches. Nur gibt es auch nützliche Täuschungen und Unwahrheiten und kann des einen Nutzen des anderen Schaden sein. Und ein Experten- oder Elitenkonsens kann auf einem gemeinsamen, fundamentalen Irrtum beruhen.

In der DDR wurde jeder Schüler im Staatsbürgerkunde-Unterricht mit dem Lenin-Zitat konfrontiert: "Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist." Von diesem Standpunkt aus verbreitete jeder, der der Marxschen Lehre widersprach, die Unwahrheit. Es war also vollkommen richtig, daß ihm der Mund verboten und er zur Machtlosigkeit verurteilt war. Nicht um die Wahrheit ging es, es ging um den Machterhalt der marxistisch-leninistischen Staatspartei!

Um Machterhalt geht es auch heute. So behauptet Norden, amerikanische Universitäten hätten der "fairen und ausgewogenen Diskussionskultur einen Schaden" zugefügt, als sie den Politikwissenschaftler Charles Murray einluden, seine "pseudowissenschaftlichen Thesen" zu diskutieren. Murray hatte 1994 gemeinsam mit dem Psychologieprofessor Richard Herrnstein das Buch "The Bell Curve" verfaßt, in dem sie Unterschiede in der durchschnittlichen Intelligenz der Rassen konstatieren und diese auch auf genetische Veranlagungen zurückführen.

Was daran wissenschaftlich oder bloß "pseudowissenschaftlich" ist, wäre zu diskutieren, doch Murrays Gegner wollen dekretieren statt in einen fairen Meinungsstreit einzutreten. Im März 2017 war der Wissenschaftler im Middlebury College in Vermont eingeladen. Auf Youtube kann man die tatsächlichen Tyrannen in Aktion sehen: ein wutschnaubender Studenten-Mob, der den Referenten niederbrüllt. Murray und eine ihn begleitende Professorin wurden sogar tätlich angegriffen, was Norden bedauert - und zwar, weil das dem "Gegner" Gelegenheit gibt,

"die Rolle des Märtyrers" zu ergreifen.

Die Medienkonzentration hat seit den Lebzeiten Marcuses große Fortschritte gemacht. Der Zugang zur Öffentlichkeit kann jetzt noch effektiver kontrolliert werden. Seine geistigen Nachfolger haben sich ganz prächtig darin eingerichtet. Schlichte Geister wie die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt sind Dauergäste in den Medien, der schlaue AfD-Mann Gottfried Curio dagegen nie. Es gibt übrigens bei Marcuse auch erhellende Sätze: "In der gegenwärtigen Periode wird das demokratische Argument zunehmend dadurch hinfällig, daß der demokratische Prozeß selbst hinfällig wird." Streicht man das Adverb "zunehmend", hat man eine exakte Beschreibung der Lage.

Der Aufsatz über Redefreiheit von Bryan W. Van Norden ("Kein Recht auf Publikum") kann im Internet auf der Seite des Goethe-Instituts gelesen werden unter: www.goethe.de<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erschien am 9. September 2020 folgender Bericht über die Einschränkung von persönlichen Freiheitsrechten (x1.014/...): >>**Selbstbestimmung ist ansteckend. Die Geschichte wird die Wahrheit freisprechen**

Von *Sean Henschel*

Am 29.08.2020 fand die von Querdenken 711 initiierte Demonstration "*Berlin invites Europe - Fest für Freiheit und Frieden*" in Berlin statt. Die Berliner Versammlungsbehörde hatte im Vorfeld die Demonstration verbieten lassen mit der Begründung, "*daß es bei dem zu erwartenden Kreis der Teilnehmenden zu Verstößen gegen die geltende Infektionsschutzverordnung kommen wird. Besondere Auflagen - wie zum Beispiel das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung - als milderes Mittel seien bei den angemeldeten Versammlungen nicht ausreichend.*"

Dies reichte dem Verwaltungsgericht in erster Instanz nicht, es kippte das Verbot der Versammlungsbehörde. Laut Verwaltungsgericht genügte "*die von der Versammlungsbehörde angestellte Gefahrenprognose nicht den verfassungsrechtlichen Vorgaben*"; der Bescheid des Antragsgegners sei "*offensichtlich rechtswidrig, weil es schon an den tatbestandlichen Voraussetzungen für ein Verbot fehlt und der Bescheid zudem ermessensfehlerhaft sei*".

Es handelt sich um einen gut begründeten Beschluß. Einschränkungen der Versammlungsfreiheit müssen immer im Lichte des Grundrechts aus Art. 8 GG ausgelegt werden. Außerdem gilt der Grundsatz, daß die Möglichkeit, Auflagen zu erlassen sorgfältig geprüft werden muß, bevor ein Verbot ergeht.

Die eingelegte Beschwerde gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts wurde von der zweiten Instanz, dem Oberverwaltungsgericht zurück gewiesen. Es bestätigte somit den Beschluß des Verwaltungsgericht, welches in seinem Beschluß betonte, daß "*das Tragen einer Nase-Mund-Bedeckung nur "erforderlichenfalls" Teil des individuellen Hygienekonzepts*" sei, was sich auch aus der Infektionsschutzverordnung ergibt.

Die juristischen Auseinandersetzungen rund um die Versammlungsfreiheit, angefangen mit den Demonstrationen im April dieses Jahres (man erinnere sich an die Fälle in Gießen und Stuttgart) zeigen, daß die Gewaltenteilung dem Ausnahmezustand standhält. Eine Feststellung, die zunächst einmal beruhigt.

Auch wenn man nicht mit allen richterlichen Entscheidungen konform gehen muß, zumal in der Rechtswissenschaft sehr oft - um nicht zu sagen immer - verschiedenen Meinungen vertretbar bleiben, ist eine Pauschalkritik an der richterlichen Gewalt in Deutschland wohl noch unbegründet. Auch wenn der Einfluß von außen und der politische Druck gewaltig sein können, zeigt sich, daß die Richterschaft in Art. 97 Abs. 1 GG verwurzelt geblieben ist. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.

Die Anzahl an Teilnehmern bei der Demonstration am 29.08.2020, die für Menschen mit gewisser Demonstrationserfahrung eindeutig erkennbar mehr als 20.000 Menschen betrug, hat

gezeigt, daß ein immer größerer Teil der Gesellschaft, zunehmend Bürger aus der Mitte, mit der vergangenen und gegenwärtigen Politik des Bundes und der Länder nicht einverstanden ist. Zugriffszahlen im Internet von teilweise über 1,9 Millionen Aufrufe zeugen von (einem) besonderen Interesse über die Geschehnisse auf der Straße.

Die Reaktion der Politik und der etablierten Medien war in Teilen zu erwarten, bot jedoch auch erstaunlich positive Überraschungen.

Die Möglichkeit der Meinungsmache in Deutschland durch die etablierten Medien schwächtelt zunehmend und die Exekutive blamiert sich immer häufiger mit realitätsfernen und arroganten Kommentaren. Während der Innensenator Geisel über die Grundzüge der Verfassung belehrt werden mußte, spricht die Bundesvorsitzende der SPD Saskia Esken von Zitat: "*Zehntausende Rechtsradikale, Reichsbürger, Qanon-Anhänger, Holocaust-Leugner, antisemitische Verschwörungsideologen und Esoteriker, die Vertreter von Medien, Wissenschaft und Politik "schuldig" sprechen und offen zum Sturm auf den Reichstag und zum Umsturz aufrufen.*"

Und nicht zuletzt der Versuch von der Sendung Monitor im ARD aus Michael Ballweg einen Sympathisanten oder Unterstützer von rechtsradikalen Gedankengut zu machen. Jörg Müller, Leiter des Verfassungsschutz in Brandenburg konnte keine Mehrheit von Rechtsradikalen erkennen: "*Große Zahl der Menschen, die demonstrierten, sind keine Rechtsradikalen*". Wie kommt man also zu solchen realitätsfernen Kommentaren?

Eine genaue Antwort auf diese Frage wird es wohl nicht geben. Die Diskrepanz zwischen Realität und Berichterstattung könnte auch daran liegen, daß die publizierenden Journalisten keine Primärquellen zu Rate zogen und nicht vor Ort waren. Vor 10 Jahren, wäre eine solch schlampige Arbeitsmethode nicht sonderlich aufgefallen, aber heute, in einer Zeit in der jeder beliebig Bilder und Videos machen kann, wird es um so schwieriger ein vollkommen übertriebenes Bild eines Ereignissen zu zeichnen, ohne dabei im Anschluß mit Glaubwürdigkeitsverlusten kämpfen zu müssen.

Ja, der Reichstag wurde gestürmt. Es gibt genügend Videos aus verschiedenen Perspektiven im Internet, für jeden in Deutschland im Internet abrufbar. Auch der Volkslehrer, besser bekannt als Nikolai Nerling war am 29.08.2020 unter den Teilnehmern der Demonstration, wie auch Teilnehmer der Veranstaltung in Stuttgart. Eine persönliche Distanzierung der Veranstalter von Nikolai Nerling und von rechtsradikalen Gruppen aller Art hat seitens der Querdenken Bewegung stattgefunden.

Dies hindert jedoch die angesprochenen Gruppen leider nicht daran, bei zukünftigen Veranstaltungen Präsenz zu zeigen. Dies gilt auch für die Reichsbürger, die mit ihren Flaggen rumlaufen und öffentliche Massenkundgebungen für die eigene Meinungsmache nutzen. Diese zeigten ebenfalls Präsenz auf der Demonstration am 29.08.

Aus wenigen Menschen mit Reichsflaggen auf einer Demonstration mit deutlich über 20.000 Teilnehmern, läßt sich mit gezielter Kameraführung und Dekontextualisierung eine riesige Gruppe an Rechtsextremen und Reichsbürgern machen. Angenommen es handelt sich in Realität um weniger als 1 %, oder gar weniger als 0,1 %, der Teilnehmer, können daraus in der Medienwahrnehmung schnell 60 % gemacht werden.

Aber von zehntausenden Rechtsradikalen, Reichsbürgern und Co., die den Reichstag stürmen wollten oder gestürmt haben keine Spur. Der Veranstalter Michael Ballweg hatte sich öffentlich und unmißverständlich von den Reichsbürgern und Rechtsradikalen distanziert und verdeutlicht, daß seine Demonstration absolut nichts mit dem Sturm auf den Reichstag zu tun hatte.

Auch wenn Querdenken sich von rechtsradikalen Gruppierungen distanziert hat, wird von Seiten der Bewegung immer wieder betont, daß Menschen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden sollen und man der Spaltung der Gesellschaft entgegenzutreten möchte. Miteinander statt übereinander zu reden bleibt eines der Ziele.

Der Slogan der Veranstalter ist weiterhin sehr aufschlußreich und bietet wenig Raum für die Annahme einer rechtsradikalen Gesinnung: *"Liebe, Frieden, Freiheit"*. Auch wenn einige Leitmedien alle Demonstrationen und Demonstranten an jedem Tag in einem gemeinsamen braunen Topf warfen, mußten diese schnell einsehen, daß ein so undifferenziertes Bild bei der eigenen Leserschaft auf Widerstand stoßen würde. Manchmal fragt man sich ernsthaft, für wie blöd diese Medienhäuser ihre eigene Leserschaft halten.

Nicht alle etablierten Medien waren so einseitig, erstaunlicherweise bot die Bildzeitung, als auflagenstärkste Boulevardzeitung in Deutschland ein etwas differenziertes Bild der Veranstaltung. Sie lieferten sogar einen ehrlichen Kommentar des Schauspielers Jan Josef Liefers. Markus Lanz vom ZDF hielt ebenfalls eine Pauschalverurteilung für verfehlt und kritisierte dabei die SPD in seiner Sendung.

Die etablierten Medien rudern Stück für Stück zurück, korrigieren ihre anfänglichen Beiträge und geben nach. Dies passiert nicht aufgrund einer tiefverwurzelten journalistischen Verantwortung für die publizierten Beiträge, sondern aufgrund des Machtwechsels innerhalb der Medienlandschaft selbst. Die alternativen Medien haben in den letzten 5 Jahren derart an Einflußnahme hinzugewonnen. Die neuen Techniken der Informationsübermittlung erschweren die feste Etablierung eines vorher gewünschten Diskussionsrahmens ungemein und bedrohen die Deutungshoheit. Wo früher die alternativen Medien vornehmlich auf Berichte der Leitmedien reagierten, werden diese jetzt selbst zu Meinungsmachern.

Viele Leitmedien können sich immer weniger leisten an ihrer undifferenzierten Berichterstattung festzuhalten, ohne das Risiko zu tragen noch mehr Leser zu verlieren. Es wird für immer mehr Menschen zu Normalität, sich umfassend, heißt auf ganz verschiedenen Plattformen zu informieren. Mündige Bürger greifen auf Schriftbeiträge verschiedenster Medien zurück, ergänzen diese mit Videomaterial im Internet und ihrer eigenen Erfahrung. Beiträge von Alternativplattformen generieren eine derartige Reichweite, daß die öffentlich-rechtlichen gezwungen werden, darauf zu reagieren.

Gutes Beispiel für den Verlust der monopolisierten Deutungshoheit ist ein Beitrag der Tagesschau vom 17.08.2020 unter dem Titel *"Kein Maidan in Belarus"* verfaßt von der Journalistin Silvia Stöber. In diesem Beitrag wird Bezug auf den Artikel *"Weißrußland im Griff einer Farbenrevolution?"* von Rainer Rupp genommen, veröffentlicht am 14.08.2020 bei KenFM, also drei Tage vor dem Tagesschaubericht. Selbst wenn von "Desinformation" die Rede ist, zeugt der Beitrag von der Relevanz der in den alternativen Medien publizierten Beiträge. Warum sonst Rupp überhaupt erwähnen?

Ein Zeichen, daß die Beiträge sehr wohl regelmäßig gelesen und studiert werden. Alleine diese Tatsache zeigt, inwieweit das Deutungsmonopol sich neu verteilt und Mängel immer schneller in der Öffentlichkeit zu Tage treten. Die Reaktion des Bundesministers Jens Spahn, der sich zuvor als zuverlässiger Vertreter der Pharmalobby einen Namen gemacht hat, zeigt wie Spitzenpolitiker von der eigenen Bevölkerung entfernt sind. Jens Spahn hielt in Bottrop eine Rede und wurde von lautem Geschreie und Buhrufen übertönt.

Gewiß, der Bundesminister steht massiv unter Druck, es wird wohl keiner in seiner Haut stecken wollen. Interessant bleibt dennoch die Bemerkung über sein Unverständnis über die Wut der von den Maßnahmen betroffenen Bürger. Es ist natürlich unmöglich zu wissen, was Spahn an diesem Tag wirklich dachte und wie seine persönliche Meinung zu dem ganzen Geschehen gewesen ist. Als Spitzenpolitiker und allen voran als Minister spielt er auch eine Rolle.

Allerdings ist ein Unverständnis vieler Politiker für die tatsächliche Wut innerhalb der Bevölkerung wohl auch nicht ganz unüblich und könnte auch damit zu tun haben, daß Politiker an der Macht in einer ganz anderen Welt leben und schon lange nicht mehr das Durchschnittsleben führen, wie die Mehrheit der eigenen Wählerschaft.

Wie soll ein Mensch sich ein klares Bild von der Situation auf der Straße, in der einfachen

Kneipe, im Kindergarten, in heruntergewirtschafteten Wohnviertel machen, wenn er über 20.000 Euro brutto im Monat bezieht, eine Millionen Euro teure Villa sein Eigenheim nennen kann, zahlreiche Privilegien genießt und den öffentlichen Nahverkehr nur aus dem Dienstwagen zu beobachten gelernt hat?

Nur so sind Aussagen wie "Hartz IV bedeutet keine Armut" zu erklären. Die Begründung für eine hohe Bezahlung liegt der Korruptionsbekämpfung zugrunde. Wer schlecht bezahlt wird, ist schneller korrumpierbar, so der Leitgedanke. Die Kehrseite dieses sehr guten Gedanken liegt aber wohl in der Abspaltung von der Durchschnittsgesellschaft.

Es geht mittlerweile um weit mehr als um die Diskussion über den Fortgang oder die Beendigung der Corona-Maßnahmen in diesem Land. Vermehrt werden Stimmen laut, die für weitreichende Reformen in diesem Land eintreten, gemessen an den verankerten Werten und Grundsätze der Verfassung. Sie haben begriffen, daß gesellschaftliche Probleme von Menschen geschaffen werden und auch von Menschen gelöst werden können. Sie lehnen einen unreflektierten, dem Großkapital unterliegenden Fortschrittsgedanken ab.

Ein Gesellschaftsmodell, gemessen an den Grundsätzen einer internationalen, rücksichtslosen Konkurrenz ist für den Erhalt einer demokratischen und friedlichen Gesellschaftsordnung nicht haltbar. Die Kritiker spüren die verheerenden Konsequenzen einer amerikanisierten Gesellschaft, durchdrungen von einer neoliberalen Doktrin, sie spüren aber ebenfalls die verheerenden Konsequenzen einer erweiterten chinesischen Einflußnahme in Europa. Wer das Spiel im 21. Jahrhundert weiter nach den oben genannten Grundsätzen mitzuspielen wagt, egal ob nach amerikanischer oder chinesischer Pfeife, kommt nicht drum herum alle Werte einer gerechten und freien Gesellschaft zu verraten.

Das 21. Jahrhundert wird von der Digitalisierung und Robotisierung der gesamten Gesellschaft geprägt sein. Wir haben es schon mit einer Gesellschaft zu tun, in der personenbezogene Daten das neue Öl sind und das digitale Überwachungssystem zum Erhalt einer laufenden Konsumgesellschaft immer mehr an Bedeutung gewinnt. Diesen Konkurrenzkampf wird nur derjenige gewinnen können, der am skrupellosesten die Freiheiten der Massen zu mißachten wagt. Wer eine offene Debatte über die Entwicklung im digitalen Zeitalter vorantreibt, wird nicht denselben Entwicklungsfortschritt zeichnen können, wie jede Länder die sich wohlwollend darüber hinwegsetzen.

Erstaunlich hier die Parallelen zum Kalten Krieg. Eine Zeit, in der Deutschland geteilt war und Westdeutschland sich auf die Seite des Kapitalismus gestellt hatte. Die Idee eines Dritten Weges hatte seine Anhänger, wurde aber mit schärfsten Mitteln bekämpft und unterdrückt.

Heute wie damals steht mal wieder Deutschland - vielleicht sogar ganz Europa - vor der Frage, wie langfristig zu verfahren ist. Für jeden reflektierten Bürger sollte klar sein, daß das amerikanische Modell schon lange nicht mehr tragbar ist und selbst für die Mehrheit der US-Bürger katastrophal verlaufen ist. Der amerikanische Traum ist schon lange Geschichte, auch wenn die Vereinigten Staaten ein wunderschönes Land bleiben mit vielen wunderbaren Menschen.

Aber wer kann ein Gesellschaftsmodell noch für erfolgreich halten, in der Bildung zum absoluten Luxusgut geworden ist und nicht jeder Bürger sich über eine anständige Gesundheitsversorgung freuen kann. Es ist richtig, daß die chinesische Politik Millionen von Bürgern aus der bitteren Armut geholt hat. Vergessen sollte man aber nicht, daß dies auch mit einer weitreichenden Zerstörung der alteingesessenen Kultur einherging und in einem perfektionierten Überwachungssystem mündete.

Während die USA und China sich einen Kampf um die globale Vorherrschaft liefern, sollte man hierzulande darüber diskutieren, welchen eigenen Weg man zu gehen beabsichtigt. Die Einführung neuer Technologien muß nicht nachteilig sein. Wird diese aber unreflektiert vorgenommen und wird vor allem darüber nicht mehr öffentlich debattiert, sollte es im Anschluß

keinen wundern, wenn das Ergebnis verheerend sein wird. Die Proteste haben gezeigt, daß der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben stark verankert ist.

Sie machen zudem darauf aufmerksam, daß eine demokratische und pluralistische Gesellschaft davon geprägt ist, nicht jede Autorität widerspruchslos hinzunehmen und immer wieder aufs Neue die gegebenen Machtstrukturen zu hinterfragen und gegebenenfalls zu reformieren. Und eines hat sich im Laufe der Geschichte immer wieder gezeigt. Selbstbestimmung ist ansteckend. Die Geschichte wird die Wahrheit freisprechen.<<

[Auf der Webseite "https://kenfm.de ..."](https://kenfm.de ...) des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 2. Juni 2021 folgender Bericht über die Ausrufung des Notstands wegen der Corona-Pandemie (x1.014/...): >>**Regierung "beobachtet" Demokraten? Stasi raus!**

Über die Drohung mit dem Inlandsgeheimdienst eines Regimes im rechtsfreien Raum

Ein Kommentar von Hendrik Sodenkamp, Herausgeber der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand

Im März 2020 verabschiedet sich die Bundesregierung und der Bundestag von parlamentarischen Verfahren, von Gewaltenteilung und Grundrechten. Es wird der jahrelange Notstand ausgerufen und die Gesellschaft in den Krieg gegen den Virus geschickt.

Dagegen bildet sich umgehend eine Opposition, die auf Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und der öffentlichen, demokratischen Aushandlung aller wichtigen Fragen beharrt. Die Demokratiebewegung.

Früh berichtet auch das Nachrichten- und Meinungsportal KenFM über die ersten Demonstrationen dieser Antikriegs- und Verfassungsbewegung. KenFM interviewt wichtige Köpfe und läßt die Protagonisten zu Wort kommen. Darunter sind von Beginn an Menschen mit wissenschaftlicher Ausbildung und Berufserfahrung in Medizin, Verfassungsrecht und Demokratiefragen, die hier ihre Stimme erheben können. Nun wird die Nachrichtenplattform, wie auch die gesamte Demokratiebewegung vom Inlandsgeheimdienst der Regierung überwacht.

Dürfen die das?

An dem Vorgang fällt auf, daß der Geheimdienst eigens eine neue Kategorie erfinden mußte, um die eigene Aktivität als legitim erscheinen zu lassen. Bis dato tauchten im Verfassungsschutz nämlich ausschließlich Linksextremismus, Rechtsextremismus, islamistischer Fundamentalismus und die Alien-Sekte Scientology auf. Unter alle diese Kategorien passen die Demokratiebewegung und KenFM nicht. Weder soll eine Diktatur des Proletariats ausgerufen, noch Kaiser Wilhelm wieder ausgegraben, noch die Umma eingeführt, noch durch kostspielige Sitzungen Leute ausgepreßt werden. Nein.

Die Ziele sind von Anfang an klar: Es geht darum, daß es eine öffentliche Aushandlung über die wichtigen Fragen der Gesellschaft gibt. Das heißt, daß unterschiedliche Positionen zu Wort kommen. Es geht darum, daß die Grundrechte gelten. Und zwar im Wortlaut, so wie sie gemeint sind. Vor allem dann, wenn Herausforderungen anstehen, reale oder eingebildete.

Das jedoch ist für das Merkel-Regime Grund genug, sich in Gefahr zu wännen. Denn die Pandemie-Geschichte der Regierung ist dermaßen fadenscheinig und unhaltbar, daß jede öffentliche, ergebnisoffene Diskussion zum Ende des Hygiene-Regimes und des gewollten Ausnahmezustandes führen würde.

Der Abschied vom Grundgesetz

Es ist die Regierung und ihr Machtapparat, die sich von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes verabschiedet haben, ohne daß sie in einem demokratischen Verfahren an dessen Stelle eine neue Verfassung gesetzt hätten. Statt dessen putscht die Regierung gegen die eigenen Grundlagen und das sind das Grundgesetz sowie die Leute, die in diesem Land leben. Und weil dem so ist, ist von nun an jeder und jede, die sich auf die Menschenrechte beruft, Teil der neuen Verfassungsschutz-Kategorie "*Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates*".

Selbst der Tagesschau fiel auf, daß der Begriff sperrig ist. Und das hat auch seine guten Gründe, denn sperrige und unklare Begriffe tauchen dort auf, wo keine Klarheit über den Gegenstand herrscht. Ähnlich ist es bereits mit anderen Begriffen dieser Zeit. Was ist zum Beispiel *"eine epidemische Lage von nationaler Tragweite"*? Man nehme sich einmal Zeit über diesen Begriff wirklich nachzudenken.

Dieser Begriff, der die vermeintliche Grundlage für alle Grundrechtseinschränkungen bildet, ist ein Nicht-Begriff. Ein richtiger Begriff wäre *"Seuche"* oder *"lebensbedrohliche Epidemie"* - und solcherlei liegt vor, wenn viel mehr Menschen sterben als sonst. Das ist aber nicht der Fall, sondern statt dessen eine *"epidemische Lage"*, Worte die beschreiben, was sein könnte und nicht das, was ist. Frei nach dem Sprichwort: *"Es kann viel passieren, wenn der Tag lang ist."*

Kommen wir zur neuen Wortschöpfung *"Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates"*, und fangen mit der zweiten Hälfte des Satzes an. Was delegitimiert denn den Staat? - Wenn er sich nicht an die eigenen Regeln hält. Es gibt das Grundgesetz, in dem klar steht: *"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten."*

Dann kommt sogar noch der Zusatz, quasi als Arbeitsauftrag an den Staat: *"Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet."* Mit der klaren Conclusio: *"Eine Zensur findet nicht statt."*

Jetzt haben wir eine staatliche Institution, den Inlandsgeheimdienst, der auf eine publizistische Seite angesetzt wird. Das ist schon an sich ein Eingriff in die Pressefreiheit und somit nicht legal, denn wer als Mensch bei jedem geschriebenen Satz fürchten muß, daß dieser dem mitleidenden Geheimdienstmitarbeiter nicht gefallen und er deshalb herbeizitiert wird, ist nicht mehr frei im Schreiben. Das nennt man dann Zensur, die laut Verfassung nicht stattfinden darf.

Es ist das gute Recht eines jeden Menschen, Handlungen des Staates die Legitimation abzuspüren. Das bedeutet Kritik. Und wenn viele Menschen diese Ansicht dann übernehmen und teilen, nannte man das *"demokratische Willensbildung"*.

Nun gibt es in Deutschland und anderen liberalen Ländern die starke Stellung der Grundrechte. Diese beinhalten, das Mindestmaß dessen, was jedem Mensch zusteht, auch wenn er der einzige oder die einzige ist, die eine bestimmte Position hat. Keine Mehrheit, kein Staat, kein Unternehmen kann ihm oder ihr diese Rechte nehmen. So darf beispielsweise niemandem verboten werden, weiterhin auf Rechtsstaatlichkeit, Verfassung und Menschenrechte zu beharren, auch wenn sich der gesamte Rest der Gesellschaft einer Sekte angeschlossen hat, sich kostümiert, sich Nadeln in die Arme steckt und wirren Gurus hinterherrennt.

Das unterscheidet den liberalen Verfassungsstaat von einer Glaubensgemeinschaft. Denn dort kann man ausgeschlossen werden, wenn man nicht an die Grundsätze des Glaubens glaubt. Wer voller Inbrunst glaubt, daß Angela Merkel die Wiedergeburt von Jesus Christus ist, der hat in der katholischen und auch der evangelischen Kirche nichts zu suchen. Er kann aber dennoch in einer Demokratie mit seiner Partei auf Stimmenfang gehen und damit ganze Zeitungen füllen, wenn er denn unbedingt will.

Kommen wir zum ersten Satzteil *"Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung"*. Was das bedeutet, ist nicht zu verstehen, denn es ist ein Pseudo-Begriff. Warum ist ein Phänomen bedeutsam für den Verfassungsschutz? Eine inhaltliche Begründung hat dieses Wortpaar erst einmal nicht. Die gäbe es, wenn eine Gruppe von Menschen die Demokratie aushebeln möchte, die Gewaltenteilung auflöst und die Grundrechte für ungültig erklärt. Das ist eine Ordnungsvorstellung, die dann der Verfassung widerspricht.

Es scheint so, daß etwas dann für den Inlandsgeheimdienst relevant ist, wenn viele Menschen Handlungen des Staates die Legitimität absprechen oder weil die Argumente dafür so gut sind,

daß sie eine Bedeutsamkeit an sich haben. Oder aber: Für den Inlandsgeheimdienst ist dann etwas bedeutsam, wenn der Inlandsgeheimdienst sagt, daß es für ihn bedeutsam sei. Also Willkür, die - Sie haben es erraten - mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.

Wenn man sich den gesamten Begriff einmal anschaut, also "*Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates*" kommt man zu dem Schluß, daß dieser Nicht-Begriff deshalb geschaffen wurde, weil im Corona-Regime so viele Menschen der Regierung und dem Staatsapparat die Legitimation absprechen, so daß es eine ernsthafte Bedrohung für diese Regierung gibt. Ist es eine Bedrohung für die Verfassung?

Nein, denn die Demokratiebewegung beruft sich von Anfang an auf das Grundgesetz, die Menschenrechte und die Gewaltenteilung. Ein Großteil der Demokratiebewegung kann sich auch noch etwas Besseres als das Grundgesetz vorstellen, nämlich die Ausarbeitung einer Verfassung auf Basis des Grundgesetzes. So wie es in Paragraph 146 des Grundgesetzes niedergeschrieben steht.

Es braucht kein KenFM und keine Demokratiebewegung um den Staat in seinen Handlungen im Hinblick auf die gültige Verfassung zu delegitimieren. Das schafft die Merkel-Seehofer-Spahn-und-Lambrecht-Bande auch allein, die seit 14 Monaten im rechtsfreien Raum agiert. Das zeigt nicht zuletzt die Beobachtung der Demokratiebewegung durch den Verfassungsschutz.

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand erreicht Menschen, die ansonsten ausschließlich der Gleichschaltungspropaganda in TV, Regierungspresse und Konzernportalen ausgesetzt wären. ... <<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Juni 2021: >> **Die improvisierte Republik und ihre Krisen**

Politisches Handeln im permanenten Katastrophenmodus: Der Verlust von Normalität prägt Regierende wie Regierte

Konstantin Fechter

Der Begriff der Krise, welcher nicht nur seit Monaten, sondern schon über Jahre hinweg als die treffendste Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse der Berliner Republik erscheint, wird instinktiv mit dem Theater der griechischen Antike verbunden. Er suggeriert eine Gefährlichkeit des Augenblicks, einen Moment am Scheidepunkt, der die dringende Notwendigkeit einer Entscheidungsherbeiführung in sich birgt.

In der Tragödie steht der Held vor der Wahl zwischen freiem Fall in die Katastrophe oder einer Wende im letzten Augenblick. Daran geknüpft ist das Versprechen, daß es einen Idealzustand vor der Erschütterung gab, zu dem eine Rückkehr durch Besinnung möglich sei. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ließ daher jüngst in beschwichtigendem Tonfall vorlauten, es sei nun an der Zeit, "wieder Brücken zu bauen zwischen Menschen und Gruppen, die die Pandemie verfeindet hat".

So spricht jemand, der zur Tagesordnung übergehen möchte. Brücken zur Normalität benötigen jedoch Pfeiler auf einem tragfähigen Fundament. Als am 27. Januar 2020 der erste Covid-Infizierte Deutschlands festgestellt wurde, war dieses schon längst im Zuge einer tiefgreifenden sozialen Desorganisation abgetragen. Das Ende des Kalten Krieges und das Abhandenkommen eines funktionellen äußeren Feindes führte in vielen Staaten zu einem Autoritätsverlust im Inneren mit einer sich ständig in ihrer Intensität steigenden Kette von politischen, sozioökonomischen und ethnischen Spannungsfällen.

Vor der Epidemie war es das ungelöste Migrationsproblem, davor der abgründige Finanzexzeß, welcher auf einen europapolitischen Legitimationsstreit folgte, der sich nach dem Kater der Wiedervereinigung ankündigte. Das Leben in der westlichen Hemisphäre wird nicht mehr sporadisch von eruptiven Ereignissen heimgesucht, sondern hat längst eine neuralgische Krisenkultur ausgeprägt. Die dieser innewohnenden Erfahrung des Verlustes und der Verlassen-

heit ist die Begleiterscheinung einer großen Auflösungstendenz, die eine Welt des Übergangs bestimmt, in der der Einzelne nur noch schwer seinen festen Stand findet.

Die parteiübergreifende Konzeptlosigkeit läßt sich als ein improvisiertes Handeln im permanenten Katastrophenmodus verstehen. In der Improvisation legt man das Zepter der Initiative aus der Hand und unterstellt alle Verhaltensweisen einem reaktiven Handlungsmuster. Es gleicht einem Seemann, der im Sturm seinen Kurs aufgibt und nur noch von Wellenkamm zu Wellenkamm denkt.

Wenn sich Politik jedoch von der Berechnung des Möglichen auf die Lebenserhaltungsmaßnahmen eines Ordnungssystems reduziert, gilt, was schon Balzac wußte: "Es gibt keine Prinzipien, es gibt nur Ereignisse, es gibt keine Gesetze, es gibt nur Umstände."

Dort wo keine Verbindlichkeit mehr herrscht, sanktioniert sich die skrupellose Argumentation der Notwendigkeit selbst. Der einzelne Regelbruch wird bedeutungslos und sogleich im darauffolgenden vergessen. Er untersteht der Logik des Süchtigen, welche in jedem neuen Rückfall nur ein allerletztes Mal erblicken will. Derweil dominieren jedoch Überraschung und Hysterie, wenn Strategie und seismographisches Gefahrenbewußtsein durch das illusionäre Wunschdenken auf unverhoffte Besserung ausgetauscht werden.

Im Politikstil des panischen Moments ersetzt das Fahren auf Sicht ein durchdachtes Vorgehen, die Absicherung der persönlichen Stellung den Dienst für das Gemeinwohl. Der dauerprärente Notfall legitimiert mit apokalyptischer Rhetorik ein alternativloses Durchregieren ohne Maß und Verstand. In der Betriebshektik des Improvisationsregimes wird die Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen der Dramaturgie des Ausnahmezustands geopfert, zur Drohkulisse umfunktioniert und systematisch für die Durchsetzung einer Stegreifstaatsführung instrumentalisiert.

Wird die Krise zur Gewohnheit, hat das Auswirkungen auf Regierende wie Regierte. Ein Unbehagen, resultierend aus dem Empfinden, in eine Phase erhöhter Fragilität getreten zu sein, macht sich breit und nagt am notwendigen Einvernehmen zwischen Anführern und Geführten. Der Verlust von Zustimmung aufgrund der eklatanten Führungsschwäche wird durch eine forcierte Angstpolitik kompensiert.

Die neurotisierte Bürgerschaft gerät in eine chronische Dauererregung, die durch die mediale Beschallung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure aufrechterhalten wird. Die Liste an vermeintlichen Verfassungsfeinden, Wahrheitsleugnern und Klimaignoranten wächst so stetig an. Das Verdikt der Panikmasse ist eindeutig und schnell gefällt: Wer widerspricht, dem ist nicht zu trauen. Je stärker der Kontrollverlust, desto strenger und schriller werden die Disziplinierungsrituale.

Furcht und Unsicherheit dienen jedoch nicht als Grundlage einer Staatsräson, sondern deformieren die Psyche der Bevölkerung. Gereiztes Mißtrauen gegenüber den Verantwortlichen wie auch den Mitbürgern prägt das Beziehungsgeflecht eines multiethnischen Sozialwesens ohne Gebrauchsanweisung. Wirklichkeit, Schein und Lüge geraten in ein immer uneindeutigeres Verhältnis. Indem keine nennenswerte Bindung zwischen Regierungsverantwortlichen und den verschiedenen partikularistischen Lagern mehr existiert, entsteht im postnationalen Flickenteppich eine bunte Lebensrealität, die wenig Beißhemmung kennt, dafür aber Lust auf Verdächtigung und Entsolidarisierung spürt.

Mit dem Ende des Corona-Konflikts wird nur eine partielle Stabilität zurückkehren. In vielen Teilen der Bevölkerung wachsen antagonistische Narrative, die voneinander separierte Wirklichkeitsverständnisse formen und ihre Träger vollständig gegenüber Dialog und objektiver Faktenüberprüfung immunisieren. Der lagerübergreifende Austausch beläuft sich nur noch auf ein Signalisieren gegenseitiger Verständnislosigkeit und Abneigung. Im Zorn und Ressentiment der Grabengesellschaft geraten auch sinnvolle Regierungsvorhaben schnell in den Verfall, eine weitere kontrollierende Herrschaftstechnik zu sein.

Wenn selbst die Leitpolitik nicht viel mehr als ein improvisiertes Gemeinwesen verkörpern kann, das sich von Erschütterung zu Erschütterung zu retten versucht, dann schlägt die Stunde der Meinungsfänger, die hohle Versprechen als festen Halt verkaufen können. Je mehr die weltanschauliche Verankerung durch religiöse, soziale und kulturelle Milieus schwindet, desto auffälliger wird die Bereitschaft, sich provisorischen Sozialkollektiven anzuschließen. Diese Krisenkulte sprießen in immer kürzeren Abständen aus dem Nichts, sammeln eine fanatisierte Anhängerschaft um dubiose Führerfiguren, erzeugen mächtig Lärm und Krawall, nur um ebenso schnell wieder zu verschwinden.

Unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung schwanken die Demonstrationzüge auf deutschen Straßen zwischen berechtigter Empörung, offener Verzweiflung, Lust auf Entgleisung und unverhohlenem Wahn. Politische Artikulation weicht dem Hoffen auf ein gemeinschaftliches Erweckungserlebnis und der Sehnsucht nach überindividueller Ordnungsanbindung. In der "Konvergenz der Katastrophen" (Guillaume Faye) werden die Verunsicherten so von den Sirengesängen der selbsternannten Welterklärer und Politgurus gelockt.

Indem sich die gewählten Improvisationskünstler von der Komplexität supranationaler Machtstrukturen überfordert erweisen, profitieren jene davon, die diesen Führungsverlust durch sinistre Geheimpläne zu erklären versuchen. Der Verschwörungsverdacht wird zum individuell zugeschnittenen Glaubensangebot, bei dem für jeden eine passende Weltdeutung vorhanden zu sein scheint.

Der Scholastiker Wilhelm von Ockham erkannte schon vor siebenhundert Jahren in seinem heuristischen Sparsamkeitsprinzip, daß eine Erklärung dann überzeugt, wenn sie über wenig Variablen und Hypothesen verfügt. Politisches Versagen muß nicht immer einen doppelten Boden beinhalten, sondern kann lediglich das Produkt einer tragischen Verknüpfung von Verblendung, Willenlosigkeit und Opportunismus sein. Die Suche nach den grauen Eminenzen und verborgenen Weltenlenkern erzwingt dort die Schimäre der Kausalität, wo sich historische Tendenzen längst selbst verstärken.

Die deutschen Bürger haben etwas Besseres als politische Improvisation und soziale Flüchtigkeit verdient. Eine Opposition, die diesem Wiederverortungsauftrag gerecht werden möchte, muß jedoch dem Prinzip der Wirklichkeit unterstehen. Jenseits einer naiven Wissenschaftshörigkeit sollte sie mit nüchternem Blick sezieren, wo systematisch Lügen gestreut werden oder nur eine Verkettung widriger Umstände vorliegt. Dafür benötigt es die schonungslose Lagefeststellung ohne ideologische Scheuklappen.

Ihr täte es gut, das vielfache Scheitern der Merkel-Regierung als eine Politik der Kopflösigkeit zu enttarnen und nicht in den Chor derer einzustimmen, die Globalismus, Impfstrategie und Klimawandel zu mythischen Fabelwesen aufblähen. Eine realpolitische Haltung der Verantwortung mit Sinn für das Konkrete anstelle von diffuser Systemskepsis - das wäre ein tragfähiger Brückenschlag in diesen aufgeregten Zeiten.

Konstantin Fechter veröffentlichte im Kulturteil zuletzt die Essays "Cromwells Schädel" über Empörungsrituale und Löschkultur (20/21) sowie "Unter der Maske (JF 15/21) über Verbitterungen, die in die innere Emigration führen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2021: >>**Dreieinigkeit im Staatsdienst**

Erhöhung der Rundfunkgebühren: Karlsruhe entscheidet im Sinne der Öffentlich-Rechtlichen
Ronald Berthold

Daß das Bundesverfassungsgericht die Erhöhung des Rundfunkbeitrages durchgesetzt hat, ist ein Fanal, das weit über die öffentlich-rechtlichen Sender hinausgeht. Wir blicken auf ein politisches System, in dem sich unterschiedliche Gewalten zum Wohl des Volkes kontrollieren sollen. Und wir entdecken, daß sie dabei zunehmend versagen - ja, versagen müssen.

Nicht nur das Urteil und dessen groteske Begründung, sondern auch das Umfeld, in dem es

gesprachen wurde, haben Potential. Leider ein fatales. Es zerstört das Vertrauen in den Staat. Denn im Zusammenhang gesehen ist es ein Musterbeispiel dafür, wie die einst klare Trennschärfe zwischen Regierung, Parlament, höchster Rechtsprechung und öffentlich-rechtlichen Medien verschwimmt.

Man fragt sich: Befindet sich in dem undifferenzierten Vorwurf, alle steckten unter einer Decke, mehr als ein Körnchen Wahrheit? Bleibt die praktizierte Gewaltenteilung, auf der ein demokratischer Rechtsstaat basiert, auf der Strecke?

Wir leben inzwischen in einem Land, in dem es die Kanzlerin nicht mal mehr als Instinktlosigkeit begreift, alle Richter des Verfassungsgerichts, die ohnehin von den Parteien ausgesucht werden, kurz vor wichtigen Entscheidungen zum Dinner einzuladen. Und die Geladenen - die höchsten Vertreter der Judikative - zeigen bei dieser Kumpanei mit der Spitze der Exekutive auch keinerlei Hemmung. Jedem kleinen Amtsgerichtsvorsitzenden würde das eine knallende Befangenheits-Backpfeife einbringen.

Es ist aber auch niemand mehr da, der diese Fraternalisierung einen Skandal nennt. Niemand, der Angela Merkel und die Richter durchrüttelt und sie fragt: Wollt ihr das Ansehen des Staates völlig demolieren? Das müßte in einem funktionierenden System die vierte Gewalt, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, tun. Doch der fällt aus, holte sich lieber Merkels Regierungssprecher als ARD-Vorsitzenden.

Ob in der geselligen Runde über anstehende Verhandlungen, wie die gegen Kanzlerin Merkel selbst oder über den Rundfunkbeitrag, gesprochen wurde, spielt keine Rolle. Es ist das Klima insgesamt, das rechtstaatszersetzend wirkt.

Wenn der Verfassungsgerichtspräsident, der das Urteil zum Rundfunkbeitrag verkündete, vorher als Fraktions-Vize der CDU/CSU im Bundestag amtierte, müßte das die Öffentlichkeit bestürzen. Stephan Harbarth, den die Bild-Zeitung zu Recht als "Merkels Mann in Karlsruhe" bezeichnet, hat nie zuvor ein Richteramt ausgeübt. Nun brachte er es mit seinem Senat fertig, eine Begründung hinzulegen, die die Blase verdeutlicht, in der sich alle drei Gewalten und die Medien eingerichtet haben.

Mit ins Lächerliche abgleitender Wirklichkeitsverweigerung heißt es darin, daß in Zeiten "von einseitigen Darstellungen, Filterblasen, Fake News, Deep Fakes" die Bedeutung des beitragsfinanzierten Rundfunks wachse. Als ob sich nicht insbesondere ARD, ZDF und Deutschlandradio den Vorwurf der Einseitigkeit hart erarbeitet hätten. Und als wenn sie nicht auch bei der Verbreitung von "Fake News" dabei wären.

Es waren diese Sender, die bei der "Flüchtlings-Welle" die Lüge von massenhaft zu uns fliehenden Frauen und Kindern verbreiteten, während in Wirklichkeit vorwiegend junge muslimische Männer kamen. Und die von hochqualifizierten Akademikern sprachen, die den Fachkräftemangel beseitigen würden. Tatsächlich fand eine Einwanderung in die Sozialsysteme statt. Es waren diese Sender, die jeden, der die Fakten aussprach, aus dem Diskurs ausschlossen. Die von ARD und ZDF angerührte toxische Mischung aus bösartiger Einseitigkeit und "Fake News" hat zur Spaltung des Landes beigetragen.

Es waren diese Sender, die von einer nie stattgefundenen, aber von Bundeskanzlerin Merkel und ihrem Sprecher, Ex-ZDF-Mann Steffen Seibert, erfundenen "Hetzjagd" in Chemnitz berichteten. Sie haben es geschafft, daß die sächsische Stadt heute mit Ausländerfeindlichkeit in Verbindung gebracht wird und nicht mit dem Mordanschlag mehrerer Flüchtlinge auf Stadtfest-Besucher.

Es sind diese Sender, die zu Corona fast nur die der Regierung genehmen Experten zu Wort kommen lassen und maßnahmenkritische Wissenschaftler als Verschwörungstheoretiker abstempeln. Es sind diese Sender, die die Abschaffung der Grundrechte verteidigen und auch bei der Diskussion über den Klimawandel aus der im Rundfunkstaatsvertrag festgeschriebenen Ausgewogenheit eine Einseitigkeit fabriziert haben, die nicht mehr weit von der im Staats-

fernsehen Rußlands oder Chinas entfernt ist.

Erschüttern muß auch, daß Karlsruhe die Entscheidung frei gewählter Volksvertreter aus Sachsen-Anhalt, die Beitragserhöhung abzulehnen, für verfassungswidrig erklärt. Dies bedeutet nichts anderes, als daß diese Abstimmungen in den Länderparlamenten das Prädikat "scheindemokratisch" verdienen. Die Abgeordneten dürfen laut höchstem Gericht nichts anderes als zustimmen.

Und es heißt auch, daß der Beschluß der demokratisch viel weniger legitimierten "Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten" (KEF) für das Verfassungsgericht einen höheren Stellenwert genießt als die Entscheidung eines Landtags. Und weiter gedacht zeigt es, daß die KEF mehr Bedeutung erhält als die Grundrechte. Diese konnte die Regierung im Namen der Gesundheit einschränken und zum Teil abschaffen, ohne daß die Richter ihr in den Arm gefallen wären.

Vom Bundestag, der Legislative, haben die Deutschen ohnehin nicht mehr viel zu erwarten. Der hat sich per Beschluß in der existentiellen Frage der Gewährung von Freiheitsrechten demonstrativ und ausdrücklich selbst entmachtet.

Zusätzliche 381 Millionen Euro fließen nun dank Verfassungsgericht in die Kassen des bisher schon mit jährlich 8,1 Milliarden Euro teuersten Rundfunks der Welt. Bezahlen muß jeder. Egal, ob er die Propaganda über sich ergehen läßt oder nicht. Wer sich weigert, kommt in Deutschland sogar ins Gefängnis. Niemand aus dem gewaltenteiligen Land setzt sich für jene Menschen ein, die behandelt werden wie Schwerverbrecher. Niemand wirft die Frage der Verhältnismäßigkeit auf. Nicht die Regierung, nicht das Parlament. Die Sender schon gar nicht. Und auch das höchste deutsche Gericht nicht.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 16. September 2021 (x1.055): >>**Politik ohne Parteien**

Wir brauchen eine grundlegende Neuordnung des Politik- und Wirtschaftssystems. Exklusivabdruck aus "Demokratie versus Parteienherrschaft".

von *Ernst Hellmann*

In Deutschland werden trotz Demokratie, also Volksherrschaft, viele Entscheidungen entgegen den Interessen des Volkes getroffen, die der Menschheit und der gesamten Natur schaden. Das Parteiensystem in unserem Land richtet die demokratischen Regeln an den Interessen der Berufspolitiker und Lobbyisten aus und durchdringt sämtliche Institutionen des Staates. Denn die Grundregel jedes demokratischen Staatswesens - die Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative - wurde durch ihren Einfluß ausgehebelt.

Das gegenwärtige Grundgesetz kann keine tragfähigen Lösungen für die großen Probleme unserer Zeit liefern. Wir könnten mit einer neuen Verfassung für Deutschland eine grundlegende Reform der Gesellschaftsziele festlegen, die für eine gerechte, gemeinwohlorientierte und die Natur achtende Lebenswelt einsteht. Dafür ist aber eine Neuordnung des Politik- und Wirtschaftssystems unabdingbar. Sind wir individuell und als Gesellschaft in der Lage, diesen überfälligen Umbruch zu verwirklichen?

Wir haben beschrieben, welche Mechanismen zur aktuellen Situation geführt haben: Die im Grundgesetz (GG) vorgesehene Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung führte zu einem Monopol, daß Demokratie - eine Herrschaft des Volkes, wie der Name unterstellt - durch eine Parteienherrschaft ersetzt hat.

Der deutsche Psychiater und Philosoph Karl Jaspers hatte bereits in den 1960er-Jahren beklagt, daß die Parteien sich von Organen des Volkes zu Organen des Staates entwickelt hätten und dazu beitragen, die Wirksamkeit des Volkes demokratiekonterkarierend zu minimieren. Die politischen Parteien haben sich den Staat faktisch angeeignet.

Daß das parlamentarische System nicht nur in einer tiefen Krise steckt, sondern am Ende seiner bedrohlichen Entwicklung angekommen ist, zeigen uns die ungelösten Problematiken,

national und international. Im Übrigen geben Wahlergebnisse die Erwartungen und Überzeugungen der Wähler schon lange nicht mehr wieder. Die von der Bevölkerung beauftragten Parlamente und Regierungen spiegeln nicht das Bewußtsein und den Willen der Landesbewohner.

Ein Verbot von geplante Verschleiß im Wirtschaftssystem, von Plastikabfall, von Massentierhaltung, von krankmachender Lebensmittelproduktion, von Naturzerstörung ist zwingend notwendig. Und was bekommen wir? Städte, Gemeinden, Regionen und Länder, die versuchen müssen, in einem ständigen Wettbewerb die Nachbarn zu dominieren. Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe, Verbraucherschutz, fairen Handel, aber wir bekommen eine Diktatur des Kapitals, die all das ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Steigerung des eigenen Reichtums steuert.

Wir wollen sichere Arbeitsplätze mit einer fairen und auskömmlichen Vergütung, doch wir bekommen Druck auf Arbeitsplätze- und Entgelte durch Produktionsbedingungen in Indien oder China. Wir wollen eine Zukunft für unsere Kinder in einer intakten Natur, statt dessen haben wir eine Welt bekommen, in der Angst vor der Zukunft vorherrscht: Angst vor den Folgen der Klimaveränderung, Angst vor Kriegen und Konflikten, Angst vor dem Morgen.

Wir wollen Volksvertreter in den Parlamenten, die sich dafür einsetzen, unser Leben und das der gesamten Natur zukunftsfähig und friedvoll zu gestalten, doch was haben wir? Abgeordnete, die in politischen Zirkeln (Parteien) organisiert sind und nicht unabhängig vorgehen, sondern die Interessen der Partei vertreten, deren Führung von Meinungseliten mit kühler Berechnung unter Druck gesetzt werden und die dafür sorgen, daß sie in Abhängigkeit von deren Interessen agieren.

Die Vertreter dieser Interessen prägen und lenken über die Presse die öffentliche Meinung. Das Gesetz des Handelns liegt zum großen Teil bereits bei einer wuchernden Eurobürokratie in Brüssel, bei dem Internationalen Währungsfonds in Washington, bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt und bei der Welthandelsorganisation in Genf - alles Institutionen, die eng mit dem internationalen Finanzsektor verwoben sind. So wird nationale Politik von den Zielen der globalen Finanzwirtschaft ferngelenkt.

Die Geschichte von Ägypten bis Rom zeigt uns, daß jedes politische System ein Verfallsdatum hat. Für die Parteienherrschaft in Demokratien ist diese Zeit jetzt gekommen!

Global stehen uns tiefgreifende Umbrüche bevor, sowohl klimatisch als auch soziologisch und politisch. Wir stehen am Beginn einer ganz anderen Zivilisation. Die Interessen eines jeden Teils der Gesellschaften und der gesamten Natur müssen berücksichtigt und zweifellos den Partikularinteressen übergeordnet werden. Jetzt stellen sich die Fragen: Werden wir zu Opfern von Ereignissen, die über uns hereinbrechen und uns ein anderes Leben aufzwingen, oder können wir die Geschichte wenden und eine gemeinsame Vision für eine lebenswerte Zukunft entwickeln?

Vor etwa 200 Jahren entstanden die Nationalstaaten und haben überall in Europa die monarchischen Herrscher abgelöst. Jetzt ist es an der Zeit, erneut etwas grundlegend Neues entstehen zu lassen, damit wir gut gerüstet in die Zukunft gehen können. Mit einem radikalen grundlegenden Umbau der verkrusteten politischen Strukturen kann der Grundstein für ein friedvolles Zusammenleben der globalen Gesellschaften in einer intakten Umwelt gelegt werden.

Für diese grundlegende Transformation bedarf es einer Neuorientierung der Gesellschaftsziele. Nachfolgend eine realistische Aussicht:

Verfassung für Deutschland

Der Ökonom und Philosoph Prof. Dr. Wolfgang Berger hat im März 2019 in der Wissensmanufaktur, Institut für Wirtschaftsforschung und Gesellschaftskritik, ein Essay mit dem Titel Demokratie ohne Parteien verfaßt. Die Ausführungen dieses bemerkenswerten Mannes sind

genial und zukunftsweisend. Sie zeigen uns einen realistisch-visionären Weg aus der vermeintlichen Sackgasse hin zu einer wahren Demokratie.

Dem deutschen Volk ist nach der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland im Jahre 1990 gemäß Gesetz eine Verfassung in Aussicht gestellt worden. Die Organisatoren der Wiedervereinigung haben sich über diese Vorgabe des deutschen Grundgesetzes hinweggesetzt. Die Politiker haben den Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland einfach um das Gebiet der früheren Deutschen Demokratischen Republik erweitert, ohne das davon betroffene Volk in Ost oder West zu befragen.

Verfassungsreform gemäß Grundgesetz Artikel 146 GG

"Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

1762 hat Jean-Jacques Rousseau - Philosoph, Schriftsteller und Naturforscher - in seinem Du Contrat Social (Vom Gesellschaftsvertrag) das Konzept der Volkssouveränität als Prinzip legitimer politischer Herrschaft begründet. Danach steht das Volk als höchste Staatsgewalt über allen anderen Institutionen.

In unserem Land repräsentieren die politischen Parteien die höchste Staatsgewalt und beherrschen allen anderen Institutionen. Deshalb braucht Deutschland eine Verfassung, die vom Volk verstanden, akzeptiert und getragen wird - der das Volk zugestimmt hat. Erst wenn das erreicht ist, haben wir eine wahre Demokratie.

Prof. Dr. Berger erläutert, wie eine Verfassung die Erdrosselung unseres Gemeinwesens durch die Parteien in Deutschland beenden kann, und macht hierzu sieben Vorschläge:

"Bei Bundestagswahlen bewerben sich in jedem Wahlkreis nur noch Direktkandidaten. Der Kandidat, der in einem Wahlkreis die meisten Stimmen erhält, zieht in den Bundestag ein. Landeslisten, die von den Parteien aufgestellt und mit der 'Zweitstimme' gewählt werden, gibt es nicht mehr. Weil Überhangmandate wegfallen, wird die Größe des Bundestages mehr als halbiert. Kandidieren kann jeder Bürger, der im Wahlkreis wohnt und das passive Wahlrecht besitzt. Hierzu benötigt er 250 unterstützende Unterschriften von wahlberechtigten Mitbürgern aus dem Wahlkreis. Es werden Personen gewählt, keine Parteien.

Eine mögliche Parteizugehörigkeit von Kandidaten wird auf dem Wahlzettel nicht vermerkt (eine Zugehörigkeit zu einem Sportklub ja auch nicht). Die Reihenfolge, in der die Kandidaten auf den Stimmzetteln stehen, wird ausgelost. Das beschränkt den sicheren Erfolg eines von der größten Partei aufgestellten Kandidaten. Die zuständige Behörde organisiert öffentliche Veranstaltungen, bei denen die Kandidaten sich vorstellen".

Für eine Verfassung muß allerdings noch sehr viel mehr geregelt werden. Zu ihrer Vorbereitung und Beratung wird eine verfassungsgebende Versammlung gebildet, ähnlich der, die das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland entworfen hat. Dieses ausdrücklich so genannte provisorische Grundgesetz wurde vom Parlamentarischen Rat beschlossen und konnte erst nach Genehmigung durch die westlichen Besatzungsmächte am 24. Mai 1949 in Kraft gesetzt werden.

Der Parlamentarische Rat war eine von den Länderparlamenten der drei Westzonen gewählte Versammlung, die 65 stimmberechtigte und 5 nicht stimmberechtigte (aus West-Berlin) Mitglieder hatte. Sie tagte von September 1948 bis Juni 1949 in Bonn.

Prof. Dr. Berger schreibt, daß die neue verfassungsgebende Versammlung jetzt aus 100 Personen gebildet werden solle, denn 100 Personen seien arbeitsfähig, weil jeder jeden kenne, und meint weiter, daß 40 von ihnen Juristen, Wissenschaftler, Richter, Verwaltungsjuristen, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Wahlbeamte und Parlamentarier sein sollten, die sich selbst vorschlagen oder von ihren Institutionen vorgeschlagen werden könnten.

Jedes Landesparlament würde aus dieser Vorschlagsliste eine anteilige Zahl von Personen

auswählen und sie in die verfassungsgebende Versammlung entsenden. Nach Nordrhein-Westfalen 9, Bayern 6, Baden-Württemberg 5, Niedersachsen 4, Hessen 3, Sachsen, Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein je 2 Mitglieder, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Bremen je 1 Mitglied. Diese Personen würden mit drei Viertel der Parlamentssitze gewählt. Diese Mehrheiten erreichten die Regierungsfractionen der Landesparlamente nur, wenn sie die gesamte Opposition mit einbinden.

60 Mitglieder dieser Versammlung würden über die Einwohnerregister der Wahlberechtigten mit einer qualifizierten Zufallsauswahl aus der Mitte der Bevölkerung rekrutiert werden. Das Losverfahren orientiere sich neben regionalen an demografischen Kriterien (Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Beruf), so daß diese Vertreter die Struktur der Gesamtbevölkerung damit spiegeln würden. Zahlreiche Losdurchgänge würden so lange durchgeführt, bis die erzielte Auswahl der Zusammensetzung der Bevölkerung entspräche. Zusätzlich würden Ersatzkandidaten benannt, falls einzelne ausgeloste Bürger den Ruf zur Mitwirkung in der verfassungsgebenden Versammlung nicht annähmen.

Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung sei ein Bundesrichter, der von den Mitgliedern der Versammlung mit einer Dreiviertelmehrheit gewählt werde. Bei Nichterreichen der erforderlichen Mehrheit würde ein weiterer Wahlgang angesetzt werden. Die Wahl des Vorsitzenden würde von einem Mitglied des Bundesverfassungsgerichts geleitet, das von diesem Gericht einvernehmlich dafür benannt werde.

Die organisatorische Starthilfe für die Versammlung obliege dem Bundespräsidenten. Die Versammlung wähle einen zentral in Deutschland gelegenen festen Tagungsort, der auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen sei, zum Beispiel Kassel.

Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung erhielten Kostenersatz und würden für ihre Tätigkeit entlohnt. Beamte, die man für die Mitwirkung in dieser Versammlung freistellte, erhalten keine Vergütung. Mitglieder der Versammlung, die durch ihre Mitarbeit einen Verdienstausschlag erlitten, würden für ihre Mitwirkung gleichhoch vergütet. Als Richtgröße gelte der durchschnittliche, nachgewiesene Verdienstausschlag. Bei der Berechnung würden sehr hohe Einkommen nivelliert. Selbstständige, deren Betrieb durch ihre Mitwirkung gefährdet sei, würden je nach ihrer spezifischen Situation unterstützt. Berufsverbände stellten hierfür die Bearbeiter. Der Bundesfinanzminister erlasse eine Durchführungsverordnung zur Vergütungsregelung.

"Der so erarbeitete Verfassungsentwurf muß von der Bevölkerung als oberstem Souverän in einer Volksabstimmung genehmigt und freigegeben werden. Der Prozeß der Vorbereitung dieser Abstimmung wird die meisten Wähler veranlassen, sich mit dem Entwurf und seinen Folgen - also mit dem politischen System - zu beschäftigen. Wird der Entwurf vom Souverän - dem Volk - nicht gebilligt, muß erneut beraten werden. Für Diskussion und Meinungsbildung ist ausreichend Zeit vorzusehen".

Nach dieser Zäsur könnte Deutschland Vorreiter und Vorbild für eine ganz besondere Verfassung werden. Die Winde der Veränderung kündigen sich an und fordern uns auf mitzukommen. Unsere Demokratie wird nicht vergehen, weil die Parteien ihre Macht verlieren, im Gegenteil: Sie wird endlich wiedererwachen und aufblühen.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun und mit uns geschehen lassen. Und wir müssen nicht auf dem Boden der uns oktroyierten Tatsachen leben. Wir - das Volk - sind der Souverän. Dessen müssen wir uns bewußt sein. Die Meinungsmacher der politischen Parteien haben uns schon viel zu lange die Wege verbaut, auf denen alle Menschen ihre Würde wiedererlangen können. Es sind die friedvollen Wege in uns, die zum Frieden in unserem Land und zum Frieden auf der Welt führen können.

Von allen bisher erprobten Gesellschaftsformen ist die Demokratie jene, die den menschli-

chen Eigenschaften und Bedürfnissen wie Vertrauen, Wertschätzung, Liebe, Empathie, Gemeinschaftssinn, Solidarität und Gerechtigkeit am nächsten kommt. Das hat die folgende Demokratieform schon ansatzweise erreicht:

Direkte Demokratie

Daß die skandinavischen Länder, Kanada, Australien und die Schweiz laut aktuellem Demokratieindex von 2019 die vollständigsten Demokratien haben und die Menschen dort überwiegend mit der Politik ihrer Regierungen zufrieden sind, haben wir schon im Teil 1 dieses Buches beschrieben.

Die Gründe dafür sind zweifellos eine große Partizipation der Bürger bei politischen Entwürfen und Entscheidungen, aber vor allem bieten die nordischen Sozialstaaten einen umfassenden Schutz gegen soziale Risiken und investieren aktiv in ein lebenslanges Lernen. Die Integration in den Arbeitsmarkt möglichst aller Menschen zu humanen Bedingungen ist ein Merkmal dieser vorsorgenden Sozialstaatlichkeit, ein anderer die umfassend organisierten und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen. Diese Sozialpolitik der Nordländer ruht auf besonderen Institutionen und Traditionen. Sie ist in ein steuer- und fiskalpolitisches System eingebettet, in dem weitreichende Umverteilungen mit Prinzipien einer soliden öffentlichen Haushaltsführung kombiniert werden.

Die Schweizer Bürger können, dank ihrer Tradition, über viele Fragen der politischen Ordnung durch Initiativen und Volksentscheide direkt mitbestimmen. Das führt dazu, daß sie wesentlich zufriedener Demokraten als die Bürger hierzulande sind. Während im kleinen Nachbarland 88 Prozent der Bürger mit ihrer Staatsform zufrieden sind, sagen das in Deutschland nur 66 Prozent.

So gesehen scheinen die verschiedenen Formen direkter Demokratie eine große Chance für die Gesellschaften zu sein, weil sie die Macht feiner verteilen, so daß alle Bürger das Recht und die Möglichkeit erhalten, immer wieder in politische Entscheidungsfindungen einzugreifen. Sie können auch Themen selbst vorschlagen. Das gibt den Menschen ein erhöhtes Freiheitsgefühl und führt zu einer politischen Kultur, die weniger Distanz zwischen Politik und Einwohner kennt. Zudem produziert diese Kultur gesprächsbereitere Politiker, weil jeder Volksvertreter weiß, daß häufig die Bürger das letzte Wort haben.

Ist das die dringend benötigte bessere Gesellschaftsordnung?

Können mit Übernahme dieser Demokratieform die geschilderten Entartungen durch Parteienherrschaft respektive Wirtschaftsinteressen in den parlamentarischen und präsidentialen Demokratien beendet werden?

Die Antwort lautet Ja und Nein:

Nein, weil alle der hier genannten vollständigen Demokratien sich auch der weltweiten zerstörerischen kapitalistischen Wirtschaftsordnung unterworfen haben und weil auch sie Parteiensysteme haben, deren Politiker von Wirtschaftsinteressen gelenkt werden.

Beispiel Schweiz: Nestlé, der größte Nahrungsmittelhersteller der Welt. mit einem Jahresumsatz von circa 80 Milliarden Euro, ist wegen diverser Vergehen bei seinen globalen Aktivitäten in der Kritik. Kinderarbeit, unethische Förderung, Manipulation ungebildeter Mütter, Umweltverschmutzung, Preisabsprachen und Falschdeklarierung - das alles kann Nestlé. Auch wegen diverser Umweltvergehen als global größter Produzent von Flaschenwasser gehört Nestlé zu den meistgehaßten Konzernen der Welt.

Und die Schweizer Banken? Die sind sehr erfolgreich. Sie machen das, was überwiegend zum Bankgeschäft gehört: Geschäfte ohne Moral. Sie unterstützten Unternehmen bei der Streubombenproduktion (verboten laut UN-Konvention 2010), bei der weltweiten Palmölproduktion (die zu verheerenden Umweltschäden führt) und Despoten, die ihre Völker ausrauben, sowie Steuersünder und Kriminelle aller Art bringen ihre Gelder gerne zu Schweizer Banken, denn dort sind ihre Einlagen sicher.

Bei den Nordlichtern sieht es hinter dem Vorhang auch nicht nur rosig aus. Zum Beispiel die Dänen: Es stimmt, daß sie sich Umfragen zufolge für die glücklichsten Menschen auf Erden halten. Aber warum verschweigen sie dabei, daß sie hinter den Isländern den zweithöchsten Verbrauch an Antidepressiva aufzuweisen haben? Doch das schmutzigste Geheimnis, das sie haben, ist ihr ökologischer Fußabdruck. Er ist einem Bericht des Worldwide Fund for Nature zufolge der viertgrößte weltweit. Damit liegt Dänemark noch vor den USA. Hauptsächlich liegt das an der Herstellung elektrischer Energie, denn circa 57 Prozent des Strombedarfs wird durch Kohlekraftwerke erzeugt.

Oder die Schweden: Die haben sich als neutrales Land fast unbemerkt zu einem der weltweit größten Waffenexporteure entwickelt und die Jugendarbeitslosigkeit ist dort höher als die in Großbritannien und liegt über dem europäischen Durchschnitt.

Über die Norweger sagt man, daß sie die fremdenfeindlichsten Skandinavier sind und sich mit ihrer Vorreiterrolle in Sachen erneuerbare Energien brüsten, dabei verkaufen sie dem Rest der Welt aber weiter Öl und Gas und häufen damit den größten staatlichen Rentenfonds weltweit an.

An diesen Beispielen, die deutlich die Wirkung des kapitalistisch orientierten Wirtschaftssystems, auch in den vollständigen Demokratien aufzeigen, konstatieren wir, daß eine Übernahme der direkten Demokratiesysteme keinesfalls zu einer grundlegenden Verbesserung der beschriebenen weltweiten gesellschaftlichen und ökologischen Tragödien führen können.

Ja, wenn diese Ordnung auf der Grundlage einer umfassenden Erneuerung der Verfassung basiert, die dem Schutz der gesamten Natur höchste Priorität verleiht. Von einem Schutz der Natur sind wir aber durch das Agieren der weltweiten Politik meilenweit entfernt. Machen wir uns nichts vor: Die Versuche der Weltgemeinschaft, die jetzt schon sichtbaren Folgen der Klimaveränderung sowie die Vergiftung der Böden, der Meere und des Trinkwassers aufzuhalten, sind am Festhalten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kläglich gescheitert.

Ein "Weiter so" bedeutet, sich in absehbarer Zeit das Verschwinden der Menschheit von dieser Welt vorstellen zu müssen. Die Maßnahmen in Deutschland zur Bewahrung und Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen - Kohleausstieg bis 2035, Verbot der Produktion von Plastikstrohhalm ab 2021, Einführung einer CO₂-Steuer und Aufbruch in ein neues Zeitalter durch Akkumobilität - sind bezüglich der zu erwartenden Machbarkeit durch begrenzte Rohstoffe nicht nur absurd und lächerlich, sondern auch ein Zeichen unglaublicher Dummheit und Unfähigkeit der Eliten aus Wirtschaft und Politik. Außerdem sind die völlig unzureichenden Maßnahmen auch ein skrupelloser Anschlag auf das gesamte Leben der Erde und der Zukunftsfähigkeit der Menschheit.

Manche meinen, daß es egal sei; wenn der Planet ohnehin verloren ist, da könne man ja auch so weitermachen. Aber diese Denkweise ist falsch!

Nicht nur wir sind davon überzeugt, daß die hier aufgeführten ökologischen Probleme und auch die Klimainstabilität ihre wesentliche Ursache im politischen und wirtschaftlichen Handlungsmuster der Eliten haben. Die Folgen sind unsere Trennung von Erde, Natur, Herz, Wahrheit, Liebe, Gemeinschaft und Mitgefühl.

Durch diese Erkenntnis, verstärkt durch das Referendum des bolivianischen Präsidenten Evo Morales zum Schutz der Mutter Erde, auf das wir in der Folge noch näher eingehen werden, sehen wir für die Menschheit, trotz der düsteren Prognosen eine durchaus realistische Möglichkeit, einen vollkommen anderen Weg zu gehen, der das bisher Bekannte völlig auf den Kopf stellt. Im folgenden Kapitel erklären wir den Pfad der Veränderung der, wenn er zu einer Bewegung wird, die Welt transformieren kann.

Ernst Hellmann, Jahrgang 1952, ist seit 2014 im Ruhestand. Seit 2010 ist er Mitglied und Autor der Gemeinschaft für Frieden und Gerechtigkeit, die das Ziel verfolgt, die zunehmenden Ungerechtigkeiten in den weltweiten Gesellschaften sowie die scheinbar unaufhaltsame Zer-

störung unserer Lebenswelt durch das Handeln der globalen Politik- und Wirtschaftseliten zu verdeutlichen.<<

Das Internetportal "heise online" berichtete am 7. Februar 2022 (x1.071): >>Was die Querdenker eint

Georg Schuster

Überlegungen zur außerparlamentarischen Opposition, die derzeit im Angebot ist

Der Präsident des Verfassungsschutzes Thomas Haldenwang hat sich Gedanken über eine Zukunft der radikaleren Segmente der Querdenkerbewegung gemacht: Er "hält es für denkbar, daß staatsfeindliche Extremisten, die derzeit gegen die Coronamaßnahmen mobil machen, sich nach dem Ende der Pandemie ein neues Thema suchten - dies könnte die Klimapolitik sein. Die Pandemie sei 'nur der Aufhänger' für diese radikalisierte Szene. Ob das jetzt Corona ist oder die Flüchtlingspolitik."

... Für seinen Job braucht Haldenwang keine Theorien. Er sieht vielmehr bürokratisch über alle Ursachen von Protest hinweg, macht sie unerheblich und nimmt ihn als ein potentiell Ordnungssystem, das zu beobachten ist.

Es wäre also fehl am Platz, von ihm Auskünfte darüber zu verlangen, ob Teile der Querdenker "nur nach Aufhängern" suchen, warum die austauschbar sein sollen, wieso sich andere Teile daran anhängen etc. Deshalb der Versuch einer Antwort auf die Frage, was diese neue Protestbewegung ausmacht und verbindet.

Zweckbündnis

Aus der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015/16 ist sie nicht hervorgegangen, gleichwohl sind Migrationsgegner in ihr präsent. Sie spielen aber im linken esoterischen Abschnitt und in der bürgerbewegten Mitte des Spektrums der Pandemie-Proteste eine geringere Rolle als an seinem rechten Rand.

Was die Bewegten zusammengebracht hat, ist ihre Lesart der offiziellen Pandemie-Politik. Bei der geht es der Sache nach um den Widerspruch, der den Staat umtreibt, wenn er der Ökonomie zu ihrem Nutzen schaden muß, indem er zeitweise der Volksgesundheit den Vorrang einräumt.

Die Maßgabe dafür ist ein funktionierendes Gesundheitswesen, auf das ein moderner Kapitalismus angewiesen ist. Stockungen bei Arbeit und Erwerb, die dafür in Kauf zu nehmen sind, haben in dieser Wirtschaftsweise zur Folge, daß die vielen Leute in Existenznöte geraten, deren Einkommen über das Monatsende nicht hinausreichen.

Weitere Einschränkungen der Bürger, damit die Beschränkung des Geschäftslebens in Grenzen gehalten werden kann, kommen hinzu. Dies führen Querdenker und andere aber nicht auf dieses System zurück, sondern deuten die Lage als eine Mißachtung, die der Staat ihrem Recht auf Freiheit, Freizeit und Ansteckung entgegenbringt.

Sie sehen darin eine politische Agenda, die mit Gesundheit selbstredend nichts oder wenig zu tun habe. Darüber werden sich Esoteriker sogar mit Identitären einig, und die Bewegten verständigen sich auf Zweckbündnisse, die ein Auge nach rechts oder links zudrücken.

Das Freiheitsverständnis der Querdenker

Trotz ein paar rauher und häßlicher Sitten in ihren Reihen betonen die Querdenker, daß sie der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft entstammen - und dies zu Recht. Die Freiheit, die sie meinen und die sie verbindet, ist der Widerhall dessen, was der demokratische Rechtsstaat unter diesem Titel proklamiert und ins Werk setzt. Lauter Konkurrenzbürger treiben sich unter seiner Obhut herum, deren gegensätzliche Interessen er im Namen dieses hohen Werts als Rechte bewilligt.

Folglich nehmen auch demokratische Untertanen für ihre widerstreitenden Anliegen den Titel in Anspruch. Kein Wunder, daß Impfgegner glauben, mit dem Ruf "Mein Körper, meine Freiheit, mein Recht!", der kein Virus beeindruckt, alles Nötige gesagt zu haben.

Neben der falschen Sicherheit, in der sie sich damit wiegen, übersehen sie allerdings, daß der Staat ihnen die private Sorge um ihre Gesundheit normalerweise zwar gerne zuschiebt (und dies für Normalverdiener, denen dazu die Mittel fehlen, mit einer Zwangsversicherung bezahlbar macht).

Im Fall einer Epidemie aber, wo die Infizierten selber zu einer Krankheitsursache werden, überlässt er die Gesundheit nicht dem persönlichen Ermessen, sondern verpflichtet es auf seine Prioritäten. Daran wird im Prinzip ersichtlich, was die Querdenker nicht oder ganz anders sehen wollen, wenn sie die Freiheit für ein naturgegebenes, den Staat bindendes Recht halten.

Von wegen: Es ist die ideologische Fassung seiner Konzessionen, mit denen er die kapitalistische Gesellschaft beherrscht und verwaltet.

Herrschaftskritik

Auch die Opposition, die die Corona-Proteste entfalten, ging bei den demokratischen Verkehrsformen in die Lehre, mit dem sie sich anlegen. Deutsche Bürger sind es, wie andere Völkerschaften auch, gewohnt und werden darin angeleitet, sich die diversen Unzufriedenheiten, an denen im Kapitalismus kein Mangel herrscht, ziemlich eintönig zurechtzulegen.

Sie deuten sie als politisches Versagen oder Vergehen einer Staatsführung gegenüber dem bürgerlichen "Naturrecht" auf eine gute Herrschaft. Anleitung findet diese legitime Regierungskritik durch oppositionelle Politiker und Parteien, die mit der Vereinnahmung von Unzufriedenheit einen Führungswechsel bewerkstelligen wollen.

In diesem Bemühen werden auch Inhalte und Forderungen hervorgebracht, die sich die staatsbürgerliche Kritik in ihrem Verlangen nach einer besseren Regierung gegebenenfalls einleuchten läßt. Das alternative Versprechen, mehr Demokratie zu wagen und mehr für Umwelt, sozialen Ausgleich oder die Rechte der Nation zu tun als die amtierende Mannschaft, ist deren Ablösung per Stimmzettel oft zuträglich.

Dies, wenigstens aber der Druck auf die Regierung zum Einlenken, erscheint gelegentlich so dringlich, daß sich Teile des Wahlvolks als Protestbewegung formieren. Die Rufe der Gelbwesten "Macron Demission!", die französische Impfgegner erneut skandieren und deren kanadische Übersetzung bei impfunwilligen Lkw-Fahrern "Trudeau got 2 go!" heißt, drücken dieses Prinzip aus. Die inzwischen historische Parole "Merkel muß weg!" soll nach ihrer deutschen Besonderheit hin etwas näher betrachtet werden.

Sie steht für eine Opposition, die zunächst von rechts kam, aber auch auf linken Wegen erreicht werden kann, und die sich von keiner der etablierten Parlamentsparteien mehr repräsentiert sieht. Das kam ohne deren Beiträge nicht zustande.

Die Merkel-Kabinette aus Christ- und Sozialdemokraten haben schon in ihrer Zusammensetzung gezeigt, daß das, was für Deutschland wichtig ist, was "wir schaffen müssen", keine Alternative kennt. Zuvor schon hatte die Koalition unter Schröder bewiesen, daß rote und grüne Parteien, Stichwort Hartz-Gesetze, genauso regieren können wie schwarze.

Auch die grüne Opposition zählte sich seither zu den Anwälten der nationalen "Sachzwänge" und wurde dazu gezählt. Selbst die Linkspartei ringt unverdrossen um diese Anerkennung. Eine politisch radikalisierte Unzufriedenheit bekommt also etliche Anhaltspunkte für die Deutung, ihr Recht auf bessere Herrscher werde ihr durch diesen parlamentarischen Gleichklang seit Jahr und Tag verwehrt.

So nahm eben eine neue außerparlamentarische Opposition ihren Lauf, bei der ein paar rechte Alternativvorschläge für Deutschland mehr Gehör finden.

Zu der ausgebliebenen Beheimatung dieser Sorte von Protest hat die Corona-Politik noch einen spezifischen Beitrag geleistet und damit die Empörung über die "Alternativlosigkeit" befördert. Denn Leute, die die Besonderheiten der Pandemie und ihrer Abwehr bis dahin verpassen, daß sie eine Naturkatastrophe nur als Regierungsversagen wahrnehmen, bekom-

men auch die Seite der staatlichen Maßnahmen in den falschen Hals, die sich der zwingenden Logik der Virusbekämpfung verdankt.

In der darauf bezogenen Einmütigkeit der etablierten Parteien bei der Gesetzgebung, demonstrativ auch im Wahlkampf - und jetzt bei der Impfdebatte - finden sie den endgültigen Beweis für ihren trostlosen Befund: Ein Kartell von "Systemparteien", das auch nach der Wahl in neuer Zusammensetzung der alten Agenda folge, sei der Grund aller Übel und müsse politisch überwunden werden.

Neue "Aufhänger" der Querdenker

Es soll hier nicht ausgeführt werden, wie sich die Überzeugtheit von einem Manöver der Mächtigen auch die passenden Theorien zulegt.

Vielleicht nur dieser Hinweis an die naserümpfenden Kritiker von "Verschwörungsnarrativen": Daß Merkel eine "Corona-Diktatur" errichtet haben soll, halten sie mit Recht für absurd. Daß aber der Kollege Xi Jinping genau das tut, nämlich unter dem Vorwand einer Virusbekämpfung die Parteimacht zementiert, steht als seriöse Überlegung in der Zeitung.

Was den Wechsel der Protestthemen betrifft, so herrscht hier keine Willkür in der Suche nach neuen "Aufhängern" (s.o.). Wenn, dann ist die beschriebene Sorte Herrschaftskritik dafür gut. Im Fall des Übergangs vom Thema Migration auf die Pandemie ging das ungefähr so: Der Sache nach begleitete die Merkel'sche "Willkommenskultur" den Versuch, die europäische Flüchtlingspolitik unter deutsche Regie zu stellen und mit der Grenzöffnung einen entsprechenden Handlungsbedarf hervorzubringen.

Gegner dieser "Kultur" bemängelten Gutmenschentum auf Steuerzahlerkosten. Oder sahen darin das Gebot "Sozial geht nur national!" mißachtet, weil sie die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft mit einem patriotischen Gemeinschaftswerk verwechseln und sich durch die Abwehr und Schlechterstellung von "Fremden" schon gut bedient sehen.

Der Protest beruhigte sich, ohne belehrt worden zu sein, als mit dem mangelnden Erfolg des deutschen Ordnungsanspruchs auch sein humanitärer Seitenarm versiegt und die Elendsmigration wieder bleiben kann, wo sie herkommt.

Wer von hier aus den Übergang auf die Corona-Politik gemacht hat und sie als "Plandemie" bezeichnet, gibt zu erkennen, daß er ihren Grund schon wieder bei einer schlechten Herrschaft angesiedelt sieht, die dem Volk Schaden zufügt. Gleiches auch dann, wenn die Kritik der Energie- und Klimapolitik auf den Vorwurf heruntergebracht wird, der behauptete Klimawandel sei entweder eine Übertreibung oder die Deutschen würden schon wieder, wie bei den Flüchtlingen, für ein Problem abgezockt, das andere verursachen.

Der Klartext der mitregierenden Grünen z.B., die mit postfossiler deutscher Spitzentechnik Zukunftsmärkte erobern und die Verbraucherpreise daran beteiligen wollen, bleibt dieser Sicht verschlossen.

Ob Teile der Querdenker, wie der Verfassungsschutz befürchtet, diesen Schritt gehen oder sich dazu anstiften lassen, wird man sehen. Aktivisten und Gefolge gibt es in dieser Bewegung allemal, für dieses Verhältnis ist aber die inhaltliche Übereinstimmung maßgeblich. Die Behauptung, Corona sei nur ein "Aufhänger", übergeht nicht nur das.

Sie bestreitet dieser Opposition den politischen Charakter und mutmaßt entweder einen leeren destruktiven Vorsatz oder erklärt sie zum Indiz einer "Anomie" und "Bindungslosigkeit", die sich die falschen Führer sucht. Diese Übergänge in die Psychoanalyse der Bewegung wären allerdings ein neues Thema.<<

2. Wie versucht man die Nebenwirkungen von Covid-Impfstoffen zu verheimlichen?

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 17. Juni 2021 (x1.080/...): >>Falsches COVID-Narrativ von Fauci: Ein Mikro-Kosmos von Klima-Lügen

Peter Murphy

Dr. Anthony Fauci hat einen schlimmen Monat hinter sich.

Stunden nach seinen fünfzehn Minuten Ruhm hat sich der onkelhafte Dr. Fauci als unehrlich und selbstsüchtig in Bezug auf die Coronavirus-Pandemie erwiesen, nachdem er 18 Monate lang der Liebling der nationalen Medien war. Seine kumulativen Widersprüche und Wahrheitsverfälschungen, insbesondere über die Ursache des globalen Covid-Ausbruchs, sind zu offensichtlich und beunruhigend, um sie zu ignorieren.

Dr. Faucis feige Vertuschung der Ursprünge der Covid-19-Pandemie sind eine Fortsetzung einer langen Tradition von Regierungslügen - sowohl von Politikern als auch von Bürokraten mit Lebenserfahrung. Darüber hinaus ist seine Ausflucht ein Mikrokosmos der fortlaufenden, von der Regierung sanktionierten Fehlinformation und Verzerrung über den Klimawandel als eine Möglichkeit, kostspielige, ideologische Green New Deal-Politik zum Nachteil der Amerikaner zu rechtfertigen und umzusetzen.

Die kürzliche Veröffentlichung von Dr. Faucis E-Mail-Kommunikation von Anfang 2020, zu Beginn der Pandemie, enthüllte, daß er erfuhr, daß das Coronavirus höchstwahrscheinlich vom virologischen Labor in Wuhan, China, ausging. Dennoch wies er diese Möglichkeit öffentlich zurück und verwies statt dessen auf chinesische Naßmärkte und Fledermäuse, während er die falsche Propaganda der kommunistischen chinesischen Regierung glaubhaft akzeptierte.

Es wurde auch aufgedeckt, daß die von Dr. Fauci geleitete Bundesbehörde, das National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID), gefährliche "Funktionsgewinn-Forschung" an Viren finanzierte, auch im Labor in Wuhan. Dr. Fauci hat diese Enthüllung in betrügerischer Weise heruntergespielt. Die Rolle des NIAID zeigt, warum er den Fokus weg vom Wuhan-Labor verschob und seinen damaligen obersten Chef, den Präsidenten der Vereinigten Staaten, unterminierte, der dieses Labor als schuldig für die Entfesselung des Coronavirus bezeichnete.

Eine solche Perfidie von Fauci und sein Verschweigen relevanter Fakten über die schlimmste öffentliche Gesundheitskrise der letzten 100 Jahre wäre ein großer Skandal, wären da nicht die nachgiebigen, kriecherischen Medienpersönlichkeiten, die sich immer noch in ihrer Berühmtheit sonnen.

Es geht hier nicht darum, Dr. Faucis Verlogenheit wiederzukäuen, die von anderen eindrucksvoll detailliert beschrieben wird. Vielmehr geht es darum, aufzuzeigen, daß ein solches Verhalten nichts Neues ist und in anderen Themenbereichen, über die die Regierung bestimmt, bereits stattgefunden hat.

In den 1960er Jahren wurde den Amerikanern erzählt, daß die USA den Vietnamkrieg gewinnen würden, doch Präsident Lyndon Johnson, Verteidigungsminister Robert McNamara und viele andere Beamte, die dieses Narrativ verbreiteten, wußten, daß das Gegenteil der Fall war. Die Veröffentlichung der "Pentagon Papers" entlarvte ihre Lügen über den Krieg, noch während sie Zehntausende von amerikanischen Soldaten einberiefen und in den Kampf und den Tod für eine verlorene Sache schickten.

Die zügellose Verzerrung über Covid durch den Regierungs-Medien-Tech-Komplex geht mehr als ein Jahr zurück. Der Schaden ist zwar ernst, aber nur vorübergehend. Während sich das Virus verflüchtigt, fallen die wirtschaftlichen Einschränkungen weg und mehr Menschen kehren zur Schule und zur Arbeit zurück. Das gleiche Ausweichen auf Klimafragen, nämlich die globale Erwärmung, geht Jahrzehnte zurück und hat einen Fieberpegel erreicht, so daß die

Biden-Regierung versucht, das Land mit ... Covid-ähnlichen wirtschaftlichen und energetischen Einschränkungen dauerhaft zu verändern.

Die heutigen Covid- und Klimalügen, auch über angebliche "Wissenschaft und Daten", sind allgegenwärtig, weil sie ermächtigend sind; das heißt, sie ermöglichen es den Politikern, in die Wirtschaft einzugreifen, Billionen von Dollar auszugeben und die Gesellschaft in einer Weise zu ordnen, wie es sie in der Neuzeit noch nie gegeben hat. Doch das Ausmaß, die Geschichte und die Auswirkungen des Klimawandels rechtfertigen nicht, daß Präsident Biden und Konsorten die Öl- und Gasindustrie zerstören, Billionen von Dollar in gedrucktem Geld ausgeben, das wir nicht haben, und der riesigen privaten Finanzindustrie befehlen, in "grüne Projekte" zu investieren.

Politiker und Bürokraten wie Dr. Fauci setzen das falsche Narrativ auf Covid auch, um ihre Industrie und Finanzierung zu schützen. In ähnlicher Weise werden die Klimalügen erzählt, um diese Industrie mit anhaltender staatlicher und philanthropischer Unterstützung zu bereichern.

Den Klimawandel als existentielle planetarische Bedrohung zu bezeichnen und zu versuchen, null Netto-Emissionen zu erreichen, ohne die Notwendigkeit beweisen zu müssen, bedeutet, die massive Kontrolle der Regierung über die individuelle Freiheit und den privaten Sektor zu sichern. Die daraus resultierende Politik wird unsere Möglichkeiten zu reisen beeinflussen, wo wir arbeiten können, was unsere Kinder in der Schule gelehrt werden, was wir essen können, die Art der Energie, die wir verbrauchen und wie viel, und schließlich, ob die Amerikaner ein First Amendment Recht zu hinterfragen oder gegen diese Transformation des Landes erlaubt sein wird.

Damit dies nicht "alarmistisch" bezüglich der Klima-Agenda erscheint, eine Erinnerung an Covid-19. Jeder, der das vorherrschende bürokratische und mediale Narrativ über die Pandemie in Frage stellte, einschließlich gutgläubiger Wissenschaftler und Ärzte, wurde als "Verschwörungstheoretiker" und Schlimmeres angegriffen und wurde von den Tech-Giganten der sozialen Medien daran gehindert, ihre Forschungsergebnisse bekannt zu machen. Doch die Skeptiker haben sich als richtig liegend erwiesen, was den Ursprung des Virus, Behandlungen, das Tragen von Masken und vieles andere angeht.

Unwahrheiten über Covid und Klimafragen werden aufrechterhalten, weil so wenige in den Medien ihre Behauptungen hinterfragen. Es werden mehr Stimmen benötigt, um die Worte und Handlungen der Regierung, ihrer Politiker, verschanzten Bürokraten und Interessengruppen zu hinterfragen, von denen so viele Daten manipuliert und die Wissenschaft ignoriert haben, um ihre politische Agenda voranzutreiben.

Wenn Regierungsbeamte jahrelang über einen Krieg, eine Pandemie und so vieles andere lügen können, werden sie das auch beim Klima tun, um das Energie- und Wirtschaftssystem des Landes zum Schlechten zu "transformieren". ...<<

Die Tageszeitung "Berliner Zeitung" berichtete am 24. Februar 2022: >>"Alarmsignal":

Impffolgen: Krankenkasse BKK schreibt Brief an Paul-Ehrlich-Institut

Die Krankenkasse BKK hat Millionen Versicherten-Daten ausgewertet. Die angegebenen Fallzahlen des Paul-Ehrlich-Instituts zu Impffolgen sind demnach zu niedrig.

Eine große deutsche Krankenkasse hat Zahlen zu Nebenwirkungen von Covid-Impfstoffen erfaßt. Das Ergebnis sei "ein erhebliches Alarmsignal". Nach Angaben der BKK ProVita liegt die Zahl der Nebenwirkungen um ein Vielfaches höher als die, als die durch das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) offiziell bekannt gegeben werden.

In einem Brief an das PEI (liegt der Berliner Zeitung vor) heißt es: "In unseren Augen liegt eine erhebliche Untererfassung der Impfnebenwirkungen vor". Der Vorstand der BKK ProVita, Andreas Schöfbeck, sagte der Welt dazu: "Gemäß unserer Berechnungen halten wir 400.000 Arztbesuche unserer Versicherten wegen Impfkomplicationen bis zum heutigen Tag

für realistisch."

Die Krankenkasse hat die Daten von Millionen Versicherten der BKK-Gruppe analysieren lassen. Aufgrund der ausgewerteten Daten kommt Schöffbeck zudem zu dem Schluß, daß "Gefahr für das Leben von Menschen nicht ausgeschlossen werden kann". Schöffbeck hat sich jetzt mit einem Brief an Prof. Dr. Klaus Cichutek, den Präsidenten des Paul-Ehrlich-Instituts gewandt. Das Schreiben ging auch an den GKV-Spitzenverband, die Bundesärztekammer, die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die Ständige Impfkommission und den BKK Dachverband. Die Berliner Zeitung veröffentlicht den Brief mit der Überschrift "Heftiges Warnsignal bei codierten Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung" im Wortlaut.

Der Brief im Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Cichutek, das Paul Ehrlich Institut hat mittels Pressemitteilung bekannt gegeben, daß für das Kalenderjahr 2021 244.576 Verdachtsfälle für Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung gemeldet wurden. Die unserem Haus vorliegenden Daten geben uns Grund zu der Annahme, daß es eine sehr erhebliche Untererfassung von Verdachtsfällen für Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung gibt. Dazu füge ich meinem Schreiben eine Auswertung bei.

Datengrundlage für unsere Auswertung sind die Abrechnungsdaten der Ärzte. Unsere Stichprobe erfolgt aus dem anonymisierten Datenbestand der Betriebskrankenkassen. Die Stichprobe umfaßt 10.937.716 Versicherte. Uns liegen bisher die Abrechnungsdaten der Ärzte für das erste Halbjahr 2021 und circa zur Hälfte für das dritte Quartal 2021 vor. Unsere Abfrage beinhaltet die gültigen ICD-Codes für Impfnebenwirkungen. Diese Auswertung hat ergeben, obwohl uns noch nicht die kompletten Daten für 2021 vorliegen, daß wir anhand der vorliegenden Zahlen jetzt schon von 216.695 behandelten Fällen von Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung aus dieser Stichprobe ausgehen.

Wenn diese Zahlen auf das Gesamtjahr und auf die Bevölkerung in Deutschland hochgerechnet werden, sind vermutlich 2,5-3 Millionen Menschen in Deutschland wegen Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung in ärztlicher Behandlung gewesen. Das sehen wir als erhebliches Alarmsignal an, das unbedingt beim weiteren Einsatz der Impfstoffe berücksichtigt werden muß.

Die Zahlen können in unseren Augen relativ leicht und auch kurzfristig validiert werden, indem die anderen Kassenarten (AOKen, Ersatzkrankenkassen etc.) um eine entsprechende Auswertung der ihnen vorliegenden Daten gebeten werden. Hochgerechnet auf die Anzahl der geimpften Menschen in Deutschland bedeutet dies, daß circa 4-5 Prozent der geimpften Menschen wegen Impfnebenwirkungen in ärztlicher Behandlung waren.

In unseren Augen liegt eine erhebliche Untererfassung der Impfnebenwirkungen vor. Es ist ein wichtiges Anliegen die Ursachen hierfür kurzfristig auszumachen. Unsere erste Vermutung ist, daß, da keine Vergütung für die Meldung von Impfnebenwirkungen bezahlt wird, eine Meldung an das Paul Ehrlich Institut wegen des großen Aufwandes vielfach unterbleibt. Ärzte haben uns berichtet, daß die Meldung eines Impfschadenverdachtsfalls circa eine halbe Stunde Zeit in Anspruch nimmt. Das bedeutet, daß 3 Millionen Verdachtsfälle auf Impfnebenwirkungen circa 1,5 Millionen Arbeitsstunden von Ärztinnen und Ärzten erfordern. Das wäre nahezu die jährliche Arbeitsleistung von 1.000 Ärztinnen und Ärzten. Dies sollte ebenso kurzfristig geklärt werden.

Deshalb ergeht eine Durchschrift dieses Schreibens auch an die Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung. Der GKV-Spitzenverband erhält ebenso eine Abschrift dieses Schreibens mit der Bitte entsprechende Datenanalysen bei sämtlichen Krankenkassen einzuholen. Da Gefahr für das Leben von Menschen nicht ausgeschlossen werden kann, bitten wir Sie um eine Rückäußerung über die veranlaßten Maßnahmen bis 22. Februar 2022, 18 Uhr.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Schöfbeck Vorstand<<

Die deutsche Tageszeitung "Nordkurier" berichtete am 1. März 2022: >>**Krankenkassen-Chef nach Impf-Zweifeln fristlos gefeuert**

Die Krankenkasse BKK ProVita hat ihren Vorstandsvorsitzenden Andreas Schöfbeck entlassen. Er hatte kürzlich mit Skepsis an Corona-Impfungen für reichlich Wirbel gesorgt. Andreas Schöfbeck war seit 2001 Vorstand bei der BKK ProVita.

Drei dünne Sätze lang ist die Presse-Erklärung, mit der die Krankenkasse BKK ProVita am Dienstag die Trennung von ihrem langjährigen Vorstandsvorsitzenden Andreas Schöfbeck bekanntgegeben hat: "Auf seiner heutigen Sitzung hat der Verwaltungsrat der BKK ProVita beschlossen, sich mit sofortiger Wirkung vom bisherigen Vorstand Andreas Schöfbeck zu trennen", heißt es in der Mitteilung. Außer zur Nachfolge wurden keine weiteren Informationen genannt - begründet wurde dies mit "Persönlichkeitsschutz".

Schöfbeck hatte öffentlich vor unterschätzten Impf-Nebenwirkungen gewarnt

Daß der Vorgang bei der relativ kleinen Krankenkasse auf breite Aufmerksamkeit stößt, hängt damit zusammen, daß Schöfbeck in der vergangenen Woche mit einem Brief ans für Impfstoffe zuständige Paul-Ehrlich-Institut (PEI) und weitere Empfänger für bundesweiten Wirbel gesorgt hatte, nachdem zunächst die "Welt" darüber berichtet hatte. Mit Verweis auf eine Analyse von Daten der mehr als 10 Millionen Versicherten der knapp 100 Betriebskrankenkassen (BKK) in Deutschland hatte Schöfbeck in dem Schreiben davor gewarnt, daß die Nebenwirkungen der Corona-Impfstoffe offenbar massiv unterschätzt wurden.

"Unsere Analyse zeigt, daß wir es hier mit einer deutlichen Untererfassung zu tun haben" hatte Schöfbeck der "Welt" gesagt. Die offiziellen Zahlen zu den unerwünschten Impfnebenwirkungen müßten "dringend plausibilisiert werden".

Paul-Ehrlich-Institut wollte sich mit Schöfbeck treffen

Der Brief hatte heftige Gegenreaktionen ausgelöst. Der Virchow-Bund - ein vergleichsweise kleiner Verband niedergelassener Ärzte - hatte Schöfbeck's Warnungen als unzutreffend bezeichnet und die BKK ProVita als "Schwurbel-BKK" verunglimpft. Das PEI hatte das Schreiben hingegen deutlich ernsthafter behandelt und Vertreter der BKK ProVita - eine vergleichsweise kleine Versicherung in der Gruppe der Betriebskrankenkassen - um einen kurzfristigen Termin gebeten, um sich die Daten gemeinsam anzusehen. Dieser sollte ebenfalls am Dienstag stattfinden. Schöfbeck war seit 2001 Vorstandsvorsitzender der BKK ProVita.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21840" berichtete am 5. März 2022 (x1.073/...): >>**Die Impfstoffhersteller müssen für impftote und -geschädigte Kinder haften** - ein Artikel von *Vasko Kohlmayer*

Seit der ausgerufenen Corona-Pandemie gab es noch zu keiner Zeit einen einzigen Grund, der die genbasierte Covid-Spritze für gesunde Kinder rechtfertigen könnte. Beweise von Experten hierfür sind genug vorhanden, werden jedoch unterschlagen und ignoriert. Was für ein Verbrechen an den Kindern läuft hier gerade ab?!

Während das Impfstoff-Narrativ in sich zusammenfällt, gibt es alle möglichen Eingeständnisse von verschiedenen Seiten des industriellen Impfstoff-Komplexes.

Eines der erstaunlichsten kommt von der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Es stammt von Dr. Soumya Swaminathan, der Chefwissenschaftlerin dieser korrupten Institution.

Dies ist, was Dr. Swaminathan vergangene Woche zu sagen hatte:

"Es gibt derzeit keine Beweise dafür, daß gesunde Kinder oder Jugendliche eine Booster-Impfung brauchen ... überhaupt keine Beweise."

Haben wir sie richtig verstanden? Es gibt überhaupt keine Beweise!

Was Dr. Swaminathan meint, ist, daß es keine medizinische oder wissenschaftliche Rechtfertigung gibt, Kinder zu boostern (Auffrischungsimpfungen zu verabreichen).

Keine ... null ... null!

Auch wenn Dr. Swaminathan es nicht gesagt hat, gilt genau das Gleiche für die ersten Grundimpfungen, die Kinder erhalten haben.

Mit anderen Worten, es gab niemals irgendeine Rechtfertigung für die Massenimpfungen von gesunden Kindern und Jugendlichen mit den Covid-19-Impfstoffen.

Die Gründe dafür waren offensichtlich:

- Gesunde Kinder haben nahezu kein Risiko für eine schwere Covid-Erkrankung.
- Die Impfstoffe verhindern weder eine Infektion noch eine Übertragung (oder gar schwer an Covid zu erkranken).
- Die Impfstoffe bergen ein erhebliches Risiko für schwere Nebenwirkungen.

Eine Vorstellung davon, wie gefährlich diese Impfstoffe für Kinder (und auch für alle Anderen) sind, erhalten Sie auf dieser Webseite (<https://www.saveusnow.org.uk/covid-vaccine-scientific-proof-lethal>), worin über tausend wissenschaftliche Studien aufgelistet sind, von Peer-Reviewed Fachzeitschriften (die Artikel wurden von wissenschaftlichen Experten begutachtet). Darin wurden die schweren Nebenwirkungen der Impfstoffe erörtert.

Und trotzdem haben Millionen von Kindern auf der ganzen Welt diese gefährlichen Nebenwirkungen erlitten. Viele dieser Kinder sind gestorben oder erlitten schwere Nebenwirkungen. Sehen Sie hier, was einige ihrer Eltern dazu gesagt haben:

"Der Tod und die Verletzungen dieser bedauernswerten gesunden Kinder waren völlig unnötig. Die Verletzungen und der Tod, die ihnen zugefügt wurden, stellen ein schweres Verbrechen dar.

Die Hauptverantwortlichen für dieses Verbrechen sind die Impfstoffhersteller, die Politiker und die Gesundheitsbehörden, die diese unsicheren experimentellen "Impfstoffe" für die Anwendung bei Kindern und Jugendlichen zugelassen haben. Und vergessen wir nicht die Medien."

Kürzlich forderte der kanadische Premierminister Justin Trudeau kanadische Kinder dazu auf, sich impfen zu lassen. Trudeau sprach zu den kanadischen Kindern:

"Ihr könnt euch impfen lassen, sobald ihr fünf Jahre alt seid. Ich weiß, daß ihr aufgeregt seid und daß ihr es kaum erwarten könnt. In einigen Orten des Landes könnt ihr sogar schon jetzt einen Termin für kurz nach eurem (fünften) Geburtstag vereinbaren ..."

Wie kann Trudeau wissen, daß Fünfjährige auf die Injektionen erpicht sind? Hat Trudeau keine eigenen Kinder? Hat schon einmal jemand ein Kind gesehen, das sich gerne eine Nadel in den Körper stechen läßt?

Es lohnt sich, den 15-Sekunden-Videoclip von Trudeau anzuschauen, um zu sehen, wie heimtückisch diese Impftreiber fünfjährige Kinder lächelnd dazu drängen, gefährliche und unwirksame Substanzen zu erhalten, die sie absolut nicht brauchen.

Justin Trudeaus Demagogie (ideologische Aufstachelung) wurde von US-Präsident Joe Biden getoppt, der in seiner Rede im Weißen Haus am 3. November des vergangenen Jahres folgendes sagte:

"Heute ist ein großer Tag für amerikanische Eltern, amerikanische Familien und amerikanische Kinder. Wir haben einen großen Schritt nach vorn gemacht, um unseren Weg aus dieser Pandemie weiter zu beschleunigen.

Nach monatelanger strenger und unabhängiger wissenschaftlicher Prüfung haben die Food and Drug Administration (US-Behörde für Lebens- und Arzneimittelüberwachung), - die FDA - und die Centers for Disease Control and Prevention (U.S. Seuchenschutzbehörden) - die CDC - den Impfstoff COVID-19 für Kinder im Alter von 5 bis 11 Jahren empfohlen ... Also, Eltern von Kindern ab fünf Jahren, bitte lassen Sie sie impfen ... Dieser Impfstoff ist sicher und wirksam. Also lassen Sie Ihre Kinder impfen, um sich selbst und andere zu schützen, um die Ausbreitung zu stoppen und um uns zu helfen, diese Pandemie zu besiegen."

Im Gegensatz zu den Behauptungen Bidens wissen wir heute, daß diese Impfstoffe weder eine Infektion verhindern noch die Ausbreitung stoppen. Diese Impfstoffe wurden in einem überstürzten und undurchsichtigen Verfahren von korrupten Beamten der so genannten öffentlichen Gesundheitsbehörden "genehmigt", die von Pharmaunternehmen kontrolliert werden, und zwar durch die so genannte "Regulatory Capture". (Vereinnahmung einer Regulierungsbehörde)

Paradoxerweise forderte Joe Biden in derselben Rede Amerikas Senioren auf, sich nach mehreren Impfungen noch eine Auffrischungsimpfung geben zu lassen, zusätzlich zu den Impfungen, die er zuvor den amerikanischen Kindern aufgenötigt hat. Mit anderen Worten: Die ursprünglichen Impfstoffe - von denen anfangs behauptet wurde, sie seien zu 95 Prozent wirksam - hatten bei den Erwachsenen versagt, und dennoch waren die Impfbefürworter erpicht darauf, 5-Jährige mit denselben Impfstoffen zu versorgen.

Die Verursacher dieser Travestie (absurden Kampagne) gegen unsere Kinder müssen zur Verantwortung gezogen werden, damit so etwas nie wieder geschieht.<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21839" berichtete am 5. März 2022 \(x1.073/...\): >>Israel: Covid-Impfgeschädigte erheben ihre Stimme \(Kurzversion\)](https://www.klagemauer.tv/21839)

Israel gilt als Musterland der Pandemiebekämpfung und Vorreiter bei den Impfungen gegen Covid-19. Große Teile der Bevölkerung haben sogar schon Booster erhalten - und die Folgen? Die Leitmedien schweigen darüber, doch in den sozialen Medien berichten Tausende von schwersten Nebenwirkungen, die sie erlitten haben, und von Todesfällen ihrer Angehörigen. Sehen Sie hier erschütternde Zeugnisse von einst gesunden Menschen, deren Leben nun in Scherben liegt.

1. Anmoderation:

Israel wird uns in den Medien immer als Vorreiter in der Pandemiebekämpfung präsentiert. Das Land impfte schneller, breitflächiger und früher als alle anderen. Seit Einführung des digitalen Impfpasses im Februar 2021 können Israels Bürger nur noch mit Nachweis einer Impfung oder Genesung ins Theater oder Kino gehen. Viele brauchen die Impfung, um überhaupt arbeiten gehen zu können.

Während Politik und Medien die Impfung nach wie vor als erfolgreichen Ausweg propagieren, zeigt sich in den sozialen Netzwerken allerdings ein anderes Bild: Dort berichten Tausende von Menschen über schwerste Impf-Nebenwirkungen, teilweise bis hin zum Tode. In der Öffentlichkeit hört man darüber nichts. Auch gibt es in Israel keine offizielle Meldestelle für Impfnebenwirkungen für die Betroffenen.

Dies beunruhigte die zweifache Mutter Avital Livny und sie gab 40 schwer betroffenen Menschen eine Stimme. Sie berichten in der gut einstündigen Dokumentation mit dem Titel "The Testimonies-Project", zu Deutsch "Das Zeugnis-Projekt", was sie nach den Impfungen erlebt hatten. Sehen Sie im Folgenden eine Kurzfassung. Es ist ein Skandal, daß darüber nahezu nichts in den Leitmedien berichtet wird. Deshalb verbreiten Sie, verehrte Zuschauer, diese Sendung an Ihre Freunde und Bekannte!

2. Filmtext - gesprochenen Text

Shalom. Mein Name ist Avital. Ich bin Mutter von zwei Jungs. In den letzten Monaten habe ich von immer mehr Menschen gehört, die kurz nach der Pfizer-Impfung unter schweren Nebenwirkungen litten. Mir ist aufgefallen, daß keine Medien, kein Journalist, kein Reporter diese Ereignisse untersucht und die Daten veröffentlicht. Und dann beginnen sie, diesen experimentellen Impfstoff unseren Kindern zu verabreichen.

Da habe ich mich entschieden, diese Aufgabe zu übernehmen. Ich habe tausend Berichte gelesen und mit hunderten von Menschen gesprochen. Die meisten hatten wegen der Sensibilität dieses Themas Angst, sich zu exponieren. Doch einige Mutige waren bereit, sich öffentlich zu äußern. Hier also sind ihre Berichte: Das Testimonies Projekt, Erfahrungsberichte nach der

Impfung.

Was Sie gerade gesehen haben, ist nur ein Teil der Geschehnisse. Das Israeli People's Committee, eine zivile Organisation, das diese Daten bereitgestellt hat, hat tausende solcher Zeugnisse gesammelt. Wenn Ihnen oder jemandem, den Sie kennen, so etwas passiert ist, dann melden Sie sich bitte bei uns. Und bitte, bitte teile dieses Video, oder füge deine eigene Geschichte hinzu. Denn du bist nicht allein. Wir haben tausende von Zeugenberichten. Es geht um unsere Kinder. Die Wahrheit MUSS ans Licht kommen. Unser besonderer Dank an "The Professional Ethics Front" für die juristische Beratung. Um Nebenwirkungen zu melden, besuche: www.the-people-committee.com/contact

Herzprobleme:

Ich bin Nir Tal. Ich bekam die zweite Dosis. Eine Woche später. Ich fühlte Druck in meiner Brust, ein brennendes Gefühl, als würde mein Herz aus der Brust springen.

In der Notaufnahme wurde eine Myokarditis diagnostiziert. Meine Beine waren gelähmt. Mein Herz schlug unregelmäßig. Die linke Herzkammer war stark geschädigt.

Die gesamte linke Seite war wie gelähmt. Ich konnte weder Hand noch Bein spüren. Mein Kiefer war gekrampft, ich bekam immer wieder Kiefersperren. Dann kann ich nicht sprechen. Jetzt habe ich eine Herzkrankheit. Früher habe ich auf dem Bau gearbeitet, mit meinem Bruder. Doch plötzlich kann ich das nicht mehr.

Mein Name ist Elinor. Ich hatte die erste Dosis schon erhalten, mir war nichts passiert. Zwei Wochen darauf bekam ich die zweite Dosis. Vor etwa einem Monat bekam ich Schmerzen in der Brust. Ich mache Sport. Medikamente nehme ich nicht.

Ich kam mit Schmerzen in der Brust in die Notaufnahme. Sie diagnostizierten eine Perikarditis.

Mein linker Arm funktioniert immer noch nicht so ganz. Arme und Finger fühlen sich taub an. Ich habe Schmerzen im Arm und in der Brust. Ich nehme Tabletten für das Herz.

Ich heiße Yitzhak. Als ich geimpft wurde, ging es mir nicht gut. Nach der zweiten Dosis bekam ich Fieber, ich lag fast eine Woche lang im Bett. Etwa einen Monat später. Plötzlich pocht mein Herz wie wild, ich kann nicht sitzen bleiben. Wache um 5 Uhr oder 5:30 auf. Mein Herzschlag weckt mich.

Mein Name ist Esty. Vor der Impfung war ich ziemlich gesund. Nach der ersten Impfung konnte ich in den ersten Tagen nicht aufstehen, denn ich war fürchterlich müde, hatte heftig Kopfschmerzen, Übelkeit, war schwach. Ich suchte einen Kardiologen, Er sagte mir, daß er ein 24-Stunden-EKG machen will. Der Impfstoff sei kein Problem. Also bekam ich die zweite Dosis. Danach war das Herzproblem ständig. Diagnose: Vorhofflimmern.

Das Hauptproblem ist, daß ich so kraftlos bin. Ich kann nicht aufstehen.

Mein Name ist Naama. Ich bekam die erste Impfung und habe eine Woche nur geschlafen. Ich war mir nicht sicher, ob ich die zweite Impfung machen sollte. Und eine Stunde danach wurde aus mir ein anderer Mensch. Ich fühlte mich elend wie nie zuvor. Ich begann zu zittern, hatte entsetzliche Kopfschmerzen. Mein Herz schlug unregelmäßig. Ich habe den Blutdruck gemessen und er war gefährlich hoch.

Ich habe noch immer Kopfschmerzen, bin chronisch müde.

Ich bin Gavriel. Sie haben mir die Impfung verabreicht. Drei Stunden später hatte ich plötzlich Magenschmerzen, Druck im Bauch. Plötzlich wurde mir heiß, sehr heiß ... Sie brachten mich ins Krankenhaus. Sie sagten: "Ihre Hauptschlagader, da ist ein Loch in der Aorta am Herzen." Ich wurde am offenen Herzen operiert.

Vorher war ich stark wie ein Ochse. Jetzt bin ich die Hälfte dessen, was ich war. Manchmal nasse ich mich ein. Ich kann kaum meine Schnürsenkel zubinden.

Mein Name ist Avraham. Eine Woche nach der ersten Dosis, ich wachte mitten im Schlaf mit Herzklopfen auf. Ich fragte sie in der Notaufnahme, wo ich war, und ob ich die zweite Imp-

fung auslassen sollte. Sie sagten: "Es hat nichts damit zu tun. Lassen Sie sich impfen." Also bekam ich den zweiten Schuß. Danach hatte ich sechs bis sieben Arrhythmie-Episoden.

Mein Name ist Marina. Ich wollte mich gar nicht impfen lassen. Doch ich mußte, denn jeder bei der Arbeit wurde geimpft. Also tat ich das und damit begannen die Probleme. Blutdruck ... Herzprobleme ... Asthma.

Mein Name ist Miryam. Ich bekam die erste Spritze. Ich fühlte mich danach sehr sehr schwach. Drei Wochen später bekam ich die zweite Impfung. Zwei Wochen später. Sie sagten, es sei eine Art Herzstillstand. Diagnose: Myokarditis, Lungeninfektion, Mastitis.

Ich kann nicht laufen. Meine Beine zittern ständig. Ich will geradeaus gehen, die Beine gehen zur Seite. Ich falle immer um, muß mich an den Wänden stützen. Ich war vorher nie krank, war der gesündeste Mensch.

Mein Name ist Meir Jacob. Vor zwei Monaten hat mein Sohn nun die zweite Pfizer-Spritze bekommen. Zwei Monate danach hat er sich schlafen gelegt. Gegen 23:30 Uhr fand ihn meine Ex-Frau tot neben seinem Bett. Im Bericht stand, er sei an einem Herzstillstand gestorben.

Mein Name ist Nimrod. Mein Vater, möge er in Frieden ruhen, war 76 Jahre alt. Er war ein aktiver, lebhafter Mensch. Eine Woche nach der Impfung erlitt er einen Herzstillstand.

Frau anonym: Mein Mann arbeitet in einem Regierungsbüro. 98 % der Mitarbeiter sind geimpft. Zwei seiner besten Freunde hatten einen Herzstillstand und starben. Das war drei oder vier Monate nach der Impfung. Beide waren gesund.

Blutungen und Fehlgeburten:

Mein Name ist Inesa. Leider habe ich den Impfstoff nach einem Streit mit meinem Mann genommen. Das Ergebnis waren Einschränkungen.

Am darauffolgenden Tag bekam ich starke Schmerzen und blutete zwei Wochen lang. Ich hatte eine Woche nach der Impfung Schmerzen im linken Schulterblatt, die Seite der Injektion. Der Schmerz strahlte in den Nacken, den Kopf aus.

Ich brauchte nie Tabletten, war nie krank, hatte nie Grippe, Fieber, nichts. Mein Immunsystem ist einfach zusammengebrochen.

Hallo mein Name ist Meital. Ich hatte entschieden den Impfstoff zu nehmen, weil mein Mann mich dazu drängte.

Ich habe beide Spritzen erhalten. Nach der zweiten hatte ich eine Fehlgeburt. Eines Tages kam ich nach Hause und ging schlafen. Mein Mann weckte mich "Meital, wach auf, du blutest." Das ganze Bett war voller Blut. Eine riesige Blutlache. Und überall war Blut, Wände, Treppen. Ich ging zu meinem Arzt und bat um einen Blutgerinnstest. Er verweigerte das.

Ich habe mit vielen, vielen Frauen gesprochen, viele Frauen hatten eine Fehlgeburt.

Mein Name ist Moriya. Nach der ersten Spritze habe ich nach meiner Periode zwei Wochen geblutet.

Nach der zweiten Spritze hatte ich eine Infektion im Mund, für zehn Tage. Mein ganzer Mund war voller Apften. Ich war noch nie so krank, wie nach der zweiten Spritze. Ich wachte nachts auf, spuckte Blut.

Tovit: Nach der ersten Impfung blutete ich wieder stark, ich hatte Blutgerinnsel. Ich hatte starke Bauchschmerzen, stundenlang. Ich saß bereits im Rollstuhl. Sie machten alle möglichen Tests, invasive Vaginaltests. Ich blutete immer noch, seit fast drei Wochen, habe immer noch Blutgerinnsel. Und ich habe noch immer große Schmerzen.

Ich habe einen Monat lang geblutet.

Krankheitsausbruch:

Mein Name ist Smadar. Ich hatte gerade die erste Spritze bekommen, und hatte sofort schwere Nebenwirkungen: Anaphylaktischer Schock. Mein Herz klopfte, ich dachte es springt aus meiner Brust raus. Ich hatte das Gefühl, Gesicht und Hals würden brennen, alles wurde rot. Ich wurde ohnmächtig. Sie brachten mich in die Notaufnahme. Mir wurde Adrenalin gespritzt,

intravenös. Ich wurde für fünf Tage aufgenommen und hatte jeden Morgen einen weiteren Rückfall. Ich fühlte mich sehr, sehr schwach. Ich wurde im Rollstuhl entlassen.

Es dauerte zwei Monate, bis ich wieder in der Lage war, herumzulaufen. Extreme Müdigkeit. Große Schwäche. Plötzlich hatte ich Schmerzen im Kiefer. Ein Hausarzt diagnostizierte eine Nervenentzündung, Ich war plötzlich kurzatmig, hatte Atemnot. Vorher bin ich gerne gereist und gewandert. Ein Rheumatologe und ein Orthopäde diagnostizierten eine Fibromyalgie.

Mein Name ist Osnat. Ich habe mich impfen lassen. Zwei Tage darauf, fühlte ich mich unwohl. Ich habe Endometriose. Ich fühlte mich, als hätte ich meine Periode, den Eisprung und eine Geburt, alles gleichzeitig. Ich ertrug es nicht, meine eigene Haut zu berühren oder Menschen in meiner Nähe. Zwei Tage nach der zweiten Spritze bekam ich meine Periode. Ich hatte heftige Schmerzen. Ich konnte meine Beine nicht spüren. Der ganze Bereich fühlte sich an wie Beton. Die Endometriose wurde schlimmer.

Ich bin Antonia, Alonas Mutter. Sie ist vor der Covid-Sache problemlos zehn Kilometer durch die Stadt gelaufen. Sie hat sich impfen lassen. Ihr Bauch blähte sich auf, groß und riesig. Sie liegt seit fünf Monaten im Krankenhaus. Die Diagnose war sehr schlimm, eine Autoimmunerkrankung Sie war eine gesunde 34-jährige. Heute spricht sie nicht, geht nicht. Bewegt weder Arme noch Beine. Behinderungsgrad 100 %.

Blutgerinnsel:

Mein Name ist Danny. Ich habe mich impfen lassen. Nach etwa sieben Tagen fühlte ich mich sehr müde und ich konnte nicht atmen, war geschwächt, kurzatmig. Am 8. Tag konnte ich keine Stufen mehr steigen.

Ich nehme nie Tabletten, auch nicht gegen Kopfschmerzen. Jetzt haben sie mir Blutverdünner verschrieben, für immer. Vor der Impfung konnte ich Felsen verschieben. Mauern einreißen. Ich konnte tun was ich wollte. Ich wurde ... zur Hälfte der Person die ich war. Ich bin kaputt.

Alex: Vor der Impfung war noch alles ok. Zwei Monate später, da hatte ich plötzlich Schmerzen in meinem linken Bein. Mein Bein war riesengroß. Ich konnte es nicht bewegen. Im Krankenhaus sagte der Arzt: "Sie haben ein Blutgerinnsel." Der Thrombus sei 1,2 bis 1,3 Meter lang. Vom Bein, ganz nach oben, bis zum Hauptvenenstrang.

Unsere Sekretärin ist ungefähr 35 Jahre alt. Und ich sehe ihr Bein, es war geschwollen, wie meines. Ich fragte: "Wann hast du den Impfstoff bekommen?" "Vor zwei Monaten." Du mußt zum Arzt, es ist ein Gerinnsel.

Ich fühle mich wie ein kranker Mensch. Ich kann nicht trainieren, kann nicht in die Sauna gehen, nicht schwimmen, wandern. In meinem rechten Bein ein Blutgerinnsel.

Mein Name ist Limor, 38 Jahre. Mich impfen zu lassen war in meinem Arbeitsvertrag. Nach ungefähr zwei Monaten wachte ich eines Nachts auf mit starken Schmerzen im Bein. Ich ging mitten in der Nacht ins Krankenhaus. Am Morgen kam der Arzt, der die Tests gemacht hatte zu mir und er sagte, daß ich eine Durchblutungsstörung hätte. Mit zehn Jahren hatte ich einen Autounfall. Seitdem hatte ich keine Schmerzen mehr in den Beinen gehabt. Nach der Impfung war es wieder da. Mit Blutgerinnseln, Herzproblemen, Leber- und Schilddrüsenstörungen.

Es ist nicht mehr so wie vorher. Nach der Arbeit bin ich so müde, daß ich stundenlang schlafe.

Mein Name ist Noga. Ich ging hin, um die erste Spritze zu bekommen. Eine Woche später fing ich an, mich müde zu fühlen, müde, immer müde und schwach. Nach zwei Wochen hatte ich kaum noch Kraft. In der dritten Woche schleppte ich mich dahin. Der Bluttest ergab, daß sie einen Herzinfarkt hatte. Sie fanden Blutgerinnsel im Bereich der rechten Herzkammer, zwischen der Lunge und der rechten Herzkammer - was sehr gefährlich ist.

Mir fehlen Folsäure, B12, Vitamin D. Ich hatte diese Mangelzustände vorher nie. Mein Hämoglobin ist niedrig. Klar, daß ich kaum zehn Minuten stehen kann. Denn bis dahin - Ich hatte keinerlei Probleme. Ich bin ein gesunder Mensch! Keine Vorerkrankungen! Ich habe bis zum Alter von 75 gearbeitet.

Infektionen und Entzündungen:

Mein Name ist Iris. Zwei Tage nach der zweiten Spritze hatte ich Schmerzen im rechten Bein, entsetzliche Schmerzen. Es war so schlimm, daß ich in den ersten Tagen kaum laufen konnte. Noch nie in meinem Leben habe ich solche Schmerzen erlebt. Meine Wirbelsäule war entzündet, zwischen den Wirbeln. Ich bin noch 50 % arbeitsfähig. Ich war ein sehr aktiver Mensch, habe zwölf Stunden am Tag gearbeitet. Jetzt arbeite ich bestenfalls vier oder fünf Stunden.

Es war genau zwei Tage nach der Impfung. Der Schmerz ist entsetzlich. Ich kann kaum auf die Straße gehen. Ich halte mich an den Bäumen fest.

Mein Name ist Anat. Ich hatte die erste Impfung erhalten. Zwei Wochen später lag ich nieder, fühlte mich schrecklich. 48 Stunden mit Schmerzen, Erbrechen, Fieber, Schüttelfrost. Zwei Wochen nach der zweiten Dosis fühlte ich mich wieder richtig schlecht. Ich bin in der Nacht aufgewacht und konnte mich nicht bewegen. Jede Zelle meines Körpers schmerzte. Erbrechen, absolute Schlappeheit.

Ich habe eine Freundin, die einen Verwandten im Ichilov-Spital hat. Es war ein Donnerstag, sie sagte: "Morgen wirst du den Professor im Ichilov sehen." Er sah sich meine Blutwerte an und sagte: "Sie haben das Multiple Entzündungs-Syndrom." (MIS)

Hautprobleme:

Mein Name ist Malka. Nach der zweiten Impfung bekam ich sofort Ausschlag am ganzen Körper. Ich wurde ins Krankenhaus eingeliefert, blutete am ganzen Körper. Ich hatte Wunden an den Beinen.

Mein Name ist Limor, 54 Jahre. Ungefähr vier Monate später - 3,5 Monate nach der zweiten Dosis hatte ich am ganzen Körper einen komischen Ausschlag. Mein ganzer Körper war rot und juckte. Es hat mein Immunsystem ruiniert. Zwei Monate zuvor, nach der zweiten Dosis, fühlte ich auch Schmerzen in den Beinen, starke.

Galit: Mein Mann hat nach der Impfung eine Gürtelrose bekommen. Drei Monate nach der Impfung.

Mein Name ist Ortal. Als alles anfang, wurde mein Mann geimpft. Seine Reaktion auf die zweite Dosis war. Er war zusammengerollt wie ein Fötus, mit hohem Fieber, Schüttelfrost, Schlappeheit. Und ungefähr anderthalb Wochen später waren seine Haare plötzlich - er fuhr sich mit den Fingern durchs Haar und seine Hand war voller Haare. Er hatte niemals Haarausfall. War gesund, nicht krank. Außerdem hatte er plötzlich Arthritis und starke Schmerzen.

Neurologische Probleme:

Mein Name ist Chaya. Am 18. März erhielt ich den zweiten Schuß. Das war sonntags, gegen 8 Uhr. Gegen 9:30 Uhr war mein rechter Arm doppelt so dick. Geschwollen, riesig. Ich war allein, konnte nicht atmen. Gegen 13:30 Uhr war ich in einem Krankenhaus. Ärzte um mich herum ... Schlaganfall ...

ICH weiß, wer ich war und was ich nun bin. Schiefer Mundwinkel, manchmal kann ich mein rechtes Bein nicht spüren. Schreckliche Schlappeheit und Kopfschmerzen. Schlafmangel, unfähig zu funktionieren. In 40 Dienstjahren hatte ich keinen einzigen Krankheitstag.

Mein Name ist Ali. Ich habe die Impfung bekommen. Der 8. März, da habe ich den zweiten Schuß bekommen. Und ... in dieser Nacht begann es, ich bekam Schmerzen in den Ohren. Ich trage ein Hörgerät. Ich ging in die Notaufnahme, wurde stationär aufgenommen. "Sie haben da eine schwere Entzündung". Am 27. März noch krankgeschrieben, telefonierte ich mit meinem Anwalt und sprach plötzlich schleppend. Ich fuhr rechts ran und rief den Arzt an. Sagte ihm: "Ich fahre mit dem Auto und eine Seite meines Körpers ist plötzlich kalt und taub." Das sei schwerwiegend und ich sollte damit sofort zur Notaufnahme fahren. Dort angekommen kam ein junger Arzt zu mir. Nach einigen Tests war klar: Schlaganfall.

Am 7. Juli kam der nächste Schlaganfall. Aus dem Krankenhaus entlassen, war meine linke Seite fast ganz gelähmt. Manchmal kann ich es kaum bewegen, manchmal überhaupt nicht.

Ich konnte nicht laufen, bin gestürzt, wenn ich versucht habe zu gehen.

Ich rauche und trinke nicht. Ich bin ein Athlet. Ich habe keine Vorerkrankungen. Und plötzlich zwei Schlaganfälle - so jung?

Ich bin Yechiel. Sieben Tage nach der ersten Injektion ging ich nachts schlafen. Ich hatte ein lautes Piepen im Kopf. Ungefähr sieben Tage nach der zweiten Impfung hörte ich wieder das Piepen. Später wurde mir klar, daß es Tinnitus war. Eine Woche später war es auch im rechten Ohr. Ein Schmerz, der nicht in Worte zu fassen ist. Sie machten einen Hörtest und stellten fest, daß ein schwerer Schaden vorliegt.

In den letzten sechs Monaten litt ich unter schrecklichsten Kopfschmerzen. Dazu Verwirrung, Gedächtnisprobleme. Ich kann mich auf Gespräche nicht konzentrieren, verliere den Faden. Außerdem mache ich Rechtschreibfehler.

Ich habe eine Gruppe gefunden, die auch diese Nebenwirkungen hatten. Das begann mit Menschen, die Ohrenprobleme hatten. Alle Leute berichteten von Zittern, Muskelkrämpfen, Spasmen im Schlaf. Es gibt einen funktionellen Neurologen, er diagnostizierte, daß meine linke Gehirnhälfte geschädigt sei.

Ronit: Es wurden Gleichgewichtsstörungen diagnostiziert. Schrecklicher Schwindel. Ich konnte kaum auf den Beinen stehen. Schwierigkeiten beim Sprechen, Taubheitsgefühl der linken Gesichtshälfte.

Sehr schwere Gedächtnisstörung. Ich sage Worte, die ich nicht sagen will. Ich denke das eine und sage das andere. Ich will die Schlüssel nehmen und ich nehme mir etwas Anderes. Ich bin verwirrt und desorientiert.

Mein Name ist Nurit. Nach der zweiten Spritze hatte ich 24 Stunden lang Fieber, Schüttelfrost und Schwäche. Ungefähr eine Woche später bekam ich alle möglichen Probleme. Wie elektrisches Kribbeln in der Wirbelsäule, starker Druck im Kopf. Drei Wochen später hatte ich starken Druck in den Nebenhöhlen und am Nasenrücken. Stechende Schmerzen wie Geburtswehen. Dann wanderte es in den unteren Rücken. Innerhalb einen Monats konnte ich nicht mehr auf den Beinen stehen. Taubheit der Füße, ständiges Zittern am ganzen Körper.

Zwei Monate lang war ich fast völlig dysfunktional. Ich denke, daß ich heute keine 50 % von dem bin, was ich einmal war. Vorher habe ich den Tag mit einem 8 km-Morgenlauf begonnen und jetzt ist es eine Leistung auf den Beinen zu stehen.

Ich bin Orit. Ich habe den Impfstoff vor vier Monaten bekommen. Am dritten Tag war ich schwach, hatte Schüttelfrost, Herzklopfen, Sodbrennen, Bauchschmerzen, Schwindel. Mir wurde dann die zweite Dosis verabreicht. Drei Tage später bekam ich neurologische Symptome: Zittern, Muskelkrämpfe, Kribbeln, so was wie kleine Stromschläge. Ich habe das noch heute. Seither leide ich unter starker Erschöpfung.

Mein Name ist Gilad. Etwa eine Woche nach der Impfung fühlte ich Schwäche in jedem Teil des Körpers. Ich konnte meinen Körper nicht bewegen, weder Arme noch Beine. Ich war wie eine Mumie, konnte nichts tun.

Mein Name ist Ami. Ich hatte die erste Spritze bekommen. Es dauerte ungefähr fünf bis sieben Minuten, da hatte ich Gesichtslähmung, Gelenkschmerzen, Druck in den Augen und Sehstörungen.

Mein Name ist Rotem. Zwei Wochen nach jeder Impfdosis hatte ich visuelle neurologische Episoden, Augenmigräne. Für sechs Stunden wird das gesamte linke Sichtfeld verkleinert. Dazu hatte ich Kopfschmerzen.

Meine Schwester Sarah. Sie beschloß, sich impfen zu lassen. Ungefähr eine Woche danach bekam sie starke Kopfschmerzen. In dem CT sah man, daß sich im Gehirn Flüssigkeit gebildet hatte. Sie wurde mehrere Stunden operiert. Ein weiteres CT wurde gemacht und man entdeckte, daß in der OP die Aorta verletzt worden war. Es gab eine weitere Operation, ohne Erfolg. Ungefähr anderthalb Wochen später ... da starb sie. Sie war ein gesunder Mensch gewesen,

ohne Vorerkrankungen.

Avital: Was Sie gerade gesehen haben, ist nur ein Teil der Geschehnisse. Das Israeli People's Committee, eine zivile Organisation, das diese Daten bereitgestellt hat, hat tausende solcher Zeugnisse gesammelt. Wenn Ihnen oder jemandem, den Sie kennen, so etwas passiert ist, dann melden Sie sich bitte bei uns. Und bitte, bitte teile dieses Video, oder füge deine eigene Geschichte hinzu. Denn du bist nicht allein. Wir haben tausende von Zeugenberichten. Es geht um unsere Kinder. Die Wahrheit MUSS ans Licht kommen. Unser besonderer Dank an "The Professional Ethics Front" für die juristische Beratung. Um Nebenwirkungen zu melden, besuche: www.the-people-committee.com/contact<<

3. Was steckt tatsächlich hinter dem Klimawandel?

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 26. Juli 2009 (x1.077/...): >>Klimawandel: Offener Brief an Kanzlerin Merkel - "Temperaturmessungen ab 1701 widerlegen anthropogen verursachte Temperaturschwankungen"

Gepostet von *Ewert, Limburg*

Betrifft: Klimawandel - ein offener Brief

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,

aus der Geschichte können wir lernen, daß oft der Zeitgeist die Entwicklung der Gesellschaften bestimmt hat; mancher hatte schlimme oder gar schreckliche Auswirkungen. Die Geschichte lehrt uns auch, daß politisch Verantwortliche nicht selten verhängnisvolle Entscheidungen getroffen haben, weil sie inkompetenten oder ideologisierten Beratern gefolgt sind, und das nicht rechtzeitig erkannten. Außerdem lehrt uns die Evolution, daß die Entwicklung zwar viele Wege beschreitet, die meisten aber in Sackgassen enden. Keine Epoche ist vor Wiederholungen gefeit.

Politiker suchen zu Beginn ihrer Laufbahn ein Thema, mit dem sie sich profilieren können. Als Umweltministerin haben Sie das verständlicherweise auch getan. Sie haben den Klimawandel entdeckt, und er wurde Ihnen zur Herzensangelegenheit. Dabei ist Ihnen ein folgenschwerer Fehler unterlaufen, was angesichts dieses Metiers gerade Ihnen als Physikerin nicht hätte passieren dürfen. Sie haben den Klimawandel als menschengemacht anerkannt und teure Strategien zur Vermeidung des sogenannten Treibhausgases CO₂ als Handlungsmaxime verinnerlicht, ohne vorher in wirklich kontroversen Diskussionen prüfen zu lassen, ob auch die früheren Temperaturmessungen und viele weitere relevante Klimafakten diese Annahme überhaupt rechtfertigen. Tatsächlich tun sie es nicht!

Bei einer umfassenden Prüfung, die wegen der Bedeutung für uns alle zwingend erforderlich gewesen wäre, hätte sich schon vor der Gründung des IPCC gezeigt, daß wir keine CO₂-kausal begründbare globale Erwärmung haben, sondern periodische Temperaturschwankungen normalen Ausmaßes. Dementsprechend hat sich die Atmosphäre seit 1998 - also seit 10 Jahren - nicht weiter erwärmt und seit 2003 wird es sogar wieder deutlich kühler. Keines der teuren Klimamodelle hat diese Abkühlung prognostiziert. Laut IPCC hätte es weiter und unvermindert wärmer werden müssen.

Aber, was wichtiger ist, anthropogenes CO₂ spielt dabei keinerlei erkennbare Rolle. Der vom CO₂ absorbierbare Strahlungsanteil ist bereits durch die gegenwärtige Konzentration nahezu ausgeschöpft. Selbst wenn CO₂ eine Wirkung hätte und alle fossilen Brennstoffvorräte verbrannt würden, bliebe die zusätzliche Erwärmung langfristig auf den Bereich von Zehntelgraden beschränkt.

Das IPCC hätte diesen Sachverhalt auch feststellen müssen, hat jedoch bei seiner Arbeit 160 Jahre Temperaturmessungen und 150 Jahre CO₂-Bestimmungen außer Acht gelassen und damit jeden Anspruch auf Wissenschaftlichkeit verloren. Die wesentlichen Aussagen zu diesem Thema sind als Kernaussagen beigefügt.

Inzwischen wurde die Überzeugung vom Klimawandel und dessen menschlicher Urheber-schaft zu einer Pseudoreligion entwickelt. Ihre Verfechter stellen nüchtern und sachbezogen analysierende Realisten, zu denen ein Großteil der internationalen Wissenschaftlerelite gehört, bedenkenlos an den Pranger. Im Internet findet man zum Glück zahlreiche Arbeiten, die detailliert nachweisen, daß es keinen durch anthropogenes CO₂ verursachten Klimawandel gibt. Gäbe es das Internet nicht, könnten sich die Klimarealisten kaum Gehör verschaffen, denn ihre kritischen Beiträge werden nur noch selten veröffentlicht.

Die deutschen Medien nehmen in der Ablehnung solcher Beiträge einen traurigen Spitzenplatz ein. Beispiel: Im März diesen Jahres fand in New York die 2. Internationale Klimakonferenz der Klimarealisten statt. An dieser wichtigen Konferenz nahmen ca. 800 führende Wissenschaftler teil, darunter viele der weltbesten Klimatologen bzw. Fachleute verwandter Disziplinen.

Während die US-Medien und hier nur die Wiener Zeitung ausführlich darüber berichteten, haben bei uns Presse, Fernsehen und Radio geschwiegen. Es ist bitter, feststellen zu müssen, wie sich unsere Medien weiterentwickelt haben: In früheren Diktaturen wurde ihnen mitgeteilt, was nicht berichtenswert sei, heutzutage wissen sie es leider ohne Anweisungen.

Meinen Sie nicht auch, daß Wissenschaft nicht nur die Suche nach der Bestätigung einer These ist, sondern vor allem die Prüfung, ob das Gegenteil die Realitäten besser erklärt? Wir ersuchen Sie daher, Frau Dr. Merkel, Ihre Position zu diesem Komplex gründlich zu überdenken und ein vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) unabhängiges ideologiefreies Gremium einzuberufen, in dem kontroverse Argumente offen ausgetragen werden können. Wir Unterzeichner wollen hierzu gerne unsere Hilfe anbieten.

Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr.rer.nat. Friedrich-Karl Ewert EIKE

Diplom-Geologe. Universität. - GH - Paderborn, Abt. Höxter (ret.)

Dr. Holger Thuß EIKE Präsident Europäisches Institut für Klima und Energie
<http://www.eike-klima-energie.eu/> ...

Bemerkungen

Friedhelm Wegner am 31. August 2012 ...

In den letzten 100 Jahren ist der Kohlendioxidgehalt der Luft von ca. 0,035 Volumprozent auf ca. 0,039 Volumprozent im Jahr 2012 gestiegen. Die Erderwärmung hat ebenfalls geringfügig zugenommen und z.B. dadurch das Abschmelzen von Gletschern verursacht. In den letzten 10 Jahren hat der Ausstoß von Kohlendioxid in die Luft erheblich zugenommen, eine erhöhte Erwärmung der Erdatmosphäre konnte jedoch in diesen 10 Jahren nicht festgestellt werden. Daraus geht eindeutig hervor, daß die Erderwärmung nicht vom Kohlendioxidgehalt in der Luft abhängt. Eine Erhöhung des Kohlendioxidgehalts in der Luft hat jedoch andere Auswirkungen, z.B. saureren Regen.

Die Erwärmung unserer Erde wird also nicht von den 0,039 Volumprozent Kohlendioxid verursacht. Warum aber dann die gegenteilige Behauptung der offiziellen Stellen und der Regierung und der Opposition? Tatsache ist, das speziell die Autoindustrie und die Bauwirtschaft, von denen Millionen von Arbeitsplätzen abhängen, seit gut 10 Jahren weltweit lahmen und dadurch viele Menschen arbeitslos werden. Das liegt verständlicherweise nicht im Interesse der Regierung und der Opposition. Durch den Bau von Autos, die weniger Kohlendioxid ausstoßen und durch die vielen Energiesparmaßnahmen (u.a. beim Hausbau) werden Arbeitsplätze erhalten und sogar auch noch geschaffen.

Hinzu kommt, daß bestimmte Kreise eine Weltregierung anstreben und dazu sich das globale Kohlendioxid als weltweites Druckmittel hervorragend eignet.

Da die Medien (Fernsehen, Film, Radio und Presse, die in bestimmten Händen sind) das Kohlendioxid für die Erwärmung verantwortlich machen, sind die meisten Menschen auf diese

Linie eingeschwenkt.

Aber nicht alle lassen sich hinters Licht führen.

Friedhelm Wegner, Gymnasiallehrer für Biologie und Chemie

...

Rainer Ziegler am 24. Januar 2011 ...

Sehr geehrter Herr Ziegler,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 19. Januar. Leider bin ich über den Inhalt des gesendeten offenen Briefs nicht informiert.

Gerne möchte ich aber die Zeit nutzen um Ihnen die Klimapolitik der CDU näherzubringen.

Der Klimawandel ist Realität - er beschleunigt sich und wird zur Gefahr für jetzige und kommende Generationen. Es ist unsere Aufgabe, die Schöpfung zu bewahren. Es ist das Ziel der Union, die globale Erwärmung und ihre Folgen zu begrenzen, um Wohlstand und Entwicklungschancen jetziger und zukünftiger Generationen zu sichern.

Die CDU setzt in der Klima- und Umweltpolitik auf Anreize und marktwirtschaftlich orientierte Instrumente statt nur auf staatliche Regulierung und Vorschriften. Dabei sind wir uns sicher: Klima- und Umweltschutz bewahrt unsere Lebensgrundlagen und schafft gewaltige Potentiale für Wachstum und Beschäftigung. Die CDU hat in den vergangenen Jahren entscheidend dazu beigetragen, daß Deutschland in der Klimapolitik eine Führungsrolle in der Welt übernommen hat. Mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (2007) kamen verbindliche Beschlüsse zum Klimaschutz auf europäischer Ebene.

Da der Klimawandel aber nicht nur eine europäische, sondern eine globale Herausforderung ist, bedarf es auch dementsprechender Anstrengungen. Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist den hohen Erwartungen nicht gerecht geworden. Zwar konnte man sich unter anderem auf das Ziel einigen, den Temperaturanstieg im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf 2 ° C zu begrenzen. So könnten die schlimmsten Folgen des Klimawandels und eine dauerhafte Schädigung der Ökosysteme verhindert werden. Allerdings brachte die Konferenz keine konkreten und verbindlichen CO₂-Minderungsziele, welche notwendig sind, um dem Klimawandel wirksam zu begegnen.

Hervorzuheben ist aber, daß die Industrieländer - auch aufgrund des starken Engagements von Bundeskanzlerin Angela Merkel - sich im Abschlußdokument bereit erklärten, neue und zusätzliche Mittel in Höhe von dreißig Milliarden Dollar in den Jahren 2010 bis 2012 und für das Jahr 2020 hundert Milliarden Dollar für die Unterstützung der Entwicklungsländer beim Klimaschutz bereitzustellen. Die CDU-geführte Bundesregierung wird sich auch weiterhin für ein verbindliches Klimaschutzabkommen mit klaren CO₂-Reduktionszielen einsetzen.

So ist es unser Ziel bei den anstehenden Verhandlungen in Bonn in diesem Jahr auf den Beschlüssen von Kopenhagen aufzubauen, mit dem Ziel ein verbindliches und mit klaren CO₂-Reduktionszielen verbundenes weltweites Klimaschutzabkommen zu erreichen.

Wir sehen im marktwirtschaftlich orientierten europäischen Emissionshandelssystem einen zielführenden Weg zu einer ausgewogenen Balance zwischen Ökonomie und Ökologie. Der Emissionshandel ist das vorrangige Klimaschutzinstrument. Er soll perspektivisch zu einem globalen Kohlenstoffmarkt ausgebaut werden. Wir werden Initiativen ergreifen, um regionale Handelssysteme zu verbinden und in das internationale Handelssystem schrittweise weitere Bereiche, wie z.B. den Luft- und Seeverkehr, mit einzubeziehen.

Der Klimawandel erfordert aber auch Strategien zur Anpassung an seine regional ganz unterschiedlichen voraussichtlichen Auswirkungen. Wir werden uns für den Schutz besonders sensibler Naturräume, wie des Wattenmeeres und der Alpen, sowie den Waldumbau hin zu klimaresistenteren Wäldern und für die Stärkung des Hochwasserschutzes einsetzen. Wir wollen verstärkt in ausreichende Wasserrückhalteräume, in die Sicherung der Wasserressourcen und in die stärkere Vernetzung der Wasserversorgungen investieren.

Es werden die Hälfte der Erlöse aus dem Emissionshandel für den Klimaschutz verwandt. Außerdem werden 500 Mio. Euro bis 2012 und ab 2013 jährlich 500 Mio. Euro aus den Emissionshandelserlösen für den Schutz der Regenwälder verwandt. Aber auch in Deutschland setzen wir uns ambitionierte Klimaschutzziele. So werden wir den CO₂-Ausstoß bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent senken und die Energieeffizienz im selben Zeitraum verdoppeln. Darüber hinaus wollen wir den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 30 Prozent bis 2020 steigern. Wir wollen die Förderung Erneuerbarer vermehrt an dem Ziel einer wirtschaftlichen und bedarfsgerechten Energieversorgung ausrichten.

Die Mittel für die energetische Gebäudesanierung wurden auf 1,4 Mrd. Euro jährlich und im Rahmen der Konjunkturpakete nochmals erhöht. Wir wollen die gewaltigen Effizienzpotentiale nutzen, die im Gebäudesektor schlummern. Durch kluge Anreize wollen wir die Mieter-Vermieter-Problematik bei der Gebäudesanierung überwinden.

Mit freundlichen Grüßen

Sophie Fröhlich

Team Bürgerservice der CDU Bundesgeschäftsstelle

Diesbezüglich habe ich folgende Antwort gesendet und bin auf die nächste Antwort gespannt:
Sehr geehrte Frau Fröhlich,

vielen Dank, daß Sie sich die Mühe gemacht haben mir eine Antwort anzufertigen! Leider muß ich aber schon Ihren ersten Satz kritisieren, der offensichtlich der einzige ist, der von Ihnen selbst stammt: wenn Sie sich nicht einmal die Mühe machen und den offenen Brief lesen, um den es in meinem Schreiben ging, was beabsichtigen Sie denn dann mir mit den ellenlangen Ausführungen, die Sie mir dann im Anschluß angehängt haben und die obendrein schon älteren Datums zu sein scheinen, da sie sich auf dem Stand der Zeit zwischen dem Klimagipfel in Kopenhagen und dem kürzlich stattgefundenen in Cancun, der mit keinem Wort erwähnt wird, befinden, mitzuteilen?

Ist das die Standardantwort, mit der man bei der CDU abgespeist wird, wenn man sich kritisch zur Klimapolitik der Bundesregierung äußert? Ihr Schreiben beweist einmal mehr, mit welcher Arroganz wir Bürger von oben herab regiert und bevormundet werden und welchen Wert wissenschaftlich fundierte Beweise haben, wenn es um die Durchsetzung von verlockenden neuen Investitionsmöglichkeiten geht?

Mehr als Geldgier steckt hinter dem CO₂-Ablaßhandel nicht und die Menschen auf der Welt wachen langsam auf und lassen sich das bald nicht mehr einfach so gefallen. Insbesondere der Klimagipfel in Kopenhagen war ausschlaggebend für dieses Erwachen, als hunderte von internen Emails an die Öffentlichkeit gerieten, in denen ganz klar aufgedeckt wurde, daß es sich beim menschengemachten Klimawandel um eine riesengroße Lüge handelt und bewußt die Daten so manipuliert wurden, bis sie das darstellten, was man uns gerne glauben machen würde, damit man das Geschäft mit dem CO₂ so richtig ankurbeln konnte. Und jetzt schicken Sie mir einen Text, in dem genau diese Lügen als Argument genommen werden, um die Klimapolitik der CDU zu rechtfertigen.

Ich fordere Sie noch einmal dazu auf den offenen Brief zu lesen um danach vielleicht Ihre Stellungnahme hier mit anderen Augen zu sehen und zu überdenken!

mit freundlichen Grüßen

Rainer Ziegler ...

Rainer Ziegler am 19. Januar 2011 ...

Nachdem weiterhin keinerlei Reaktion von Seiten Angela Merkel/Stellvertreter hier angekommen war ist mir heute der Kragen geplatzt und ich habe mich über das Kontaktformular an unsere werte Kanzlerin gewandt:

Betreff:

Bitte um Stellungnahme!

Ihre Nachricht:

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin und Stellvertreter, bereits im Juli 2009 wandte sich EIKE (Europäisches Institut für Klima und Energie) in einem offenen Brief an Sie: [://www.eike-klima-energie.eu/news-anzeige/klimawandel-offener-brief-an-kanzlerin-merkel-temperaturmessungen-ab-1701-widerlegen-anthropogen-verursachte-temperaturschwankungen/](http://www.eike-klima-energie.eu/news-anzeige/klimawandel-offener-brief-an-kanzlerin-merkel-temperaturmessungen-ab-1701-widerlegen-anthropogen-verursachte-temperaturschwankungen/)

Der Inhalt dieses Briefes stellt sich kritisch gegenüber der These vom menschengemachten Klimawandel durch unkontrollierten Ausstoß von CO₂ in unsere Atmosphäre. In Anbetracht der vielen, für uns alle teuer zu zahlenden Konsequenzen, die die eingeführten Maßnahmen zur CO₂-Reduktion mit sich bringen, halte ich es für äußerst wichtig sich mit den in dem offenen Brief gemachten Darstellungen anerkannter Wissenschaftler auseinanderzusetzen und bereits getane Schritte wieder zurückzunehmen, wo dies erforderlich scheint.

Weiterhin finde ich es geradezu unverschämt und arrogant, daß bis heute weder von Ihnen noch von Seiten der CDU eine Stellungnahme zu dem Schreiben an EIKE abgegeben wurde und ich fordere Sie daher hiermit auf, dies endlich nachzuholen!

Schauen Sie doch nur einmal, wie viele Menschen in ihren Kommentaren im Anschluß an den Text, genauso denken und nicht verstehen können, warum Sie sich einfach in Schweigen hüllen und mit Ihrer Politik so weitermachen, als gäbe es diesen Brief überhaupt nicht. Ich kann inzwischen gut nachvollziehen, warum Ihnen immer mehr Menschen den Rücken kehren und warum es immer mehr Texte wie den gerade erst bei Kopp Online erschienenen ([://www.kopp-online.com/hintergruende/deutschland/michael-grandt/angela-wendehals.html](http://www.kopp-online.com/hintergruende/deutschland/michael-grandt/angela-wendehals.html)) über Sie gibt.

Mit freundlichen Grüßen Rainer Ziegler

...

Hans Dieter Bellmann am 20. Oktober 2010 ...

Genausogut können alle Nichtpseudowissenschaftler der Welt einem Ochsen ins Horn petzen. Die drittmächtigste Frau der Welt bleibt bei ihrer betonierten Ideologie. Wer sich so knochenhart an Biodiesel-Exportverträgen mit den armen Ländern verdient macht und dann mit aus den Augen strahlender Angst vor den öffentlich gewordenen Folgen die Richtlinien der Politik weiterhin bestimmt, dem würde ich keinen Buchstaben schreiben.

Denn seit 2007 ist bis heute die Zahl der Hungernden von 0,8 Mrd. auf 1,1 Mrd. gestiegen und jeden Tag sterben 10.000 Kinder wegen Nahrungsmangel. Eindeutig liegt dies an der "Nachwachsenden Rohstoffideologie die in den armen Exportländern des Biodiesels mit riesigen Landkäufen und Enteignungen (siehe Bahiobio in Nordostbrasilien) die Nahrungsflächen wegen der irrwitzigen staatlichen Fördermittel von mächtigen Spekulanten für deren und der Staatskassen Gewinnmaximierung aus der Nahrungserzeugung rausfallen.

Ebenso schuld ist die Ethanolherzeugung aus Zuckerrohr usw. Natürlich sind Spekulanten hochaktiv. Dieses wahnsinnige Geschäft mit der Klimaverblödungspandemie und der Menschenverachtung ist unbegreifbar für jeden der noch nicht dieser "Religion" sich verschrieben hat. Vorstellen kann man sich auch nicht die bis heute entstandenen Kosten des Kyotovertrages mit seit 2005 von 840 Mrd. US-Dollar für die Zerstörung des wertvollsten Moleküls für das Leben, Nahrungserzeugung, Sauerstoffproduktion, Pflanzenwachstum und die Wälder. Nicht einmal Herr Trittin wußte auf meine Frage nach dem %-Anteil CO₂ in der atmosphärischen Luft die Antwort.

Nach langem Nachdenken nannte er 3 Prozent. Das ist ca. das 87-fache. Aber das Gesetz gegen die Zersiedelung der Landschaft änderte er. Was für eine epochale Leistung verursachten diese Klimaideologen bisher: Der Vertrag von Kyoto kostete bis heute 840 Milliarden US-\$.

Der Zertifikathandel gewinnt aus dem Nichts Billionen EURO. Dem Hunger fallen zusätzlich 300 Mio, Arme zum Opfer die elend verhungern.

Der zweite Weltkrieg soll Deutschland ca. 690 Mrd. RM gekostet haben und weltweit gab es ca. 66 Millionen Todesopfer.

Ich schäme mich als achtzigjähriger Landwirt und Vater einer großen Familie daß ich 30 Jahre Mitglied einer Partei war die sich heute von Pseudowissenschaftlern zur Gotteslästerung verführen läßt. Denn Gott hat nur die Schöpfung mit der Macht, Wetter und Klima in den vielfältigen Klimagebieten unserer Erde seit Milliarden Jahren, beauftragt. Und wenn Frau Merkel an das Treibhaus Erde glaubt, ist sie keine Physikerin.

Ralf Rabbani am 21. Dezember 2009 ...

Vor ca. 2 Jahren noch war ich selber ein großer CO2 Klima-Katastrophenverfechter, bis ich eines Tages konkrete Beweise für einen Meeresspiegelanstieg suchte. Leider mußte ich nach ausführlicher Recherche feststellen, daß mein bis dato mediengeprägtes Bild (Kölner Dom unter Wasser usw.) nichts mit der Realität zu tun hatte. Weltweit gibt es keinerlei Meßstationen, die diese abstrusen Prognosen durch Zahlen und Fakten belegen können. Es werden hier gezielt Fehlinformationen verbreitet, die sich durch das ganze Spektrum der Klimaforschung ziehen.

Die Hintergründe und Ziele dieser Manipulation liegen mir fremd, machen mich als Bürger aber sehr besorgt. Ich wünschte, jeder würde sich selber einmal die Mühe machen diese Fakten zu überprüfen um sich sein eigenes Bild zu machen. Die Politik sollte auf jeden Fall diese Unsummen an Geldmitteln lieber für den aktiven Umweltschutz oder effektiven Maßnahmen verwenden und sich endlich eingestehen, daß CO2 Emissionshandel usw. überhaupt keinen Einfluß auf unser Klima haben werden.

Frau Merkel, in Ihren Reden sprechen Sie immer wieder davon gestärkt aus der Finanzkrise zu kommen, genau diese Einstellung sollte auch für ein Klimawandel gelten. Besser gestärkt dem Klimawandel entgegen stellen und vorbereitet sein als dann geschwächt mit Unmengen an unnötigen Ausgaben nicht mehr reagieren zu können.

Bitte mich als Mitunterzeichner notieren. ...

...

Thomas Kremer am 20. Dezember 2009 ...

Nehmen Sie mich auch bitte als Mitunterzeichner auf.

Und Schande über die Grünen!

Die folgen immer noch dem Mainstream.

Die wollen nur noch Macht, Macht, Macht und verraten unsere alten Ideale.

Fischer und Özdemir sind Bilderberger, Trittin, Roth und Künast völlig verbohrt.

Ich war 20 Jahre Grüner, nun ist Schluß.

Parteibuch ab in den Müll!

...

Jürgen Fischer am 17. Dezember 2009 ...

Ich stimme dem offenen Brief in allen Punkten zu!

Bitte nehmen Sie mich in die Unterzeichnerliste auf.

Besonders unerträglich finde ich es, daß die Medien die zweifelhaften und abstrusen Behauptungen der Klimahysteriker ständig als Tatsachen verkaufen und Klimarealisten kein Forum bieten. Der Klimagate-Skandal wurde weitgehend ignoriert.

Die angebliche Möglichkeit, daß das Klima durch Verringerung von CO2-Emissionen beeinflußt werden kann, ist einfach lächerlich. Was könnte der nächste Schritt sein? Vielleicht wollen die selbsternannten Retter der Welt alle Vulkane zubetonieren, damit sie nicht mehr ausbrechen oder die Kontinentalplatten miteinander vernieten um Erdbeben zu verhindern.

Im deutschen Fernsehen hat Nachrichtensprecher Klaus Kleber darauf hingewiesen, daß der Mensch durch seinen Einsatz das Waldsterben zurückgedrängt habe. Daraus schlußfolgerte er dann, daß auch ein globaler Temperaturanstieg in den nächsten 50 bis 100 Jahren durch Menschen begrenzt werden kann. Das sei nur etwas schwieriger. Meines Erachtens ist Herr Kleber im Gehirn nicht mehr ganz in Ordnung oder er liest eben alles nur ab ohne dasselbe einzuschalten.

Zitat von Albert Schweitzer: "Die Dummheit der Menschen und das Weltall sind unendlich. Beim Weltall bin ich mir allerdings nicht ganz sicher"

Jürgen Fischer, Diplomingenieur für Chemieanlagen - im Ruhestand

...

Dr. Harald Vetter am 11. November 2009 ...

Ihren Brief an Frau Merkel empfinde ich als gleichermaßen notwendig wie ermutigend. Notwendig deshalb, weil Frau Merkel mit ihrer bevormundenden Klimahysterie vielmehr Schaden anrichtet, als sie offensichtlich selbst erkennt. Will sie wirklich die ganze Industrie vollends aus dem Land jagen? Ermutigend deshalb, weil ich den Eindruck gewonnen hatte, daß es anscheinend so gut wie keine wirklich ernst zu nehmenden Wissenschaftler mehr gibt, die gegen diese hirn-rissige Massenmanipulation und Entmündigung der Bürger aufstehen. Sie belehren mich eines andern.

Ich meine, daß Sie in Ihrem Brief noch einen Schritt weiter hätten gehen sollen, nämlich jenen, Frau Merkel dringend zu empfehlen, sich ihre Klimaberater und deren Sinneswandel etwas näher anzusehen. Das sind doch genau solche "Wissenschaftler", die um ihrer persönlichen Vorteile wegen alles über Bord werfen, was Vernunft und Wissenschaft fordern. Schlechte Wissenschaft führt immer zu schlechter Politik und unsere Politik ist in der Klimafrage extrem schlechter Wissenschaft ausgesetzt.

...

Josef Kowatsch am 9. September 2009 ...

Ich habe mich mit folgendem Schreiben an Greenpeace gewandt:

An meine Umweltorganisation Greenpeace. Thema: "Klimakatastrophe"

Mit der Haltung von Greenpeace und den anderen Umweltorganisationen zum Thema Erderwärmung bin ich nicht mehr einverstanden. Hauptverursacher des Klimas ist die Sonne und dann der Mensch durch Betonierung der Landschaft, CO₂ ist kaum klimawirksam.

Daß es seit dem Ende der kleinen Eiszeit (1500 bis 1850) wärmer wurde, bestreitet niemand. Die Frage ist, ist das positiv oder negativ und wer hat die Erwärmung verursacht. Mit der heutigen Lehrmeinung:

1) Das ist negativ, sogar eine Klimakatastrophe und

2) das anthropogene CO₂ (3 bis 4 % des Gesamtausstoßes) seien schuld, bin ich keinesfalls mehr einverstanden, obwohl ich dafür früher ein glühender Verfechter war. Ich bin Greenpeacemitglied seit 30 Jahren und habe mit diversen Gruppen über 50 Umweltpreise für meine Aktivitäten gewonnen, deshalb erlaube ich mir, in dieser Sache aufgrund meines Fachwissens eine kritische Beurteilung zu haben. Ich habe noch nie einfach alles nachgeplappert, schon gar nicht was die Regierungen uns vorgesetzt haben.

Zunächst zur Klimaerwärmung seit 1850: Das ist ein Segen für uns Menschen in Mitteleuropa. Die Gletscher der Alpen entstanden in dieser kleinen Eiszeit zwischen 1500 und 1850, sie waren im Mittelalter noch gar nicht da. Die Erwärmung kam durch die Sonne wie Prof. Mahlberg dies in unzähligen seiner Veröffentlichungen aufgezeigt hat. Leider nimmt die Sonnenaktivität seit 2003 wieder ab, weshalb es nun seit 6 Jahren auch deutlich kälter wurde. Seit 2 Jahren nimmt die Eisbildung an den Polen wieder zu. Und das trotz weiterem CO₂-Ausstoß. Sollte dies so weitergehen, das Jahr 2008 war eines der kältesten in den letzten 50 Jahren, dann stehen wir in der Tat vor einer neuen Klimakatastrophe.

Zur CO₂-Erhöhung: Warum sollte an der globalen Erwärmung seit 1850 CO₂ schuld sein. Wo sind die Beweise? Genauso könnte man Wasserdampf die Schuld geben. Der Mensch emittiert weitaus mehr Wasserdampf als CO₂ und Wasserdampf ist zudem 10 bis 20 mal treibhauswirksamer? Es gibt überhaupt keinen einzigen Versuchsbeweis für CO₂. Führen Sie doch selbst Versuchsreihen durch oder beauftragen Sie ein Institut. Seien sie als kritische Umweltschutzorganisation auch weiterhin kritisch und fragen sie:

1) Wo sind die Beweise, daß der CO₂-Gehalt stark zugenommen hat seit 1850?

2) Und wo ist der Beweis, daß eine Verdopplung von CO₂ auf 0,07 % im Jahre 2100 zum Hitzetod der Erde führen soll. (erst wurden 1,5 bis 4,5 Grad, jetzt schon 7 Grad Erwärmung vom Computer vorhergesagt).

Die Treibhauswirkung von CO₂ wurde bisher durch folgenden Versuch gezeigt: 100 % CO₂ in einer Glasglocke und dann mit einem Heißstrahler bestrahlt. Das führte zu einer leichten Erwärmung gegenüber Normalluft. Doch dieser klassische Versuch entspricht nicht der Realität: Man muß 0,07 % CO₂ in die Glasglocke füllen und dann durch den Erdboden (keinen Heizstrahler) und die Sonne bescheinen lassen und warten und warten. ...Probieren Sie es doch, es führt zu keinerlei Mehrerwärmung im Vergleich zum Parallelversuch mit Normalluft. Von wegen Hitzetod. Die Erwärmung ist mit einem Schulthermometer nicht meßbar.

Warum gibt es keine Chemiker mehr, die sich mit Gleichgewichtsreaktionen beschäftigen. Die werden Ihnen sagen: Sie können noch soviel CO₂ in die Luft reinblasen, dann laufen die Abbaureaktionen einfach schneller ab und der CO₂-Gehalt schwankt immer nur um einen ähnlichen Mittelwert. Genauso ist es, wenn Sie in den Bodensee mehr Wasser reinlaufen lassen. (geschieht bereits über Kläranlagen).

Es kommt nie zur Überschwemmung in Konstanz. Bei CO₂ kann es wegen der Abbaureaktionen nie eine Steigerung um das 10-fache geben, obwohl auch diese nur zu einer unbedeutenden Erwärmung führen würde, denn das sind gerade mal 0,35 %-Anteile an CO₂ in der Luft. Das 10fache von nichts ist auch nicht viel mehr. In meinem Skriptum habe ich noch mehr realistische Beispiele.

Also: CO₂ hat nicht zur Erwärmung geführt, warum gibt man nicht dem Wasserdampf die Schuld. Sogar ein Kohlekraftwerk emittiert über den Kühlturm mehr Wasserdampf als CO₂. Ein AKW sowieso. Zudem ist Wasserdampf 20mal treibhauswirksamer. Also warum keine Wasserdampfsteuer als Klimaschutz? Antwort: Weil es keiner glauben würde. Mit CO₂ kann man's machen, weil es ein unsichtbares Gas ist und für die Laien irgendwie nicht greifbar.

Merke: Eine weitere Erwärmung bis zu den angenehmeren Temperaturen des Mittelalters wäre sinnvoll, wegen der Heizenergieeinsparung. Etwas mehr CO₂ wäre auch sinnvoll, weil der Ertrag der Nahrungspflanzen und der nachwachsenden Rohstoffe zunehmen würde. Ohne Kohlendioxid wäre die Erde kahl wie der Mond. Ein lebenswichtiges Gas. Im Anhang noch mein Skriptum. Die eigentliche Klimakatastrophe war für die Menschen die kleine Eiszeit von 1500 bis 1850, genauso wie für den "Neandertaler" die große Eiszeit die Katastrophe war.

Bitte beschäftigen Sie sich mit meinem Skriptum und verweisen Sie nicht auf irgendwelche Links der sogenannten anerkannten Wissenschaft, die kenne ich meist alle. Dabei handelt es sich stets um Rechnungen mit Variablen und Abschätzungen, die der Computer dann auswertet. Ich möchte zu meinen Aussagen einfach Gegenbeweise, bzw. Versuchsbeweise der Treibhausler und Katastrophentrommler. Nennen Sie mir einen Wissenschaftler, der in Versuchsreihen bewiesen hat, daß CO₂ ein wirksames Treibhausgas ist.

Bei 50 % CO₂-Zunahme soviel Erwärmung, bei Verdopplung von CO₂ soviel Temperaturzunahme usw. Die Theorie interessiert mich nicht, weil auf der Erde viele Prozesse ineinander greifen, die mit einer Theorie allein nicht faßbar sind. Ich werde diese Versuche nachvollziehen und meine Meinung notfalls revidieren, falls der Beweis einer Erwärmung bei steigendem CO₂-Gehalt gelingt.

Andererseits erwarte ich auch von Greenpeace ein Umdenken, falls es keine Versuchsreihen dieser Art gibt, bzw. diese wie in meinen Versuchen, mißlungen sind. Als Naturschützer bin ich grundsätzlich kritisch und plappere nicht alles hinterher, was staatliche Stellen verkünden. Die Diskussion um die Klimakatastrophe soll lediglich zu einer neuen Steuer führen, um die maroden Staatshaushalte zu retten.

...

Andreas Kolb am 17. August ...

Zugegeben ich bin kein Physiker, kein Biologe, kein Klimatologe und auch kein Chemiker. Aber ich besitze Augen und Ohren und ein Gehirn. Wenn ich mir einfach nur die Zahlen ansehe, wer wieviel CO₂ produziert, und ich dann sehe, daß der Mensch knapp 1 % des CO₂ das durch Insektenatmung entsteht produziert (und das ganze CO₂ in der Atmosphäre so etwa 0,035 % der Atmosphäre ist) ... nun ja, da kann ich beim besten Willen nicht an den "menschgemachten Treibhauseffekt" glauben. Denn das ist eine sehr niedrige Konzentration. Und dann erinnere ich mich an das, was ich einst in Toxikologie vor vielen Jahren gelernt habe: es kommt immer auf die Dosis an.

Natürlich ist's auf der Venus heftiger. Die Venus ist näher an der Sonne und hat über 60 % CO₂. Aber hier auf der Erde? Wo der Mensch nicht einmal 0,4 % des gesamten CO₂ produziert? Wie soll das gehen?

Und was wird aus den Pflanzen, die ohne CO₂ nicht leben können? Und was wird aus uns? Pflanzen erzeugen Sauerstoff. Ohne CO₂ keine Pflanzen, ohne Pflanzen kein Leben. Man könnte sagen: Ohne CO₂ ist Leben auf diesem Planeten nicht möglich.

Diesen Winter gab's Schnee in Tokyo. Wer die japanische Geographie kennt weiß, daß der meiste Schnee in the japanischen Alpen hängen bleibt. In diesem Winter nicht. Der Schnee kam bis nach Tokyo und blieb sogar einige Tage liegen. Was bei dem Kleinklima, das diese riesige Stadt hat, eher ungewöhnlich ist. Niigata, Aomori und Hokkaido haben trotz "globaler Erwärmung" Schneemassen. Wie ist das möglich?

Ja sicher, es blühen die Kirschblüten in Tokyo mittlerweile etwas früher (was gerne als Beweis für die globale Erwärmung angeführt wird) aber bei dem Kleinklima wundert mich das überhaupt nicht (zum Vergleich: kommen sie im Winter nach Wien, fahren sie in den 1. Bezirk, das Stadtzentrum, und dann in den 22., sie werden den Unterschied an den Schneemassen sehr schnell erkennen. 1. Bezirk: eng bebaut; 22. weite Flächen.) Die Blütezeit in anderen Präfekturen hat sich nicht verändert.

Die Argumentation ... macht für mich als Nicht-Experten keinen Sinn. Sie ist voller Löcher. Der Glaube der Mensch könne das Klima kontrollieren, ist meiner Meinung nach, Größenwahn. Natürlich, in ... TV Serien, wie Stargate, geht das, aber im wirklichen Leben? Wohl eher nicht. Oder hat ... George W. Bush irgendwo eine Klimakontrollmaschine?

Nein, ganz ehrlich. Für mich als Nicht-Experten hört sich der ganze "global warming" Hype eher an wie eine neue Religion, mit Al Gore als Papst. Eigentlich traurig, daß intelligente Menschen auf so einen Schaumschläger hereinfallen. Aber das ist nicht wirklich neu, oder? Die Geschichte ist voll mit ähnlichen Beispielen.

Nun denn.

Als besorgter Bürger unterstütze ich diesen Brief ohne Vorbehalte.

Andreas Kolb, Bürger, B.A. Japanese Studies

PS: Ich entschuldige mich für eventuelle Rechtschreibfehler, aber meine schriftliche Korrespondenz auf Deutsch tendiert seit mehreren Jahren gegen Null, daher fehlt es an Übung.

...

Erich Richter am 3. August 2009 ...

Offener Brief an Kanzlerin Merkel ...

Vorweg ich bin Befürworter und Unterzeichner dieses Briefes. Meine Befürchtung ist aller-

dings, daß sie sich wohl kaum gegen die Klimahysterie auflehnen wird, denn sie gilt weitgehend als mitentscheidende Wegbereiterin dieser Ersatzreligion. Sie hat sich im großen und ganzen nach der der 700seitigen Studie des ehemaligen Weltbankökonom "Sir Nicholas Stern" gerichtet.

Dieser empfahl - wortwörtlich - am besten die strategische Umsetzung seiner Studie, das Billionendollargeschäft mit der Angst, zu tragen und zu finanzieren am besten von den Bauern und Bäuerinnen weltweit!

Dies alles vermittelte Kanzlerin Merkel 2007 ihren EU-Regierungschefs der anderen Länder in Ihrer Eigenschaft als ehemalige Umweltministerin und somit Fachfrau, was sie alles schon Mitte der 90er Jahre als damalige Umweltministerin im Sinn hatte.

Die Klimahype gilt somit als der größte Wirtschaftsmotor seit dem 2. Weltkrieg! Sie wurde von gewissen Kräften als fleißige Politikerin ausgesucht, ihr im Osten Erlerntes im wahrsten Sinne des Wortes, im Westen an den Mann zu bringen. Ganz im Sinne ihrer "versteckten" ideologischen Absichten und Hintergedanken!

Ihre Temperatureinnordung auf dem G8-Gipfel von höchstens 2 Grad Steigerung bis 2050 kommt im gewissen Sinne der Planwirtschaft aus DDR-Zeiten nahe, in dem die westliche Welt in eine Art Klimahaftung genommen werden soll, um den CO₂-Ausstoß bis zu diesem Zeitpunkt um mindesten 80 % oder besser noch um bis zu 95 % zurückzufahren! Ein ähnliches Vorgehen signalisieren Die Grünen und "Die Linke" ... wenn auch aus anderen (politischen) Beweggründen!

Dies ist so gesehen eine Zurückführung ins Mittelalter!

...

Björn Lomberg - in der Tat- einer der 100 renommiertesten Wissenschaftler der Erde sagt über Frau Merkel: "Sie glaubt es - sie will es" ... basta. Es sei wirklich wie im Mittelalter - entweder glauben und Christ werden - oder Sterben! Im Schatten dieser Klimapolitik drohen die anderen Probleme der Menschheit unterzugehen.

Alleine die Umsetzung des Kyoto-Protokolls kostet jährlich über 180 Milliarden US \$.

Mit schon der Hälfte hiervon können weltweit alle Notlagen gelöst werden! ... und noch vieles mehr (Googeln sie einfach).

Eine fein ausgedachte Mischung aus kommunistisch/ sozialistischem Grundwissen, gepaart mit demokratischer "Scheinheiligkeit". Sie spricht viel (zuviel) über die Demokratie in der sie bislang nicht angekommen ist. Sie fühlt sich berufen die Welt zu verändern. Eine solche Person ist die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzende der CDU! Sie ist "so" beliebt, weil die vielfach gleichgeschaltete Mainstream-Presse weiter gebetsmühlenartig das Klimamärchen verbreitet und andere Meinungen nicht zuläßt!

Nicht vergessen sollte man in diesem Zusammenhang auch Ihre stetige Antriebskraft bezüglich der EU-Verfassungsgebung, bekanntlich zunächst gescheitert, aber jetzt als Lissabonvertrag getarnt, mit Sonderregelungen für die Querköpfe aus Irland, evtl. kurz vor der Verwirklichung ... wenn sich da nicht schon wieder eine besondere Schwierigkeit auftut!

Zielsetzung ist schlicht und einfach, ein noch engeres transatlantisches Bündnis zu den USA mit dem Mitbefürworter des Klimahypes, (US-Präsident) Obama, und der Zielsetzung eine Art Weltregierung mit noch mehr Profitmaximierung für die transkontinentalen Konzerne zu installieren.

Sie führt bis dito keinerlei Wahlkampf. Mutmaßend bleibt festzustellen, daß es Anzeichen dafür gibt, daß über den Versuch Hamburg hinaus, ein Schwarz-Grünes Bündnis nicht auszuschießen ist.

...

Dipl.-Geologe Frank Möckel am 28. Juli 2009 ...

Frau Dr. A. Merkel, bitte setzen Sie sich endlich mit aller Kraft gegen Klimahysterie und für

Klimarealismus ein. Dazu gehört auch, daß Sie nicht jedes Jahr im Hochsommer medienwirksam an den Nordpol fahren und schmelzendes Eis oder kalbende Gletscher dort zeigen! Was von IPCC und anderen sog. Klimaforschern (z.B. PIK) fast tagtäglich in den Medien zu lesen, zu hören und zu sehen ist, muß gelinde gesagt als unerträglich eingeschätzt werden. Hört bitte endlich auf den Menschen solchen Unsinn zu erzählen. Es gibt keine Klimakatastrophe!

Kohlendioxid ist nicht relevant bezüglich der Klimaentwicklung. Es gibt nur einen entscheidenden Motor für die festgestellten Klimavariationen: Die SONNE!

In die Klimaforschung muß der Geist der Wissenschaft einziehen. Verbannt aus den "heiligen Hallen" der Wissenschaft die politischen und ideologischen Teufel! Laßt es nicht länger zu, daß in der politisch und ideologisch orientierten Klimaforschung des IPCC (und angehängter Institutionen) schamlos gelogen, gefälscht, manipuliert und betrogen wird!!! ...<<

Das Internetportal "heise online" berichtete am 8. Februar 2010 (x1.072/...): >>Weltklimarat weiter in Glaubwürdigkeitskrise

Florian Rötzer

Die Klimaberichte des IPCC werden immer fragwürdiger, aber geht es wirklich einzig um die Klimaerwärmung?

Die Zahl der Menschen, die nicht mehr davon überzeugt sind, daß sich durch die menschlichen Aktivitäten eine Klimaerwärmung ereignet, wächst. Das ist in Zeiten der Krise nicht verwunderlich, wo man erst einmal an sich und die unmittelbare Zukunft denkt, während das, was erst kommen wird, weiter in die Ferne rückt.

Allerdings dürfte an der sinkenden Überzeugung auch die Klimawissenschaftler und vor allem der Weltklimarat IPCC schuldig sein. Die Zweifler wurden nicht ernst genommen, zumal sie am Beginn tatsächlich vor allem aus interessierten (Wissenschaftspolitik im Weißen Haus) und ideologisch fixierten Kreisen stammten, denen es wie den Kreationisten im Hinblick auf die Evolutionstheorie nicht um Wissenschaft und um den Erhalt des Lebens ging, sondern um einen Kampf gegen einen vermeintlichen Sozialismus, die Vorherrschaft der USA, die Weigerung, armen Ländern zu helfen, und die Profite der Energiekonzerne (Der Umweltgipfel - ein sozialistischer Trick?).

Fundamentalistische Christen wie die Evangelikalen waren denn auch lange der Meinung, daß es eine von Menschen verursachte Klimaerwärmung mit katastrophalen Folgen schon deswegen nicht geben könne, weil dies die Macht Gottes und seiner Schöpfung in Frage stellen würde (Gott und die Klimaerwärmung).

Mittlerweile ist die Position als Klimaerwärmungsskeptiker auch allein schon deswegen interessanter geworden, weil man damit gegen den Mainstream auftritt und sich als Rebell fühlen kann, der irgendwie Unterdrücktes vertritt. Aber die Abschottung gegen die irrationalen Klimaerwärmungsleugner und die politisch und wirtschaftlich interessierten Gruppierungen verband sich wohl mit einem auch irgendwie religiös verbrämten Sendungsauftrag, die Welt vor dem Untergang zu bewahren und daher die Gefahren immer wieder zu beschwören - und auch manchmal über Gebühr zu vergrößern.

Anstatt sich dabei auf fundierte wissenschaftliche Studien und Simulationen zu beschränken, wie es eigentlich erwartet wurde, nahm der Weltklimarat in die Klimaberichte auch Vorhersagen auf, die nicht wissenschaftlich fundiert waren, sondern von Lobbygruppen stammten - was NGOs und Stiftungen ja auch sind, wenn sie ganz bestimmte Ziele durchsetzen wollen.

Neben den Versuchen, Gesuche nach dem Informationsfreiheitsgesetz abzuschmettern, Dokumente zu löschen oder Konkurrenten mit unerwünschten Studien von Publikationsmöglichkeiten auszuschließen (Von Climategate, Klimalüge und dem Wissenschaftsbetrieb), wurde anhand der im letzten Klimabericht veröffentlichten Behauptung, die Himalaya-Gletscher würden bis 2035 abtauen, der schlampige Umgang mit den Quellen offenbar (Schlamperei im letzten IPCC-Bericht).

Und wenn die Suche einmal begonnen hat, wird man auch wieder fündig - was die Glaubwürdigkeit weiter untergräbt und die Klimaerwärmungsskeptiker stärkt, obgleich weiterhin die anthropogene Klimaerwärmung wissenschaftlich vielfältig belegt ist. Etwas anderes sind freilich die aus Modellen abgeleiteten Vorhersagen über die Folgen, bei denen es noch viele Unbekannte geben kann.

Wenn aber dann noch offenbar aus alarmistischen Gründen in die Klimaberichte aufgenommene Behauptungen kommen, die falsch oder unbelegt sind, wird es nicht nur peinlich, sondern auch destruktiv. So beispielsweise, wenn geschrieben wurde, daß 55 Prozent des Territoriums der Niederlande unter dem Meeresspiegel liegen würde, während es in Wirklichkeit nach dem Statistischen Amt nur 26 Prozent sind.

Und dann kam auch noch auf, daß die Behauptung (3.3.2), in manchen afrikanischen Ländern könnte bis 2020 durch die Klimaerwärmung die Ernte von manchen Nutzpflanzen, die auf Niederschläge angewiesen sind, auf bis zu 50 Prozent sinken, ebenfalls aus einer dubiosen Quelle stammt. Wieder wurde sie über einen Bericht einer NGO in den Klimabericht aufgenommen.

Akribisch zusammengetragen wurde dies wiederum von einem Klimaskeptiker, obgleich der Klimarat gefordert wäre, selbst die Behauptungen und Quellen zu überprüfen, um für seine Glaubwürdigkeit durch Transparenz und Aufklärung zu sorgen. Die Erosion zeigt sich schon darin, daß Indien nun einen nationalen Klimarat zur Kompensation des IPCC etabliert hat (Indien richtet aus Kritik am IPCC eigenen Klimarat ein).

Im Zuge der Vorbereitung zum 5. Klimabericht genügt es nicht, wenn der kompromittierte IPCC-Chef Pachauri die Strategie des Aussitzens verfolgt und man nur einräumt, daß Irren oder mangelnde Sorgfalt doch menschlich seien. Wenn man dann noch beschwört, wie sorgfältig man doch vorgeht, dann werden die aufgedeckten Schlampereien zum Beweis der mangelnden Glaubwürdigkeit: "For the IPCC, the top level is the key messages that appear in the Summaries for Policymakers. In these documents, each point undergoes not only the careful scrutiny of the scientists. It must also be approved, word by word, by consensus, by all the participating governments, typically representing more than 120 countries."

Wie geht es weiter? Vermutlich werden die Katastrophenmeldungen, so wahrscheinlich sie auch sein mögen, immer weniger Menschen erreichen - und damit auch immer weniger Politiker. Kopenhagen war bereits Beweis dafür, daß die Menschheit nicht gemeinsam verantwortlich für ihre Zukunft handeln kann (Nach Kopenhagen: Höchste Zeit für eine Reform der UNO). Es geht ja auch nur zum Teil um die Vermeidung der Folgen der Klimaerwärmung.

"Saubere" Energie heiße ja auch, weniger Umweltverschmutzung, mehr Energieeffizienz und dezentrale Energieversorgung, Klimaschutz bedeutet auch, Bewahrung der CO₂-Senken, also etwa der Tropenwälder oder Ökosysteme im Meer, letztlich schlicht Umweltschutz auch durch Umstellung der Landwirtschaft und der destruktiven Ausbeutung der Ressourcen. Und Verantwortung für die Weltgemeinschaft, also Solidarität mit den Armen.

Das alles hat womöglich die Fixierung auf die Klimaerwärmung - und damit auch die Klimaforschung - vergessen lassen und müßte als Vision eines gemeinsamen Überlebens auf dem winzigen Raumschiff Erde wieder deutlicher werden. Es geht um eine Vision eines veränderten Lebens und Wirtschaftens. Insofern haben die frühen Abwiegler vielleicht doch recht gehabt, die das Thema der Klimaerwärmung mit dem Sozialismus oder der Veränderung des kapitalistischen Systems in Zusammenhang brachten.<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 28. Juli 2017 (x1.076/...): >>Was ist wahr - die Photosynthese oder die Geschichte vom Klimakiller CO₂?

Das beweist die Photosynthesereaktion in den Pflanzen. Sie beschreibt, wie die Pflanzen mit Hilfe von Sonnenlicht die zum Leben nötige Energie in den Pflanzenzellen gewinnen:

Aus Kohlendioxid CO₂ + Wasser + Sonnenenergie wird Zucker + Sauerstoff

Das CO₂ wird durch die Blätter aus der Luft aufgenommen, die Sonnenenergie ebenfalls durch die Blätter, das Wasser kommt über die Wurzeln in die Zellen. Bei der Produktion von Zucker aus CO₂ und Wasser (Energiespeicher für Sonnenenergie) in den Pflanzenzellen wird Sauerstoff frei, der über die Blätter an die Atmosphäre geht. Der Zucker (und seine Folgeprodukte Stärke, Zellulose ...) liefert die Energie für alle Lebensvorgänge und zum Wachsen der Pflanze, für Samen usw.

Der Mensch lebt vom Umkehrprozeß der Photosynthese:

Zucker + Sauerstoff reagieren zu Wasser + CO₂ + Energie

Der Mensch nimmt den von den Pflanzen erzeugten Energiespeicher Zucker auf über den Magen und den Sauerstoff über die Lunge. Bei der Reaktion von Zucker und Sauerstoff in der menschlichen Zelle wird Energie frei zur Erhaltung aller Lebensvorgänge. Als Reaktionsprodukte entstehen Wasser und CO₂, die über die Lunge ausgeschieden werden. Diese biologischen Reaktionen in den Zellen setzen immer die Anwesenheit von Reaktionsbeschleunigern (Enzymen) voraus. Auch die Verrottung abgestorbener Pflanzen ist ein Umkehrprozeß der Photosynthese.

Fazit:

Ohne CO₂ gibt es keine Pflanzen auf der Erde, ohne Pflanzen gibt es keinen Sauerstoff in der Luft, den die Pflanzen in Milliarden Jahren bei der Photosynthese erzeugt haben. Den Sauerstoff, der bei der Photosynthese durch Abspaltung vom H₂O erzeugt wird, brauchen die Tiere zum Leben ebenso wie die Menschen.

Daß CO₂ keine merkbare Klimaerwärmung bewirken kann, ist in dem Aufsatz "Der Einfluß der Wolken auf das Klima" beschrieben (www.adew.eu/Berichte/Klima).

Der von Politik und Medien mit riesigen Geldmitteln geführte Kampf gegen Kohlendioxid ist purer Irrsinn und wird als Argument für die Globalisierung benutzt. In der BRD, in Politik, Medien und Teilen der Wirtschaft hält man die oben beschriebenen Naturgesetze für nicht zutreffend, da es hier viele Profiteure des CO₂-Wahns gibt. Ohne CO₂-Wahn wäre eine kräftig sprudelnde Geldquelle für diese Leute in Instituten, Industrie, Landwirtschaft, Banken usw. verstopft.<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 10. Dezember 2019 (x1.075/...): >>**Der Klimawahnsinn gefährdet die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen**

Der Klimawahnsinn der letzten Monate zusammengefaßt:

Der Individualverkehr ist eine Quelle von CO₂. Der Individualverkehr muß eingeschränkt werden.

Der Individualtourismus mit Luxuslinern oder Billigflug ist eine Quelle von CO₂. Der Individualtourismus muß eingeschränkt werden.

Der individuelle Verbrauch von Strom und Energie basiert zu großen Teilen nach wie vor auf fossilen Brennstoffen. Fossile Brennstoffe müssen durch unzuverlässige Formen der Stromerzeugung ersetzt, der individuelle Verbrauch von Strom und Energie muß eingeschränkt werden.

Die Landwirtschaft emittiert zu viel CO₂. Die intensive Landwirtschaft muß eingeschränkt werden.

In der Landwirtschaft werden Herbizide eingesetzt, die Panikattacken bei Kenntnislosen auslösen. Der Einsatz von Herbiziden, der intensive Landwirtschaft erst ermöglicht, muß verboten werden.

Der Welthandel basiert auf Schifffahrt. Rund 80 % des globalen Handels wird über Schiffe abgewickelt. Schiffe, so hat die ZEIT neuerdings erkannt, emittieren CO₂, deshalb muß auch der Schiffsverkehr, der globale Handel mit Schiffen eingeschränkt werden.

Merken Sie, in welche Richtung der gesamte Klimaalarmismus weist? Es ist ein großangelegter Versuch, individuelle Rechte zu zerstören und den Lebensstandard von Menschen in westlichen Gesellschaften gleich mit. Menschen, die gut leben, so wohl das Kalkül, sind schwierig zu kontrollieren, denn man kann ihnen nicht einfach den Zugang zu Nahrung und Freiheitsrechten abschneiden, um sie gefügig zu machen.

Die Chinesische Regierung, von deren Vorreiterrolle in Punkto Zerstörung individueller Freiheitsrechte wir gestern berichtet haben, zeigt, in welchen Dimensionen Regierungen mittlerweile nicht nur denken, sondern handeln.

Die Vorgehensweise der Klimaalarmisten ist bifurkal, Bürger sollen regelrecht in die Zange genommen werden.

Die eine Stoßrichtung zielt darauf, Versorgung zu erschweren, etwa Stromversorgung und Zugänge zu Ressourcen, wie z.B. das eigene Auto, den Flug, die Kreuzfahrt zu kontrollieren. Die zweite Stoßrichtung zielt darauf, Produkte und Leistungen so zu verteuern, daß die Zahl derjenigen, die sie sich leisten können, radikal sinkt. Stoßrichtung 1 funktioniert über Verbote oder "den Ausstieg aus Technologien", Stoßrichtung 2 funktioniert über die hohe Subvention von nicht verlässlichen Technologien z.B. der Stromproduktion und über den CO₂-Ablaßhandel.

Egal, welcher Zugang gewählt wird, in jedem Fall sind Bürger diejenigen, die die Folgen der Regelungen zu tragen haben, Folgen, die sich in Freiheitsraub und in einer Verteuern des jeweiligen Lebensstils niederschlagen, so daß das Leben, das Menschen in westlichen Gesellschaften in den 1960er, 1970er, 1980er, 1990er und 2000er Jahren gewohnt waren, für viele nicht mehr erreichbar sein wird.

Es ist fünf vor Zwölf, wenn dieser Wahnsinn noch gestoppt werden soll, denn die Scharfrichter der individuellen Freiheit sind derzeit in Madrid dabei, in Verträgen die Verarmung eines großen Teils der Bevölkerung zu beschließen.

Was die Durchsetzung diese Wahnsinns erleichtern soll, sind u.a. Beiträge in Medien, die einst Presse genannt wurden und die ihre Aufgabe heute offenkundig nur noch darin sehen, irgendwelchen Hysterikern und Mächtigenkontrolleuren die Möglichkeit zu geben, ihre Hirngespinnste auszuleben und sich bei staatlichen Funktionären anzudienen.

Ein Ablaßhandel wie der auf CO₂-Emissionen ist ein Riesengeschäft. Tatsächlich sind seit 2013 allein 2,5 Billionen US-Dollar in angebliche Maßnahmen gegen den Klimawandel geflossen. Effekt auf den CO₂-Ausstoß: Null. Die Emissionen sind weiter gestiegen und sie werden weiter steigen, denn China und Indien bauen Kohlekraftwerke. Dort ist man daran interessiert, den Lebensstandard der eigenen Bevölkerung zu heben, während in europäischen Gesellschaften die Senkung des Lebensstandards politisches Ziel zu sein scheint.

Am Ablaßhandel verdient eine Armada von Kostgängern mit. Kostgänger, die Studien erstellen, die Lobbypolitik für diejenigen betreiben, die alternative Produkte zu denen, die vom Ablaßhandel betroffen sind, vertreiben. Und die angebliche Qualitätspresse, deren Qualitäten vornehmlich darin zu finden sind, Kritik durch Anbiederung ersetzt zu haben, stellt den entsprechenden Kostgängern noch ein Forum zur Verfügung.

In der ZEIT, in der gerade Stimmung gegen den globalen Schiffsverkehr gemacht wird, liest sich das wie folgt:

"Doch während Kohle, Industrie und Verkehr unter Druck sind, ihren Treibhausgasausstoß zu senken, reguliert Europa die Schifffahrt bisher kaum - mit dem Ergebnis, daß die Emissionen in dieser Branche in den vergangenen Jahren stark angestiegen sind, statt zu sinken. Und weil die Schifffahrt mit dem Welthandel wächst, wird sich daran absehbar wohl kaum etwas ändern. Es sei denn, die Politik ergreift Gegenmaßnahmen.

Es bestehe die Gefahr, daß die Untätigkeit in der Schifffahrt die klimapolitischen Fortschritte in anderen Bereichen zunichte macht, warnen die Experten von T&E. Sie empfehlen, den

Schiffsverkehr in den Europäischen Emissionshandel zu integrieren. Das Geld, das die Reedereien dann zahlen, könnte in einen Fonds fließen, der die Entwicklung von klimafreundlichen Antrieben fördert."

Die "Experten von T&E", sind "Experten", die in einer europäischen Lobbyvereinigung, die sich selbst als "NGO" bezeichnet, arbeiten. T&E charakterisiert sich selbst wie folgt:

"Transport & Environment's (T&E) vision is a zero-emission mobility system that is affordable and has minimal impacts on our health, climate and environment (Die eierlegende Wollmilchsau.)

Since we were created 30 years ago, T&E has shaped some of Europe's most important environmental laws. We got the EU to set the world's most ambitious CO2 standards for cars and trucks but also helped uncover the dieselgate scandal; we campaigned successfully to end palm oil diesel; secured a global ban on dirty shipping fuels and the creation of the world's biggest carbon market for aviation - just to name a few."

Die deutschen Mitglieder von T&E sind "die Experten" des NABU, der Deutschen Umwelthilfe und der Verkehrsclub Deutschland.

Alle, die sich bei T&E zusammengeschlossen haben, verfolgen das Ziel, fossile Brennstoffe zu ächten, ihren Gebrauch zu unterbinden oder mit hohen Kosten zu versehen. Alle, die dort zusammengeschlossen sind, reiten die Welle der CO2-Hysterie und werden dabei reich, sehr reich. Es lohnt sich also, die Welt zu retten, bzw. vorzugeben, dasselbe zu tun.

Wundert es jemanden, daß "die Experten von T&E" nun den globalen Handel über Seewege ins Visier genommen haben? Ehrlich gesagt ist es für uns eher erstaunlich, daß sie erst jetzt gemerkt haben, daß man auch durch die Erpressung von Reedern und die Erweiterung des Kinderkreuzzuges auf den globalen Handel per Schiff eine erhebliche Einkommensquelle erschließen kann.

Durch CO2-Emissionshandel oder durch ein Verbot bestimmter Schiffstypen, Schiffsantriebe. Egal, was am Ende herauskommen wird, die Bürger in Europa müssen dafür bezahlen. Egal, was am Ende herauskommen wird, die Bürger in Europa werden eine Einbuße im Lebensstandard hinnehmen müssen. Egal, was am Ende herauskommen wird, es wird KEINERLEI Effekt auf die globalen CO2-Emissionen haben, aber maximalen Schaden bei den Bürgern Europas bewirken. ...

Der weltweite CO2-Ausstoß im Jahr 2018 betrug 37,1 Gigatonnen. Im Vergleich zu 2017, in dem der Ausstoß bei 36,2 Gigatonnen lag, ist dies ein Plus von 0,9 Gigatonnen. Der gesamte Schiffsverkehr hat, wie in einer Studie aus dem Jahr 2014 geschätzt wird, einen Ausstoß von 796 Millionen Tonnen CO2. Nehmen wir an, der Ausstoß sei über die letzten vier Jahre um rund 9 % angestiegen, schreiben wir die Emissionen linear fort, dann ergeben sich 868 Millionen Tonnen CO2.

Der Anteil der Handelsschifffahrt am CO2-Ausstoß im Jahr 2018 betrug somit knapp 2,2 %. Der Anstieg der CO2-Emissionen im Vergleich der Jahre 2018 und 2017 betrug 2,4 %. Mit anderen Worten: Selbst wenn die Handelsschifffahrt von heute auf morgen eingestellt würde, würde dies nichts daran ändern, daß die CO2-Emissionen weltweit weiter steigen. Allerdings würde die Grundversorgung der Bürger mit Lebensmitteln dadurch unmöglich und eine Hungersnot unausweichlich.

Der verbreitete Alarmismus dient einzig und allein der Selbstbereicherung, der Legitimation eines der bislang systematischsten Versuche, Individualrechte und Lebensstandard zu zerstören und Bürger in Abhängigkeits- und Kontrollbeziehungen mit ihren Staaten zu zwingen:

"Es bestehe die Gefahr, daß die Untätigkeit in der Schifffahrt die klimapolitischen Fortschritte in anderen Bereichen zunichte macht, warnen die Experten von T&E. Sie empfehlen, den Schiffsverkehr in den Europäischen Emissionshandel zu integrieren. Das Geld, das die Reedereien dann zahlen, könnte in einen Fonds fließen, der die Entwicklung von klimafreundlichen

Antrieben fördert."

Und natürlich dient der ganze Raubzug auf die Einkommen, für die die meisten Bürger lange arbeiten müssen, der Umverteilung. Die CO₂-Steuer, die der Handelsschiffahrt auferlegt werden soll, wird natürlich auf die Preise umgelegt. In Madrid wird derzeit nicht darüber verhandelt, welche Unternehmen wie viel Abfaß bezahlen müssen, sondern darüber, wie groß die Last sein wird, die den Bürgern in den einzelnen Staaten aufgebürdet wird. Denn es sind Bürger, Sie, wir, die die Kosten tragen müssen, die Kosten für teurere Transportwege, die Kosten für teurere Verpackungen, die Kosten für teurere Erzeugung, die Kosten für teurere Produktion u.v.m.

Die Erträge aus der CO₂-Steuer, die Bepreisung eines Moleküls, ohne das Leben auf der Erde nicht möglich wäre, so kann man nachlesen, sind bereits eine feste Rechnungsgröße im Budget der Klimawandel-Mafia.

Die höheren Kosten, die Senkung des Lebensstandards für viele, das ist der Preis dafür, daß das Klima, nein, der Planet, nein, die Welt vor etwas gerettet wird, was vor einigen Jahrzehnten frei erfunden wurde: dem menschengemachten Klimawandel, für den bislang jeder Beleg fehlt, denn was wir sehen ist Klimawandel, wie er sich seit Jahrtausenden auf der Erde ereignet. Daß Menschen daran einen Anteil haben sollen, ist der erfolgreichste PR-Stunt der letzten Jahrhunderte und der lukrativste obendrein.

Das IPCC hat im Vierten Assessment Bericht aus dem Jahre 2007 die folgende Abbildung des CO₂-Zyklus veröffentlicht, die deutlich zeigt, mit welcher Art von "Wissenschaft" man es bei den Klimaalarmisten zu tun hat:

Die roten Zahlen sollen zeigen, wie sich der Anteil von CO₂ durch menschliche Aktivitäten in der Atmosphäre verändert hat. Sie wurden durch einen simplen Vergleich mit Schätzungen für vor-industrielle Level von CO₂ im Jahre 1750 unter Verwendung der Grundrechenarten fabriziert. Wie man sieht, ist alles, was sich seit 1750 in der Atmosphäre verändert hat, auf menschlichen Einfluß zurückzuführen. Seit 1750 ist die Abgabe von CO₂ durch die Weltmeere konstant geblieben.

Es gab seit 1750 nichts, was zu mehr Pflanzenrespiration von CO₂ geführt hätte, keine Zunahme in der Freisetzung von CO₂ durch verrottende Pflanzen, es gab keine außergewöhnlichen Vulkanausbrüche, keine sonstigen Ereignisse, die mit einer hohen CO₂-Emission verbunden sind, einfach nichts. Die Natur bleibt stabil, passiv, hat sich seit 1750 nicht verändert. Alles, was sich seit 1750 verändert hat, ist auf menschlichen Einfluß zurückzuführen.

Wer dieses Märchen glaubt, der muß alle Märchen glauben, zum Beispiel dieses: Die erhöhte Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre sei Ursache einer Erwärmung, die in der Realität so deutlich hinter den Vorhersagen der grandiosen Klimamodelle der Klimaalarmisten zurückbleibt, daß einem Wissenschaftler die Scham ins Gesicht geschrieben wäre, hätte er sich darauf verlassen. Eiskernbohrungen zeigen, daß ein Anstieg des CO₂-Levels in der Atmosphäre einer vorausgegangenen Erwärmung nachfolgt.

Märchen 1 ignoriert jeden Einfluß der Natur auch sich selbst und führt einen Kult anthropogener Einzigartigkeit ein.

Märchen 2 kehrt Ursache und Wirkung um, zerstört damit die Wissenschaft und verlangt von denen, die das Märchen glauben, der Rationalität abzuschwören.

Wenn es darum geht, arbeitende Menschen auszurauben, dann waren die leistungslosen Klassen, die Schwätzperten und sonstigen menschlichen Schilde gegen Probleme, die es ohne sie gar nicht gäbe, immer sehr erfindungsreich. Die Kunst, von der Arbeit anderer zu leben, ist eine der am weitesten entwickelten Künste, ihr derzeitiges Kultobjekt wird von einem UN-Wanderzirkus durch die Länder der Erde getragen, sein Titel: "Menschengemachter Klimawandel".

Übrigens, wenn Sie wissen wollen, warum die Journallie und die politische Kaste, die sich für

das Establishment hält, Donald Trump so hassen, hier eine Erklärung:

Patrick Moore, co-founder of Greenpeace: "The whole climate crisis is not only Fake News, it's Fake Science. There is no climate crisis, there's weather and climate all around the world, and in fact carbon dioxide is the main building block of all life." @foxandfriends Wow!

- Donald J. Trump (@realDonaldTrump) 12. März 2019<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 22. August 2021 (x1.074/...): >>**Klimawahn und Covid-19 als Vorwand für totalitäre Herrschaft - Papst Benedikt XVI. hatte vor 10 Jahren leider recht**

Fast alle unsere Leser, wie auch die Redaktion sind sich darin einig, daß diejenigen, die einem "Klimaschutz" das Wort reden, vielfach aktive, rücksichtslos enthemmte Opportunisten sind, die unter dem Mantel des "Klimaschutz", als zusammenfassendes Synonym für alle Maßnahmen, die es benötigt, um eine imaginäre Klimakatastrophe in ferner Zukunft abzuwenden, ausschließlich ihr eigenes Süppchen kochen wollen, oder aber einfache Mitläufer, die entweder zu dumm, oder zu desinteressiert sind, oder beides zusammen, um sich ein eigenes Bild zu machen, welches sicher anders ist, viel anders, als das offiziell gezeichnete.

Und dann gibt es noch die wahrhaft Gläubigen. Gläubige, die eine Religion brauchen, an der sie ihren moralischen Kompaß ausrichten, und nach deren Vorgaben und Zielen sie ihre Aktivitäten im täglichen Leben einrichten. Entweder verbinden sie dann diesen moralischen "Klimakompaß" mit der christlichen Religion und eifern dann besonders heftig für den "Schutz des Lebens", mittels "Klimaschutz", oder sie ersetzen einfach das eine durch das andere.

Unser Autor, selber ein gläubiger Katholik, hat versucht die damit verbundenen zwingend auftretenden Widersprüche auszuleuchten, welche letztlich dazu führen (müssen), daß das Recht verschwindet und die Willkür herrscht.

von *Edgar L. Gärtner*

Bald nähert sich der 10. Jahrestag der denkwürdigen, aber im Politikbetrieb dennoch bald wieder verdrängten ersten Rede eines römisch-katholischen Papstes vor dem Deutschen Bundestag. Am 22. September 2011 gab der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) Papst Benedikt XVI. während dessen offiziellem Deutschlandbesuch die Gelegenheit, vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen. Der Papst hielt dort einen hochgelehrten, aber dennoch gemeinverständlichen Vortrag über ein Thema, das kaum jemand erwartet hatte: die Bedeutung des Naturrechts.

Benedikt XVI. mahnte die Politiker, sich nicht an vordergründigen Erfolgskriterien, sondern am überzeitlichen Maßstab der Gerechtigkeit zu orientieren und die Grundsätze eines Rechtsstaats zu respektieren, indem er aus dem Meisterwerk des heiligen Augustinus "De civitate Dei" zitierte: "Nimm das Recht weg - was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande."

Diese Mahnung konnte angesichts wiederholter Rechtsbrüche des Merkel-Regimes beim Versuch der EU-Nomenklatura, ihre Kunstwährung Euro durch direkte und indirekte Enteignung der Sparer zu retten, aktueller nicht sein. Inzwischen ist eine ganze Kette weiterer Rechtsbrüche hinzu gekommen:

Von der Weigerung Angela Merkels, die nationalen Grenzen gegen den Ansturm junger männlicher Migranten zu schützen, bis zur Ausrufung einer "pandemischen Lage von nationaler Tragweite" ohne Faktengrundlage.

Der berechenbare Rechtsstaat wurde so durch einen launischen Maßnahmen-Staat ersetzt, in dem Angst und Willkür herrschen: So konnte die Kanzlerin mit Hilfe ihrer Helfershelfer in den Massenmedien fernmündlich die Wahl eines Ministerpräsidenten rückgängig machen, kraft eines als Ermächtigungsgesetz interpretierten Infektionsschutzgesetzes den größten Teil des Volkes einsperren, die Menschen in erpresserischer Manier zu der durchaus nicht

alternativlosen gentechnischen Covid-Impfung drängen und schließlich das Bundesverfassungsgericht mit Hilfe seiner sektiererischen Urteilsbegründung zum Klima-Gesetz in den Dienst eines öko-diktatorischen Umsturzversuchs stellen. Da drängt sich der Vergleich mit einer Räuberbande tatsächlich auf.

Das Recht gründe in einem Rechtsstaat nicht primär in mehr oder weniger zufälligen und ephemeren politischen Mehrheiten, sondern in Natur und Vernunft, betonte Papst Benedikt im Jahre 2011. Im Gegensatz zum heidnischen Götterglauben betrachte das Christentum Natur und Gewissen als universale Rechtsquellen. Das gelte freilich nur, wenn man nicht von einem positivistischen Naturbegriff ausgehe. Die Ökologiebewegung fordere zwar, auf die "Sprache der Natur zu hören und entsprechend zu antworten." Es gebe jedoch auch eine menschliche Natur und somit auch eine Ökologie des Menschen:

"Auch der Mensch hat eine Natur, die er achten muß und die er nicht beliebig manipulieren kann... Der Mensch macht sich nicht selbst. Er ist Geist und Wille, aber er ist auch Natur, und sein Wille ist dann recht, wenn er auf die Natur achtet, sie hört. ... Gerade so und nur so vollzieht sich wahre menschliche Freiheit." Deutlicher hätte Benedikt XVI. marxistische beziehungsweise ökologistische oder genderistische Umerziehungsversuche nicht zurückweisen können.

Die Lehre vom Naturrecht gilt heute als Alleinstellungsmerkmal des Katholizismus, wenn nicht als katholische Marotte. Manche sprechen gar von einer "katholischen Scharia", weil die Vertreter der Naturrechtslehre darauf bestanden, die Natur enthalte Normen, die der Schöpfergott in sie hineingelegt hat. Moderne und postmoderne Autoren werfen dem führenden scholastischen Philosophen Thomas von Aquin (1225-1274) vor, im mittelalterlichen Universalienstreit einen naiven Realismus verfochten und zwischen Sein und Sollen kurzgeschlossen zu haben.

In der Ablehnung dieses "naturalistischen Fehlschlusses" waren sich verschiedene philosophische Schulen seit David Hume (1711-1776) einig. Aber die katholische Kirche verzichtete im 20. Jahrhundert und insbesondere nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) mehr und mehr auf die Verteidigung der thomistischen Lehre und überließ so dem Positivismus (einschließlich des Rechtspositivismus) das Feld.

Immerhin hatten sich Ankläger und Richter bei dem im November 1945 eröffneten Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß gefragt, nach welchem Recht man die angeklagten Nazi-Größen richten könne, da diese sich doch im Prinzip gesetzestreu verhalten hatten - nur eben entsprechend unmenschlichen Gesetzen. Bei der Definition des Anklagepunkts "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" erinnerten sich die Juristen schließlich des rechtsphilosophischen Gedankens eines vorstaatlichen Naturrechts, das auch ohne kodifiziertes Recht existiert.

Die Ankläger beriefen sich also auf die Vorstellung, daß jedem Menschen, der ein Verbrechen wie Mord oder Versklavung begeht, bewußt ist, daß er damit Unrecht tut, selbst wenn dies nicht in einem Gesetz steht. Der eigentlich vom Rechtspositivismus überzeugte sozialdemokratische Rechtsphilosoph Gustav Radbruch (1878-1949) hat das 1946 in einer Formel festgehalten, die seinen Namen trägt. Benedikt XVI. berief sich in seiner Rede vor dem Bundestag hingegen auf den Römerbrief des Apostels Paulus, in dem es heißt:

"Wenn Heiden, die das Gesetz (die Tora Israels) nicht haben, von Natur aus das tun, was im Gesetz gefordert ist, so sind sie ... sich selbst Gesetz. Sie zeigen damit, daß ihnen die Forderung des Gesetzes ins Herz geschrieben ist; ihr Gewissen legt Zeugnis davon ab. ..." (Römer 2, 14 f.)

Man muß also nicht katholisch sein, um sich auf das Naturrecht zu berufen. Das dem Naturrecht zugrunde liegende Menschenbild kann auch von nichtchristlichen Kulturen geteilt werden. Danach gibt es eine vom Naturganzen abhängige Natur des Menschen, die nicht Objekt politischer Manipulation werden kann und darf.

Der (immerhin getaufte) Atheist Albert Camus (1913-1960) konnte sich bei seiner Ablehnung des marxistischen Traums vom "neuen Menschen" und seinem Insistieren auf der Unwandelbarkeit der menschlichen Natur in seiner Abhandlung "L'homme révolté" (Der Mensch in der Revolte) voll und ganz auf die griechische Philosophie berufen, zumal sich auch die katholischen Theologen in dieser Frage auf die Seite der altgriechischen Philosophie schlugen: Grundlage eines freiheitlichen Gemeinwesens kann nur die Anerkennung der vom Schöpfer gewollten Natur des Menschen sein. Benedikt XVI. hat das in seiner (in Teilen umstrittenen, weil nicht gänzlich aus seiner Feder stammenden) Enzyklika "Caritas in veritate" (2009) mit folgenden Worten ausgedrückt:

"In allen Kulturen gibt es besondere und vielfältige ethische Übereinstimmungen, die Ausdruck derselben, vom Schöpfer gewollten Natur sind und die von der ethischen Weisheit der Menschheit Naturrecht genannt wird. Ein solches universales Sittengesetz ist die feste Grundlage eines jeden kulturellen, religiösen und politischen Dialogs und erlaubt dem vielfältigen Pluralismus der verschiedenen Kulturen, sich nicht von der gemeinsamen Suche nach dem Wahren und Guten und nach Gott zu lösen.

Die Zustimmung zu diesem in die Herzen eingeschriebenen Gesetz ist daher die Voraussetzung für jede konstruktive soziale Zusammenarbeit." Für das "in die Herzen eingeschriebene Gesetz" verwenden wir heute den Begriff "Rechtsempfinden". Dieses hat, wie wir inzwischen annehmen müssen, eine genetische Grundlage. Unseren nächsten "Verwandten", den Schimpansen, fehlt diese Erbanlage offenbar.

Gäbe es nur das allen Menschen gemeinsame Rechtsempfinden, wäre die Welt wohl ein Paradies. Sie ist es aber nicht. Denn auch das Böse, genannt der Teufel oder Satan, existiert. Heute gilt es bei einflußreichen Medienleuten geradezu als chic, dessen Existenz zu leugnen. Auch Papst Benedikt widmete dem Bösen in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag keinen eigenen Abschnitt.

Aber er schloß mit folgendem Wunsch: "Dem jungen König Salomon ist in der Stunde seiner Amtsübernahme eine Bitte freigestellt worden. Wie wäre es, wenn uns, den Gesetzgebern von heute, eine Bitte freigestellt würde? Was würden wir erbitten? Ich denke, auch heute könnten wir letztlich nichts anderes wünschen als ein hörendes Herz - die Fähigkeit, Gut und Böse zu unterscheiden und so wahres Recht zu setzen, der Gerechtigkeit zu dienen und dem Frieden."

Was Papst Benedikt XVI. (Joseph Ratzinger) hier anspricht ist die Gabe der Unterscheidung der Geister, das heißt die Fähigkeit zu erkennen, ob bestimmte Gedanken, Gefühlsregungen oder Prophetien von Gott stammen oder von seinem Widersacher.

Als ordnungsgemäß Getaufte und im "Unterscheidungsalter" Gefirmter habe ich nach Thomas von Aquin (Summa theologiae 3. 72. 5, ad 2) "die Macht, öffentlich den Glauben an Christus quasi ex officio mit Worten zu bekennen." Und so bekenne ich, daß ich nicht glauben kann, daß es dem Willen Gottes entspricht, im wichtigsten Pflanzennährstoff Kohlenstoffdioxid eine Gefahr für das Leben auf der Erde zu sehen. Wäre dem so, müßte die Welt vom Teufel erschaffen worden sein. Gnostische Häretiker haben das tatsächlich geglaubt. Ich halte mich lieber an die frohe Botschaft des Neuen Testaments.

(Die Zitate Benedikts XVI. stammen aus dem Buch: Benedikt XVI.: In Gott ist unsere Zukunft. Ansprachen & Predigten während seines Besuchs in Deutschland. St. Benno-Verlag, Leipzig)<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 2. Oktober 2021 (x1.079/...): >>>Wie es zum IPCC kam - Die Geburt einer genialen Idee

von Klaus Peter Krause

Nur dumm, daß sie die Menschen ausbeuten soll - Wie die Geschäftsidee mit der Klimaschutzpolitik entstanden ist - Der Insider und Zeuge Hartmut Bachmann - Fritz Vahrenholt: Wir haben keinen Klimanotstand

Sie haben genug von dieser Klimaschutzpolitik? Wollen mit ihr nicht noch mehr traktiert werden? Kann ich verstehen. Dann lesen Sie jetzt nicht weiter. Sollte es aber neu für Sie sein, wie es zu dieser Politik gekommen ist und wie sie inszeniert wurde, dann ist das Folgende für Sie vielleicht doch wissens- und lesenswert. Denn gerade (29. November) agitieren schon wieder die irregeführten jugendlichen "Klimaschützer" der Freitage-für-Zukunft-Bewegung, und das EU-Parlament, das es besser wissen müßte, hat in einer Resolution den "Klimanotstand" ausgerufen - sie alle verrückt geworden durch eine geniale Geschäftsidee, die andere eiskalt erdacht haben und menschenverachtend betreiben.

Hartmut Bachmann und sein Buch *Die Lüge von der Klimakatastrophe*

Hartmut Bachmann lernte ich 2003 in Frankfurt kennen. Er machte mich mit der Klimaschutzlügerei vertraut. Wir trafen uns damals im Hotel Frankfurter Hof. Ich war, weil 65 geworden, aus der FAZ-Redaktion schon ausgeschieden, aber bis Ende 2003 noch Geschäftsführer der Fazit-Stiftung (Eigentümerin der FAZ GmbH). Bachmann hatte damals ein Buch mit dem Titel *Die Reformverhinderer* geschrieben*), das ich am 10. November 2003 in der FAZ vorgestellt habe (hier). 2007 folgte das Buch *Die Lüge von der Klimakatastrophe**)* Dieses Buch wird demnächst überarbeitet in 7. Auflage im Frieling-Verlag (Berlin) erscheinen ...

Ein bewegtes Leben

Hartmut Bachmann (Jahrgang 1924) hat ein bewegtes Leben hinter sich. Aufgewachsen ist er auf dem Gut des Großvaters am Rande Berlins. Das Gutsgebäude, ein Schloß, haben schon die Nazis enteignet, sie brauchten es als Gästehaus. Den Zweiten Weltkrieg mitmachen mußte Bachmann von Mitte 1942 an. Als Jagdflieger überstand er ihn. Auch Segelflieger ist er gewesen. Fünf Jahre lang hat er Meteorologie und Aerodynamik studiert.

Nach dem Krieg absolvierte er auch ein Studium an der Hochschule für Politik in Berlin, ließ sich ausbilden zum Molkereifachmann, war leitend in der Milchwirtschaft tätig, gründete Unternehmen in der Schweiz und den USA, war in Amerika Vorstandsvorsitzender (CEO) eines Klimageräteherstellers, später auch Aufsichtsratsvorsitzender und Präsident eines amerikanischen Wirtschaftsinstituts.

Wikipedia nennt ihn korrekt einen deutschen Manager und Wirtschaftspublizisten, verleumdet ihn aber als "Klimawandelleugner" und Verschwörungstheoretiker, was er beides nicht ist. Lesen Sie daher lieber das, was Bachmann unterhaltsamer über sich selbst schreibt (hier).

Das allergrößte, je von Menschen erdachte Geschäft

Jenes amerikanische Wirtschaftsinstitut beschäftigte sich nach Bachmanns Darstellung mit den Auswirkungen von Wirtschaftsblöcken auf die Einzelvölker. Er schreibt: "In diesen meinen Aufgaben war ich präsent bei zahlreichen Meetings und Verhandlungen in den USA, welche die Geburt des IPCC, des späteren Weltklimarates zur Folge hatten. So kam ich dort an, wo im großen Amerika, in den USA, der größten Wirtschaftsmacht der Erde, beschlossen wurde, das allergrößte von Menschenhirn je erdachte Geschäft, das "Geschäft mit der Klimakatastrophe" vorzubereiten."

Diese Kurz-Vita war vorauszuschicken, um zu zeigen, daß Bachmann kein Spinner ist. Und jetzt zitiere ich Hartmut Bachmann im Wortlaut, wie er in den USA das Entstehen der Geschäftsidee Klimaschutzpolitik miterlebt hat (An- und Abführungszeichen lasse ich weg, Schreibfehler habe ich korrigiert). Es stammt aus Bachmanns Brief mit Datum vom 10. März 2012 an Prof. Dr. Jochem Marotzke, der seit 2003 Direktor und Wissenschaftliches Mitglied am Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg ist.***) Beantwortet hat Marotzke den Brief nicht. Hier Bachmanns authentische Darstellung:

US-Senator Al Gore 1986 und ein Gespräch zwischen Rudolf Augstein und Bachmann

Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundes-

staat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.

Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe".

Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete:

Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?"

Augstein: "Aufwecken, munter machen."

Ich: "Und Angst machen".

Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."

Al Gore inszeniert eine Anhörung vor dem US-Kongreß zur Klimasituation

Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordnung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden.

Ablauf: Gore inspirierte James Hansen (JH), Direktor des "Goddard Institute for Space Studies" (GISS) in New York und Freund von ihm, seinen Einfluß als DER Klimaexperte der USA geltend zu machen. Der Plan: Eine Anhörung vor dem Kongreß zur Frage "Hat die Klimasituation Einfluß auf die Entwicklung der USA?" Colorados Senator Tim Wirth (TW), Freund von James Hansen, nimmt die Angelegenheit in die Hand.

Eine heiße Anhörung 1988 mit absichtsvoll ausgeschalteter Klimaanlage

Zur Anhörung vor dem Kongreß in Washington, die mir rechtzeitig annonciert wurde, fliege ich mit einem Freund von Fort Lauderdale am 22. Juni 1988 nach Washington National Airport. Am nächsten Tage soll das "Open Hearing", die Anhörung von Hansen, sein. Das Meeting selbst, vor den Senatoren der USA, ist keine Sensation. Gore und Tim Wirth sind anwesend. Der Sitzungssaal ist stickig und unglaublich warm und keine AC (Air Condition) funktioniert. Es sind die extra ausgesucht heißesten Tage des Jahres.

Entsprechend lethargisch ist die Beteiligung und Befragung von Hansen. Hansen spult seinen Vortrag ab. Wie ich später von meinem Freund T. C. (Chefpilot der Air Force One) erfahre, wurde vor dem Hearing zwischen Al Gore und Tim Wirth vereinbart und angeordnet, alle ACs abzuschalten. Dies, damit die Anwesenden möglichst keinen Appetit auf Sitzungsverlängerung durch unangenehme Fragen entwickeln und Hansen ins Stottern geraten würde.

Die beiden politischen Aufgaben für das spätere IPCC

T. C. und ich, wir flogen am Wochenende nach Nassau zum Motorbootrennen. Dort erfuhr ich von ihm, der vorher Al Gore und James Hansen nach New York zurückflog, über die Hintergründe der "funktionsunfähigen" Lüftungsanlage im Sitzungssaal. Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.

UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefeller und ihrem Intimus und Finanz-Genie Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist, geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben: Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegengeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist.

Passagen im IPCC-Bericht von 1997, die den menschlichen Einfluß auf das Klima verneinen, wurden entfernt

Bert Bolin, ein Vetter von mir, wird 1. Präsident des IPCC. IPCC liefert in unregelmäßigen Abständen seine Weltklimaberichte. Diese setzen sich wiederum aus statistischen Unterlagen zusammen, die von vier internationalen Instituten geliefert werden und mit fabrizierten Temperaturskalen und Zubehör gefüttert sind: dem GISS (J. Hansen), dem CRU (Teil der Universität Ostengland unter Phil Jones) und dem ESSC (Michael E. Mann), Director Earth System Science Center der University of Pennsylvania, sowie einem Wachhund der UNEP und des IPCC für Deutschland, dem in Kassel errichteten Klimainstitut (Center for Environmental Systems Research University of Kassel), mit seinem Chef Prof. Joseph Alcamo, langjähriger Mitarbeiter bei UNEP und IPCC, bester Freund von Maurice Strong und Al Gore.

Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anlässlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu.

Wo man hinfällt: Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht

Da dieser Bericht gefälscht und somit keine Unterschriften hatte, ordnete Alcamo aus Kassel per e-mail an seine Domestiken in Kyoto das Folgende an: "The media is going to say '1.000 scientists signed' or '150 signed'. No one is going to check if it is 600 with PhDs versus 2.000 without. They will mention the prominent ones, but that is a different story. Conclusion "Forget the screening, forget asking them about their last publication (most will ignore you.) Get those names!" So wurden die Unterschriften von 100en von Menschen erbeten und verwendet, die gerade erreichbar waren. Tellerwäscher aus den Nachbarlokalen, Schuhputzer von nebenan etc. Dieses inszenierten Ihre Kollegen, Herr Marotzke.

Publiziert wurde dies natürlich nicht; genau wie das Desaster mit den Entdeckungen der Fälschungen für den Hockeystick, die Dokumentierung des Inhaltes von über 1.000 e-mails des CRU, voll von Klimadatenfälschungen. Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfällt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. Wie sagte Popper vor langer Zeit? "Sei ein Experte in Deinem Fach. Dann werden die anderen Dich schützen. Du mußt sie dann natürlich auch schützen".

Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte

Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtelandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Klever, nicht wahr? Klima - CO2? Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den Euro nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren.

Kein Volk teilt die inszenierte CO2-Angst so wie der deutsche Michel

Jede Menge Energie steht den Winzlingen, den Menschen auf der Erde zur Verfügung. Gerade in Rumänien, im Schwarzen Meer, in Polen im Schiefergebirge, in Mozambique, vor Israel, Vietnam etc. gefunden und annonciert. Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige Solarnutzung? Geld, Geld, Geld. Sir Nicholas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der britischen Königin

geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen Euro Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.

Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO₂-Angst so wie der Michel. Machen Sie weiter mit? Beim Geldscheffeln für den Staat? Mittels CO₂? Für jeden fürs Klima unnötig rausgeschmissenen Euro. 19 % MwSt Nettooooooooo. Auch nach Kenntnisnahme dessen, wie und wozu IPCC geschaffen wurde? Besser wäre es, Sie eiferten Vahrenholt nach.

Wenn der Staat diktiert, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln

Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln. Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigt, der sich auftreiben läßt. Zweitens, weil in einer solchen Situation "zum Geldkassieren" gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten via UNO, UNEP, IPCC, Abkommen von Kyoto überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung."

Hartmut Bachmann 2011 in einem Vortrag

Soweit der Text, den Hartmut Bachmann an Professor Marotzke 2012 schrieb, um ihn darüber aufzuklären, wie es zu der katastrophalen Klimaschutzpolitik gekommen und wie sie inszeniert worden ist. Ich gebe ihn wieder, um auch andere aufzuklären. Im Vortrag vom 8. November 2011 über "Die Geburt der Klimalüge" können Sie Hartmut Bachmann auch direkt erleben (hier). Auf Bachmann und seine Darstellung vom Entstehen der Klimaschutzpolitik als Geschäftsmodell hat im Februar 2019 auch Urs Gassmann auf seiner Blog-Seite hingewiesen (der ganze Beitrag hier) und so begonnen:

Hartmut Bachmann als Insider und Zeuge

"Alle Welt maßt sich an, das Weltklima zu kontrollieren. Bis es soweit gekommen ist, brauchte es dafür eine massive Propaganda, ein sogenanntes Branding, wie sie nur äußerst starken Financiers möglich ist. Ein Augen- und Ohrenzeuge, Hartmut Bachmann, wurde in falscher Einschätzung seiner Persönlichkeit eingeladen zu einer Konferenz, einberufen durch die US-amerikanische Hochfinanz, wo die Resolution getroffen wurde, mit der Erderwärmung ein Geschäft zu machen.

Dem zum Insider gewordenen Bachmann mißfiel diese Absicht, weshalb er sich zur Aufklärung entschloß. Bachmanns Darstellungen sind durchaus plausibel, doch Gehör bei den zuständigen Schaltstellen findet er nicht. Wikipedia reiht ihn sogar in den Dunstkreis der Verschwörer ein, obwohl er nichts anderes tut, als einen Zeugenbericht abzugeben."

Fritz Vahrenholt: Wir haben keinen Klimanotstand

Es gibt nicht viele Mainstream-Medien, die kritische Stimmen mit Argumenten gegen die Klimaschutz-Hysterie zu Wort kommen lassen. Das Hamburger Abendblatt zum Beispiel hat es getan und Fritz Vahrenholt interviewt, veröffentlicht am 7. Oktober 2019. Die Überschrift zu diesem Gespräch lautet "Fritz Vahrenholt: Wir haben keinen Klimanotstand". Sie finden das ganze Interview hier. Zitat Bachmann (Züricher Weltwoche vom 2. Juli 2009): "Der einfache Mensch wird stets die einfache Lüge als Wahrheit akzeptieren, hingegen die komplizierte Wahrheit nicht glauben."

*) Hartmut Bachmann: *Die Reformverhinderer. Parteien- und Beamtendiktatur in Deutschland*. Frieling & Partner GmbH, Berlin 2003. 328 Seiten. ...

***) Buch *Die Lüge von der Klimakatastrophe. Das gigantischste Betrugswerk der Neuzeit. Manipulierte Angst als Mittel zur Macht*. Frieling Verlag, Berlin 2007. 254 Seiten. ... ISBN 978-3-8280-2521-9

***) Der Anlaß für das Schreiben von Hartmut Bachmann Professor Marotzke waren dessen Rezensionen des Bachmann- Buches *Die Lüge von der Klimakatastrophe* und "sogar mit gleichem Text" des Buches *Die kalte Sonne* Fritz Vahrenholt. *Warum die Klimakatastrophe nicht stattfindet*. Hoffmann und Campe, Hamburg 2012. ISBN 978-3-455-50250-3. ...<<
Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 5. Dezember 2021 (x1.078/...): >>Bestialische grüne Ideologie auf dem Klimagipfel COP26

von Frau *Andrea Andromidas* mit einem nachfolgenden Appell von *Prof. Guus Berkhout*
Die Reichsten der Reichen, die Royals und die Billionäre der Wallstreet kamen in 400 Privatjets nach Glasgow geflogen, um beim Klimagipfel zu verlangen, daß fossile Energiequellen zukünftig nicht mehr genutzt werden könnten, weil der Planet das angeblich nicht aushalte.

Aber darum geht es gar nicht, sondern darum, jede weitere Entwicklung so radikal wie möglich zu stoppen. Der Chef des Davos Forums, Klaus Schwab, sagt das in seinem jüngsten Buch "Stakeholder Kapitalismus" ohne Umschweife:

"Die Fähigkeit, die den Menschen dazu verhilft, die Armut zu überwinden und ein besseres Leben zu führen ist gleichzeitig dafür verantwortlich, daß der Planet für zukünftige Generationen zerstört wird. Die Ursachen für den Klimawandel sind nicht nur das Resultat einer selbstsüchtigen Generation von Industriellen und Babyboomern im Westen. Sie sind die Konsequenz des menschlichen Strebens nach einer besseren Zukunft."

Weil sich aber die weit überwiegende Mehrheit der Menschen in Asien, in Afrika und auch anderswo die Zukunft nicht nehmen lassen, erteilten sie den Billionären eine deutliche Absage. Der mit größter Propaganda betriebene Klimagipfel COP26 ist damit gescheitert, was zeigt, daß die bestialische grüne Ideologie so sehr dem Bestreben der Menschen entgegensteht, daß sie trotz aller Anstrengungen der Billionäre besiegt werden kann.

Guus Berkhout, Initiator und Präsident von CLINTEL(Climate Intelligence Foundation) richtete nachfolgend einen Appell nicht nur an die demonstrierenden Kinder in Glasgow, sondern an die Jugend im Allgemeinen.

Botschaft an die Jugend bei COP26: Grüne Weltpolitiker, Politiker und Klimawissenschaftler in Glasgow unterziehen die junge Generation einer Gehirnwäsche mit Klimälügen.

Von *Prof. Dr. Augustinus Berkhout*

Auf der COP26-Konferenz belehren stinkreiche Eliten - die mit ihren 400 Privatjets in Glasgow eintreffen - unsere Jugendlichen, daß ihre Eltern und Großeltern durch ihre technologischen Errungenschaften eine globale Klimakrise verursacht haben. Sie sagen unseren Jugendlichen auch, daß wir alle in eine Katastrophe geraten, wenn dieser verhängnisvolle Trend nicht gestoppt werde. Es sei "fünf Minuten vor zwölf, um den Planeten und die Menschheit zu retten". Netto-Null müsse sofort realisiert werden!

Wie können diese globalen Eliten die Zukunft einer ganzen jungen Generation ruinieren, indem sie sie mit einer solchen Angst machenden Geschichte vergiften und sie anweisen, alles zu zerstören, was ihre Vorfahren aufgebaut haben? Sind diese Eliten moderne Don Quijotes oder sind sie bösertige Idioten?

Das Ergebnis ist, daß wir es mit einer verängstigten jungen Generation zu tun haben, die eine negative Einstellung zu Wissenschaft und Technologie hat und glaubt, "zurück in die Vergangenheit" schaffe eine bessere Welt. Vielen Dank an Joe Biden, Boris Johnson, Ursula von der Leyen, Jeff Bezos, Bill Gates, Mark Carney und all die anderen!

Hier ist meine Botschaft an die gehirngewaschenen Kinder in Glasgow:

Liebe Jugendliche, bitte wacht auf!

1. Bitte verhaltet euch nicht wie Papageien. Seid kritisch gegenüber den vielen falschen Propheten, die versuchen, euch ins Abenteuer zu stürzen und euch gegen den beeindruckenden Fortschritt aufzubringen, den eure Eltern und Großeltern erreicht haben. Denkt daran, daß die Informationen, die diese Propheten euch erzählen, einseitig und irreführend sind.

2. Vertieft euer Wissen über die Fakten unseres Klimas. Dabei werdet ihr feststellen, daß es keine Beweise gibt, die auf eine Klimakrise hindeuten. Ja, es gibt einen Klimawandel, und das seit allen Zeiten. Aber keine Sorge, die derzeitige globale Erwärmung ist milde (nur ca. 0,14 ° C pro Jahrzehnt) und sie hat bereits viele, viele positive Beiträge zur Lebensqualität geleistet.
 3. Wußtet ihr, daß der Unterschied zwischen der durchschnittlichen Jahrestemperatur im kalten Finnland und im warmen Singapur mehr als 20 ° C beträgt? Die Menschheit ist sehr geschickt darin, sich an sehr unterschiedliche Klimazonen anzupassen! Die derzeitige globale Erwärmung von 0,14 ° C pro Jahrzehnt zur Katastrophe zu erklären, ist völlig unverhältnismäßig. Denkt darüber nach, wenn ihr protestiert.
 4. Haben euch eure Lehrer jemals gesagt, daß CO₂ ein Segen für alles ist, was auf unserem Planeten lebt? CO₂ ist keine Umweltverschmutzung, sondern das Molekül des Lebens, das den Pflanzen als Nahrung dient. Ohne Pflanzen gäbe es nur sehr wenig tierisches Leben und überhaupt kein menschliches Leben. Denkt auch darüber nach, wenn ihr protestiert.
 5. Verwechselt nicht den Klimawandel mit Umweltverschmutzung! Es handelt sich um zwei völlig unterschiedliche Phänomene. Der Klimawandel wird größtenteils durch die Urkräfte der Natur verursacht, und die Umweltverschmutzung wird größtenteils durch das menschliche Verhalten verursacht. Der Klimawandel erfordert kluge Anpassungsmaßnahmen, während die Umweltverschmutzung kluge, saubere Produktionstechnologien erfordert.
 6. Bitte vergeudet euer Leben nicht damit, ein Problem zu lösen, das es gar nicht gibt. Steckt statt dessen all eure Talente und Energie in die Entwicklung einer produktiven, nachhaltigen Wirtschaft. Nur dann können wir genügend finanzielle Mittel erwirtschaften, um den Lebensstandard über die Grundbedürfnisse hinaus zu erhöhen. Wenn wir in die unproduktive Vergangenheit zurückkehren und uns selbst arm machen, haben wir keine Kontrolle mehr über unsere Zukunft!
 7. Die Geschichte zeigt, daß das Leben auf dem Planeten Erde stets Anpassungen erfordert. Wenn wir Wissenschaft und Technologie weiter vorantreiben, schaffen wir neue Möglichkeiten, uns an den Klimawandel anzupassen, unsere natürliche Umwelt zu schützen, das Universum zu erobern und uns umeinander zu kümmern. Das ist die Formel für die Schaffung einer besseren Welt. COP26 ist ein Fehlschlag geworden, denn Erneuerbare Energien sind ein großer Fehler; sie sind teuer und unzuverlässig. Die Energiezukunft ist eine Kombination aus Gas und Kernenergie.
- Und schließlich, liebe junge Leute, für alle, die von der Angst vor der Zukunft vergiftet wurden: Vergeßt die dubiosen Untergangsprediger auf der COP26; sie ruinieren eure Zukunft, indem sie alles zerstören, was eure Eltern und Großeltern aufgebaut haben. Schaut nicht auf die fehlerhaften Klimamodelle, sondern auf die Fakten! Ich glaube an eure Fähigkeit, eine bessere Welt zu schaffen. Betrachtet die sieben Herausforderungen in meiner Botschaft als eure Lebensaufgabe.

Anmerkung EIKE-Redaktion: Augustinus Berkhout ist Professor emeritiert für Geophysik an der Technischen Universität Delft, Mitglied der Königlich-Niederländischen Akademie der Künste und Wissenschaften sowie Initiator und Mitbegründer von CLINTEL (Climate Intelligence).<<

4. Wieso setzt Japan trotz Fukushima weiterhin auf die Nutzung der Kernenergie?

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (12/2011) berichtet am 21. März 2011: >>**ENERGIE außer Kontrolle**

Unter dem Eindruck der Nuklearkatastrophe in Japan versucht die Kanzlerin eine 180-Grad-Wende in der Atompolitik: Die Regierung will schneller aus der Kerntechnik aussteigen als einst Rot-Grün und die erneuerbaren Energien beschleunigt ausbauen. Ist Merkels neuer Kurs glaubwürdig?

Es ist der übliche Empfang, den die Anti-Atom-Bewegung der Kanzlerin bereitet. "Abschalten", rufen die Demonstranten, als Angela Merkel am vergangenen Mittwoch im badischen Offenburg aus ihrem Dienstwagen steigt.

Keine zwei Wochen sind es mehr bis zur wichtigen Landtagswahl in Baden-Württemberg. In Japan steht ein Kernkraftwerk am Rande des Super-GAUs, und in der badischen Provinz richtet sich der Zorn der Ausstiegsaktivisten gegen eine Kanzlerin, die sie für eine willige Gehilfin der Reaktorindustrie halten. Trillerpfeifen schrillen, Anti-Atom-Plakate werden in die Luft gereckt, Buhrufe sind zu hören. Lautstark ist die Begrüßung, und wenn es nach den Demonstranten geht, soll das für den Rest des Abends so bleiben.

Es kommt anders.

Als die Protestler im Saal ihre Fahnen entrollen, präsentiert sich ihnen eine CDU-Chefin, die sie noch nicht kennen. Aus Merkel, der Kernenergie-Befürworterin, ist Merkel, die Ausstiegskanzlerin geworden. Die "besorgniserregenden Ereignisse" hätten "manches verändert", sagt sie. Sie spricht von der Kernkraft als "Brückentechnologie", von "Vorsorge" und vom "Zeitalter der erneuerbaren Energien". Die Schmährufe werden spärlicher, und dann sagt Merkel einen Satz, der den Saal endgültig zum Schweigen bringt. "Rot-Grün wollte einen Ausstieg bis 2020", ruft sie. "Wenn wir das Ziel schneller erreichen können, um so besser."

Die Republik erlebt eine atemberaubende politische Kehrtwende. Keine sechs Monate ist es her, daß die schwarz-gelbe Koalition die Laufzeiten der deutschen Kernreaktoren um bis zu 14 Jahre verlängert hat. Von einer "Revolution" sprach damals die Kanzlerin, und ihr Stellvertreter Guido Westerwelle lobte: Eine verantwortungsvolle Politik könne "nicht auf Kernkraft verzichten".

Jetzt will Merkel noch schneller aus der Risikotechnologie aussteigen als selbst ihre rot-grünen Amtsvorgänger. Offiziell sollen die sieben ältesten deutschen Atommeiler lediglich für eine dreimonatige Überprüfung abgeknipst werden. Doch intern ist längst klar, daß mindestens drei Reaktoren endgültig vom Netz müssen.

Es ist, als würde der Papst plötzlich für den Verkauf von Antibabypillen werben. Einst waren die Spitzen der schwarz-gelben Koalition angetreten, das Atomzeitalter zu verlängern. Jetzt liefern sie sich einen bizarren Wettlauf, wer am schnellsten sein Ende einläutet.

Noch ist ungewiß, wie das Reaktordrama im japanischen Fukushima ausgeht. Sicher ist dagegen, daß es die politische Landschaft in Deutschland verändern wird. Die Grünen wollen mit dem Rückenwind der neu aufgeflamnten Atomdebatte die SPD als Führungskraft im linken Lager ablösen, vielleicht schon am nächsten Sonntag in Baden-Württemberg. Umweltminister Norbert Röttgen, dem der Verlängerungsbeschluß die schlimmste Niederlage seiner Amtszeit beschert hatte, darf auf einen Wiederaufstieg als Merkels oberster Abschaltstrategie hoffen. Und die Union gibt eines ihrer letzten verbliebenen politischen Alleinstellungsmerkmale auf. Deutschland, einig Ausstiegsland.

Es ist ein riskantes Spiel, das Merkel begonnen hat, und derzeit spricht wenig dafür, daß sie am Ende als Gewinnerin den Platz verläßt. Zu abrupt ist der Schwenk, zu schlecht ist er vorbereitet. In den eigenen Reihen fürchten viele, daß Merkels sogenanntes "Moratorium" juristisch schwach unterfüttert ist, und sie sorgen sich um die Glaubwürdigkeit des bürgerlichen Lagers. Kann sich eine Partei, die Kernkraft noch vor kurzem als "Ökoenergie" gefeiert hat, glaubwürdig an die Spitze der Anti-Atom-Bewegung stellen?

Wahrscheinlich nicht, so zeigen erste Umfragen. Fast 70 Prozent der Deutschen halten Merkels Kurswechsel für ein Wahlkampfmanöver, und in Baden-Württemberg könnte der Fukushima-Schock Schwarz-Gelb die Mehrheit kosten. Eine Woche vor der Wahl, so ermittelte Infratest dimap, verlor die CDU drei Prozentpunkte an die Grünen.

Das Mißtrauen ist groß, aber Merkel sieht keine Alternative. Daß in einem Hochtechnologie-Land wie Japan eine Reaktorkatastrophe dieses Ausmaßes möglich ist, sieht sie als "Ein-

schnitt für die ganze Welt". Weiter so? Unmöglich. Und so löst Merkel unter dem Eindruck der Schreckensbilder aus Fukushima eine politische Kettenreaktion aus, von der sich noch nicht sagen läßt, ob sie unter Kontrolle bleibt. ...

Ein Moratorium wird verkündet

Den Sonntag verbringt Merkel zu Hause, sie guckt fern, scannt das Internet, telefoniert viel. Als Merkel am frühen Abend dem ARD-Journalisten Ulrich Deppendorf Rede und Antwort steht, ist sie noch ganz auf alter Linie. "Ich kann heute nicht erkennen, daß unsere Kernkraftwerke nicht sicher sind, sonst müßte ich ja mit meinem Amtseid sie sofort abschalten", sagt Merkel.

Wenig später gilt diese Linie nicht mehr. Gegen 21 Uhr versammelt sich die Koalitionsrunde im Kanzleramt. Die Teilnehmer entscheiden, die Laufzeitverlängerung auszusetzen. Bis Dienstag soll die Moratoriumsidee jedoch geheim bleiben. Dann will Merkel ihre Ministerpräsidenten davon überzeugen. Ein Kabinettsmitglied der Union wird diesen Beschluß später als "politische Panikreaktion" bezeichnen.

Während in Japan die Lage am Atomkraftwerk Fukushima weiter eskaliert, tritt am Montagmorgen das CDU-Präsidium zusammen. Umweltminister Röttgen kommt gleich zur Sache und wiederholt seine alte Forderung nach einem schnellen Ausstieg aus der Atomkraft. Er warnt vor einem "Tsunami", der die Union einzuholen drohe, falls sie jetzt kein klares Signal setze. Merkel widerspricht, auch Fraktionschef Volker Kauder und Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier sind anderer Auffassung. ...

Merkel nimmt Kontakt zu einigen Chefs der großen Stromkonzerne auf und fragt, ob sie vielleicht bereit seien, jeweils auf einen Meiler zu verzichten, zumindest vorübergehend. Das wären dann vier oder fünf, die zunächst stillgelegt würden. Die Antworten sind ausweichend.

Als die Kanzlerin am Dienstagvormittag in Berlin mit den Ministerpräsidenten jener Länder zusammentrifft, in denen Atomkraftwerke stehen, entwickelt sich eine eigenwillige Dynamik. Plötzlich wollen alle ihre alten Meiler loswerden. Zunächst möchte der Baden-Württemberger Mappus Neckarwestheim 1 dichtmachen. Als Nächstes regt der Bayer Seehofer die Stilllegung seines Kraftwerks Isar 1 an. Dann sieht sich auch der Hesse Bouffier genötigt, sich von Biblis A zu trennen. So werden aus der eigentlich geplanten Stilllegung von vier oder fünf Kraftwerken plötzlich sieben.

Auf der anschließenden Pressekonferenz sagt Merkel, die Regierung wolle die "Energiewende beschleunigen". Es soll wie ein durchdachter Plan klingen, wie kontinuierliche Politik. In Wahrheit ist es eine Notgeburt, hastig entworfen, undurchdacht, ohne Konzept.

Das soll nun Umweltminister Norbert Röttgen liefern, der eigentliche Wende-Gewinner. Im vergangenen September war er beim entscheidenden Atomgipfel im Kanzleramt mit seiner Linie noch krachend gescheitert. Er wollte den Konzernen damals höchstens sechs Jahre zusätzliche Laufzeit zugestehen und alle Meiler gegen Flugzeugabstürze sichern lassen. Ein solcher Schutz sei zu teuer, hielten ihm Kanzlerin und Konzerne entgegen. Am Ende stand eine Laufzeitverlängerung um durchschnittlich zwölf Jahre.

Nach Fukushima läßt der Umweltminister jeden spüren, wie falsch das damals war. "Für ihn steht das jetzt unter der Überschrift Rückspiel", sagt ein Teilnehmer der Runde.

Kaum war die Sitzung vorüber, rief Röttgen in seinem Ministerium am Alexanderplatz zwei Arbeitsgruppen zusammen: Ein Team um Staatssekretär Jürgen Becker kümmert sich um den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien. Die andere Gruppe, unter Leitung des Abteilungsleiters Reaktorsicherheit, Gerald Hennenhöfer, arbeitet am beschleunigten Atomausstieg. Statt Kungelrunden mit Konzernen will Röttgen einen gesellschaftlichen Konsensprozeß initiieren, an dem Gewerkschaften, Kirchen und Umweltverbände beteiligt sein sollen. Der Minister will das Atomgesetz ändern, um ein schnelles Abschalten zu verankern.

Der zweite Ausstieg

Mehrere der älteren Reaktoren, die entweder bereits stillstehen oder in den kommenden drei Monaten zu Prüfzwecken stillgelegt werden, sollen nach seinem Willen dauerhaft vom Netz. Die verbleibenden Meiler sollen dann bis Anfang der zwanziger Jahre stillgelegt werden. Röttgen will auch zahlreiche "Nachrüstmaßnahmen" für die deutschen Atommeiler vorschreiben, wie aus einem Papier seines Ressorts hervorgeht: verbunkerte Notsteuerstellen, neue Kühlsysteme, besserer Schutz vor Wasserstoffexplosionen - lauter Maßnahmen, mit denen die Sicherheit der Reaktoren verbessert werden soll.

Zur Debatte stehen Milliardeninvestitionen, die Kernkraft in Deutschland sofort unrentabel machen würden. "Es gibt historische Momente, die man ergreifen muß, wenn man etwas will", heißt es in seinem Hause. Von einem "Todesstoß" sprechen Vertreter der Atombranche. Zugleich will Röttgen am kommenden Dienstag einen Plan vorlegen, wie Atomstrom rasch von Ökostrom verdrängt werden kann.

Das Konzept könnte zum tiefsten Eingriff in den Energiemarkt seit Jahrzehnten werden. Röttgens Ministeriale bereiten ein Anreizprogramm für neue Stromleitungen vor, sie wollen mehr Bundesgelder zur energetischen Gebäudesanierung bereitstellen, Investitionen in Stromspeicher fördern und Vorfahrtsregeln für neue Energie-Investitionen erlassen. Unter anderem sollen die Klagemöglichkeit gegen Stromtrassen eingeschränkt und der Bau unterirdischer Kohlendioxidspeicher erleichtert werden.

Die Botschaft ist unmißverständlich: Ab sofort wetteifert das Kabinett Merkel mit Rot-Grün darum, wer der effizientere Atomausstieger ist. In so eine scharfe Kurve hat sich in der Energiepolitik noch keine Regierung zuvor begeben.

Die Eile führt zu handwerklichen Fehlern. Zuerst sagte Kanzlerin Merkel, das Atomgesetz werde ausgesetzt. Dann fiel ihr auf, daß nur das Parlament dazu befugt ist. Zuerst dachte die Regierung, das Moratorium werde kein Geld kosten. Dann rechneten Juristen vor, daß Schadensersatz fällig werden könnte, wenn Konzerne gegen die Anweisung klagen.

Die große Schwachstelle ist der Paragraph, den Röttgens Atomstrategen zum Ausgangspunkt des neuen Kurses gemacht haben. Kernkraftwerke können laut Paragraph 19 des Atomgesetzes ganz oder zeitweilig vom Staat stillgelegt werden, wenn "Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgüter" bestehen.

Doch ist das so? Schließlich hat die Koalition denselben Anlagen noch kürzlich attestiert, sicher zu sein. Selbst im Bundesumweltministerium gibt es Zweifel. "Da legen wir das Atomgesetz sehr weitgehend aus", heißt es intern.

Nun wächst die Sorge, daß die Stromindustrie auf eine finanzielle Kompensation drängen könnte. Der Stillstand der Meiler kostet die Branche rund 500 Millionen Euro. ...

Zahlen müßte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), dem ein beschleunigter Ausstieg ohnehin Einbußen bescheren würde. Wenn Reaktoren dauerhaft abgeschaltet werden, könnten die Einnahmen aus der Brennelementesteuer künftig um etwa ein Fünftel zurückgehen, schätzen CDU-Finanzpolitiker.

Und ausgerechnet das Programm zur CO₂-Gebäudesanierung könnte auf der Kippe stehen. 500 Millionen Euro, gut die Hälfte des Budgets in diesem Jahr, stammen aus dem Sonderfonds Energie, den die Konzerne speisen. Kein Wunder, daß in der Unionsfraktion Kritik laut wird. Ihr Chef, Volker Kauder, beruhigt seine Truppen mit der Prognose, daß in drei Monaten schon wieder alles anders sein könnte. "Ich lehne es ab, daß wir zum Start des Moratoriums schon wissen, was rauskommt", sagt er. Und der frühere CSU-Parteichef Erwin Huber warnt: "Die Union darf nicht so tun, als wäre die Energiepolitik, die sie seit Jahrzehnten vertreten hat, plötzlich alter Käse."

Noch hitziger ist vergangenen Dienstag die Stimmung in der FDP-Fraktion. Die Kanzlerin ist da, sie stellt das neue Konzept für die Euro-Rettung vor, doch die Atomdebatte dominiert.

Schon wieder, so empfinden es viele Abgeordnete, wird die Fraktion von der Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt. Das sofortige Abschalten der sieben Meiler sei "ohne ein gesamtwirtschaftliches Konzept nicht zu machen", sagt der Berliner Abgeordnete Martin Lindner. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle läßt durchblicken, daß er die Vorbehalte teilt. Es sei typisch für die Deutschen, daß sie jetzt so "hysterisch" reagierten, sagt Brüderle. Keine Nation habe so hektisch Beschlüsse gefaßt wie Deutschland.

Andere frühere Atomkämpfer machen dagegen ihren Frieden mit der neuen Lage. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Georg Nüßlein, hat das Kernkraftwerk Gundremmingen im Wahlkreis stehen. Er hat es immer verteidigt. Nun sagt er: "Wenn dein Pferd tot ist, dann steig ab." Es gebe zwar noch ein paar Kollegen, die auf dem toten Gaul weiterreiten wollten. "Jetzt geht es aber um die Frage, wann und wie die Beerdigung stattfindet."

Die Meinungen in der Koalition gehen weit auseinander. Wie daraus ein konsistenter Kurs werden soll, weiß auch die Kanzlerin nicht. Das Risiko besteht, daß sich ihre Wende als Schnellschuß erweist: juristisch, finanziell und politisch.

Rot-grüne Spannungen

Der Atomausstieg war nie ein Anliegen von Unionspolitikern, er war das identitätsstiftende Projekt der ersten rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder. Bis heute feiern es Sozialdemokraten wie Öko-Aktivisten als einen ihrer größten Erfolge, den mächtigen Stromkonzernen ein Enddatum für die Kernenergie abgetrotzt zu haben.

Verständlich, daß die beiden Parteien nun daran anknüpfen wollen. Am 27. März, das ist die Botschaft ihrer Parteiführungen, wird in Baden-Württemberg nicht mehr nur über eine neue Landesregierung abgestimmt, sondern über die Energiewende in Deutschland. Über die Rückkehr zum Atomausstieg.

Um zu gewinnen, müssen Rote und Grüne vor allem bürgerliche Wähler gewinnen. Und die, so lautet die Analyse in den Parteizentralen von SPD und Öko-Partei, schätzen es nicht, wenn Politiker allzu rechthaberisch auftreten, schon gar nicht im Angesicht einer Jahrhundertkatastrophe. Deshalb lautet die neue rot-grüne Parole: nur nicht übertouren.

Die Grünen bemühten sich vorige Woche besonders darum, bloß nicht zu viel Triumph zu zeigen. Fraktionschef Jürgen Trittin gab sich im Bundestag betont staatsmännisch und sagte, auch für die Grünen werde es wegen der vielen neuen Stromleitungen, die nötig sind, "unbequem" werden. Man wolle sich als "Stimme der Vernunft" präsentieren, so die interne Ansaage. Die Umfragen verzeichneten nach längerer Flaute wieder einen steigenden Zuspruch für die alte Anti-Atom-Partei. Der Grünen-Führung war das Beleg dafür, daß die Kraft in diesen Tagen vor allem in der Ruhe lag.

Das sollte auch der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Hans Christian Markert erleben. Der umweltpolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion mailte vorigen Donnerstag einen Neun-Punkte-Plan zum beschleunigten Ausstieg aus der Atomwirtschaft nach Berlin, der radikaler war als das rot-grüne Vorläuferkonzept.

Dem Bundesvorstand ging das entschieden zu weit. Dessen Antrag für den kleinen Parteitag am Wochenende in Mainz blieb wesentlich vager. Danach wollen die Grünen den Ausstieg zwar bis 2017, aber sie "streben" ihn lediglich an - wenn bis dahin genügend Alternativenergien zur Verfügung stehen.

Die SPD kann sich über die neue politische Großwetterlage ebenfalls nicht ungetrübt freuen. Die Genossen plagt eine begründete Angst: Im Zweifel wählen die Leute das Original, und das sind in diesem Fall die Grünen. Um so lauter muß die SPD klappern. "Die Bundesregierung hat mutwillig den Energiekonsens zerstört, den SPD und Grüne in Deutschland hergestellt hatten", sagt Thüringens SPD-Wirtschaftsminister Matthias Machnig. "Die Regierung ist gut beraten, zu diesem Energiekonsens zurückzukehren, damit spätestens 2021 das letzte

Atomkraftwerk vom Netz geht."

So könnte die lautstarke Atomdebatte der vergangenen Woche paradoxerweise zu einem neuen politischen Konsens im Lande führen, mit dem rot-grünen Ausstiegsgesetz als Kompromißlinie. Die Angst vor dem Atom könnte zudem den Weg bahnen in eine grünere Energiezukunft, mit mehr Windrädern, neuen Elektrizitätsnetzen, aber auch höheren Strompreisen.

Noch ist nicht sicher, ob die Bundesbürger bereit sind, die Konsequenzen eines beschleunigten Atomausstiegs zu tragen. Höchst wahrscheinlich ist dagegen, daß es viele Europäer nicht sind.

Als die Kanzlerin vergangene Woche forderte, das Thema Atomkraft auf die Tagesordnung des europäischen Gipfels diese Woche in Brüssel zu setzen, meldeten die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens Vorbehalte an. "Frankreich unterstrich die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zur Wahl des Energiemix", heißt es in einem Drahtbericht der Ständigen Vertretung Deutschlands in Brüssel. Noch größer war der Widerstand der Briten, wie aus der Depesche hervorgeht: "Großbritannien", heißt es in dem Bericht, warne "vor übereiltem Aktionismus".<<

Das Internetportal "heise online" berichtete am 9. März 2017 (x1.068/...): >>**Fukushima sechs Jahre nach dem AKW-Gau: "Die Regierung verrät die Opfer"**

Vor 6 Jahren verursachten Erdbeben und Tsunami einen Gau im Atomkraftwerk Fukushima. Noch immer weiß niemand, wo genau sich der geschmolzene Brennstoff befindet. Trotzdem drängt der Staat immer mehr Anwohner zur Rückkehr. Kritiker warnen vor Risiken.

Von *Lars Nicolaysen*

Die Kirschbäume haben sie stehen lassen. Als Japaner hänge man an ihnen, erzählt ein Mitarbeiter des japanischen Atomkonzerns Tepco lächelnd. Etwas bizarr ist dieser Hinweis auf die Bäume, während im Hintergrund die havarierten Reaktoren der Atomruine Fukushima Daiichi in den Himmel ragen.

Sechs Jahre sind vergangen, seit an jenem 11. März 2011 ein schweres Erdbeben und ein gewaltiger Tsunami den Nordosten des Inselreiches heimsuchten. 18.500 Menschen starben damals in den Fluten. Zum Sinnbild der Katastrophe aber wurde der Gau im Atomkraftwerk Fukushima, auch wenn dadurch niemand direkt ums Leben kam. Noch heute lassen grotesk verbogene Stahlstreben und geborstene Betonplatten das Chaos erahnen, das hier damals herrschte.

Und doch hat sich in den vergangenen Jahren einiges hier getan. In erstaunlich großen Gebieten der Anlage brauchen die täglich 6.000 hier arbeitenden Männer laut Tepco keine aufwendigen Schutzanzüge mit Vollgesichtsmaske mehr zu tragen, da die Strahlenwerte deutlich gesunken seien. Die Lage sei "stabil", wie es Manager Shunji Uchida ausdrückt. Doch die größten Herausforderungen stehen noch bevor.

Rund 1.500 abgebrannte Brennstäbe liegen noch in den zerstörten Reaktoren 1, 2 und 3. Nächstes Jahr will Tepco mit der Bergung im Reaktor 3 beginnen. Bis 2022 sollen dann alle Brennstäbe aus den Meilern entfernt und an einem sichereren Ort gelagert werden.

Geschmolzene Brennstäbe

Noch immer weiß niemand genau, wo sich der geschmolzene Brennstoff befindet. Ein kürzlich in den Reaktor 2 geschickter skorpionförmige Roboter drang wegen Trümmern nicht so nahe zum Kern vor wie erhofft. Wegen der extremen Strahlung von bis zu 650 Sievert pro Stunde, bei der ein Mensch innerhalb weniger Minuten sterben würde, ging er kaputt.

Tepco muß wissen, wo sich der Brennstoff in jedem der drei Reaktoren befindet, um herauszufinden, was die beste und sicherste Methode ist, ihn herauszuholen. Obwohl der Roboter-einsatz bislang nicht den erhofften Erfolg brachte, halten Tepco und die Regierung an ihrem Plan fest, in diesem Sommer die grundsätzliche Vorgehensweise zum Herausholen des Brennstoffs festzulegen und dann 2021 anzufangen.

Rückkehr

Doch trotz dieser und anderer großer Probleme wie der Entsorgung der riesigen Mengen an verstrahltem Wasser sollen nach dem Willen der Regierung die früheren Bewohner einiger umliegender Gebiete zurückkehren. Durch die großflächigen Dekontaminierungsarbeiten der vergangenen Jahre sei es angeblich wieder sicher, dort zu leben.

Der Staat und Tepco wollten auf diese Weise die hohen Entschädigungen an die Betroffenen einsparen, beklagen Kritiker. "Die japanische Regierung verrät die Opfer der Katastrophe und stellt Konzerninteressen über das Wohl der Menschen", beklagt Susanne Neubronner, Atomexpertin bei der Umweltschutzorganisation Greenpeace.

Weiter hohe Strahlenbelastung

So ist laut Greenpeace die von ihr in umliegenden Wäldern der Gemeinde Iitate gemessene Strahlung vergleichbar mit dem derzeitigen Strahlenniveau innerhalb der 30-Kilometer-Sperrzone von Tschernobyl. Trotzdem solle die Evakuierungsverfügung für einen Großteil von Iitate zum 31. März aufgehoben werden. Ein Jahr später fallen die Kompensationszahlungen für die ehemals 6.000 Bewohner weg. Zuvor war auch schon die Sperrung anderer Gemeinden aufgehoben worden.

Noch in diesem Monat wird zudem denjenigen, die "freiwillig" aus Gebieten flohen, die nicht zur Evakuierungszone erklärt worden waren, die Wohnzuschüsse gestrichen. Das trifft vor allem viele Frauen mit Kindern. Sie seien "Opfer der staatlichen Atompolitik", beklagt eine der betroffenen Mütter. Sie hätten auch angesichts von Berichten über zunehmende Fälle von Schilddrüsenkrebs unter Kindern weiterhin Angst.

Bislang sind denn auch nur wenige frühere Anwohner bereit, der Aufforderung des Staates zu folgen. Gerade mal gut zehn Prozent der wegen des Gaus evakuierten Menschen aus fünf Gemeinden der Präfektur Fukushima sind inzwischen in ihre früheren Häuser zurückgekehrt.<<

[Das Europäische Institut für Klima & Energie \(EIKE\) berichtete am 13. März 2019 \(x1.082/...\): >>>Der ausgeblieben Weltuntergang - was ist eigentlich in Fukushima los?](#)

Kernenergie trotz Tschernobyl und Fukushima?

Fast 100 Kernkraftwerke auf der ganzen Welt hatte ich schon gesehen. Ich war auch in Japan - allerdings war Fukushima noch nicht dabei. Meine Organisation hatte sich als zahnloser Tiger entpuppt und auf der ganzen Linie versagt. Ich wäre am liebsten vor Scham in den Boden versunken. Noch am gleichen Abend meldete ich mich freiwillig, um in Fukushima den Kollegen zu helfen. Ich war nicht der Einzige - hunderte Ingenieure der Nuklearindustrie taten das.

Die Erdachse wurde verschoben

Am 11. März 2011 um 14:46 Uhr Ortszeit traf Japan ein schweres Erdbeben. Die Pazifische Platte schob sich ruckartig fünf Meter auf die Nordamerikanische Platte. Die Erdkruste riß auf einer Länge von 400 Km bis in eine Tiefe von 60 km auf. Das Tohoku-Erdbeben vor der Küste von Fukushima wurde mit 9,1 auf der Richterskala bewertet. Die freigesetzte Energie des Bebens war äquivalent der Energie von 780 Millionen Hiroshima-Bomben.

Das Erdbeben war so schwer, daß sich die Erdachse um 16 cm verschob - seither dreht sich die Erde etwas schneller, die Tageslänge verkürzte sich um 1,8 Mikrosekunden. 400.000 Gebäude stürzten ein. Alle Kernkraftwerke Japans schalteten sich bei dem Beben automatisch ab und gingen in den Notkühlbetrieb über. Das Stromnetz in großen Landesteilen wurde erheblich beschädigt.

Als Folge des Bebens verwüstete ein gigantischer Tsunami die Küstenregion von Fukushima. 22.000 Opfer waren zu beklagen. Das Kernkraftwerk Fukushima mit seinen sechs Reaktorblöcken wurde von einer Wasserwelle von 14 Metern Höhe getroffen und vier tiefer gelegenen Reaktorblöcke wurden überschwemmt und völlig verwüstet. Mit dem kleinen Finger ihrer linken Hand drückte die Flutwelle die eisernen Maschinenhaustore der Reaktorblöcke auf und

verwandelte die Turbinen-Gebäude in U-Boote, in denen das Wasser fünf Meter hoch stand. Dort befanden sich aber auch die Notstromdiesel, deren Funktion für diese Anlagen jetzt überlebenswichtig war.

Die umfangreichen Sicherheitseinrichtungen des Kraftwerkes mußten ohne Notstromversorgung versagen und die Reaktorkerne überhitzten sich bis zur Teilschmelze. Das nennt der Fachmann GAU - Größter Anzunehmender Unfall. Durch eine Hitze-Reaktion des Zirkoniums der Brennelemente mit dem Wasserdampf entstanden große Mengen an Wasserstoff, der in Verbindung mit Luftsauerstoff als Knallgas gerne explodiert.

Japans Sicherheitskultur versagte

Zweifelsfrei hatte hier die Unfallvorsorge des Energieversorgers TEPCO (Tokyo Electric Power Company) versagt. Die Welt verstand Japan stets als ein Hochtechnologie-Land und lernte nun: "Hochtechnologieland" bedeutet nicht unbedingt "Hochsicherheitsland". Es war Japans Sicherheitskultur, die versagt hatte.

Die Bilder der Wasserstoffexplosionen in Fukushima wurden weltweit als explodierende Reaktoren wahrgenommen. Als wäre eine solche Katastrophe nicht genug, wurde der GAU in Fukushima mittels dieser Bilder von den deutschen Medien im Einklang mit der Politik regelrecht orchestriert und in einen Super-GAU erhöht. Einen Supergau gibt es sprachlich gar nicht, da GAU schon "Größter Anzunehmender Unfall" heißt.

Eine ungeheuerliche Medienkampagne brach in Deutschland los und spülte ganz nebenbei in Baden-Württemberg einen grünen Ministerpräsidenten an die Macht. Der ARD-Korrespondent Robert Hetkämper relatierte damals darüber, daß in Fukushima Obdachlose und Jugendliche in einem Kamikaze-Einsatz verheizt würden.

Eine heute amtierende Bundestagspräsidentin widmete kurzerhand die Tsunamiopfer zu Strahlenopfern um. Nichts davon stimmte. Es gab keine Strahlenopfer in Fukushima. Die sieben Todesopfer im Werk fielen dem Erdbeben - ein Kranführer stürzte von seinem Kran ab - oder dem Tsunami zum Opfer - sie ertranken in den Fluten.

Die Angst der deutschen Politik vor dem Zeitgeist

Was ist aus den Weltuntergangs-Szenarien geworden, die von den Medien angeheizt, Panik über den Erdball verbreiteten? Nichts, rein gar nichts - außer, daß der Tsunami in Fukushima in Deutschland mehr Kernreaktoren zerstört hat, als im fernen Japan. Ließ doch die deutsche Kanzlerin auf der Tsunamiwelle reitend für ein paar Wählerstimmen einen ganzen Industriezweig gesetzwidrig enteignen, indem die gültigen Betriebsgenehmigungen deutscher Kernkraftwerke eingezogen wurden. Acht Blöcke wurden sofort abgeschaltet, die restlichen werden bis 2022 außer Betrieb genommen - aus Angst vor einem Tsunami in der deutschen Tiefenebene?

Nein, aus Angst vor dem Zeitgeist. Genützt hat es der CDU nichts. Die Wahl in Baden-Württemberg hat sie damals trotzdem nicht gewonnen. Und den deutschen Steuerzahler hat die Kanzlerinnenpanik viele Milliarden gekostet, Milliarden, die anderswo dringend gebraucht wurden. Deutschland hat sich durch den Abschied von der Kernenergie meilenweit vom Erreichen seiner selbstgesetzten Klimaziele entfernt. Lernen aus Fehlern?

Das muß in Deutschland nicht sein. Jetzt wird - genau mit der gleichen Panikmache - ein weiterer Ast abgesägt, auf dem der deutsche Wohlstand sitzt. Die Gretaisierung der deutschen Politik schreitet auch heute noch unaufhaltsam und majestätisch wie eine Tsunamiwelle voran. Und genau so verheerend wie ein Tsunami wird auch die Wirkung sein. Aber ach - das sagend fühle ich mich wie Cassandra- die der Legende nach begabt war, die Zukunft vorherzusagen und dazu verdammt war, daß ihr niemand Glauben schenkte.

Was wurde aus der Zone der Evakuierung?

Unmittelbar nach dem GAU wurde eine 20 km-Zone um das havarierte Kraftwerk von der japanischen Regierung evakuiert. Ob dies notwendig und besser für die Betroffenen war, dar-

über läßt sich unter Strahlenschutzgesichtspunkten trefflich streiten. Ich glaube, es war eher kontraproduktiv. In den letzten Jahren wurde die Evakuierungszone aufwendig dekontaminiert, ein Vorgang, den man sich in Deutschland nicht vorstellen mag. 15,2 Millionen Kubikmeter "kontaminiertes Erdreich" wurden in der Präfektur Fukushima abgetragen und in 150.000 speziellen Lagerstätten verstaut.

Die Strahlenbelastung in Fukushima Stadt ging von 2,74 Mikrosievert nach dem Unfall auf heute normale Werte von 0,14 Mikrosievert zurück. Ich bin kein Strahlenschutzexperte. Deshalb ein paar etwas laienhafte Erklärungen dazu. (Zum einfacheren Vergleichen gebe ich die Werte in Mikrosievert pro Stunde ($\mu\text{Sv/h}$) und gerundete Zahlen an. In einigen gesperrten Teilen der Evakuierungszone sind die Werte deutlich höher).

Die Luftstrahlung an der Meßstation Odaka - 15 km vom Kernkraftwerk Fukushima Daiichi entfernt und typisch für die wieder zum Heimkehren freigegebenen Bereiche - beträgt 0,14 $\mu\text{Sv/h}$. Das liegt leicht über dem normalen Strahlungsniveau von z.B. New York, ist aber etwas niedriger als in Rom und deutlich niedriger, als in einigen Gebirgsregionen Deutschlands. Eine der höchsten natürlichen Strahlenbelastungen weltweit findet sich im iranischen Ramsar mit Spitzenwerten der effektiven Dosis von 14 $\mu\text{Sv/h}$.

Zum weiteren Verständnis: 5-10 μSv werden für einmaliges Zahnröntgen appliziert und mehr als 50 μSv für einen einfachen Flug von Tokio nach New York. Noch ein Beispiel: 12.000 Computertomographien werden in Deutschland pro Jahr durchgeführt. Bei einer Ganzkörper-CT werden zwischen 1.000 μSv und 10.000 μSv verabreicht.

Mehr als die Hälfte der Evakuierungszone von 371 Quadratkilometer wurde inzwischen wieder für die Bevölkerung zum Wiederbezug freigegeben. Insgesamt kehrten etwa 50.000 Einwohner (2,6 % der Bevölkerung der Präfektur) nicht in ihre angestammte Heimat zurück. Selbst in die Dörfer nahe des Kraftwerkes Fukushima kehrt das Leben langsam zurück. Es wird aber noch Jahre dauern, bis die Narben des Unglücks verheilt sind. Zum Beispiel sind in Odaka Town, etwa 15 km vom Kraftwerk entfernt, erst ein Drittel (2.832 von einst 8.313) der Einwohner zurückgekehrt. Oder in Nami-Town - das erst 2017 freigegeben wurde - sind von den einst 20.000 Einwohnern erst 500 zurück.

Viele der hastig Evakuierten haben in den letzten sieben Jahren eine neue Heimat gefunden und wollen gar nicht zurückkehren. Einige haben auch Angst vor Strahlung und bleiben lieber woanders. Es kommen aber auch Menschen von anderswo nach Fukushima, um sich mit den Unterstützungsprogrammen der Regierung hier eine Existenz aufzubauen. Die "Todeszone" ist längst wieder zum Leben erwacht.

Das Soma Nomaoui Samurai-Festival zog jedenfalls im Jahr 2018 über 40.000 Besucher nach Fukushima an. Und landwirtschaftliche Produkte, wie die berühmten Fukushima Pfirsiche, sind wieder gefragt. Doch das ist hierzulande keine Nachrichten wert, da schüttelt sich der deutsche Haltungsjournalist vor Abscheu.

Wie sieht es heute auf dem Kraftwerksgelände aus?

Eines Vorab: Das Kraftwerk Fukushima ist heute eine Touristen-Attraktion. Tausende Nuklearexperten besuchen jährlich das Gelände. Welcher Nuklearexperte möchte sich nicht adeln, indem er sagt: "Ich war in Fukushima". Es bestehen lange Wartelisten für den Fukushima-Entgruselungsbesuch. Aber es gibt auch genügend normale "23.000 Yen-Sensations-touristen", die das Kraftwerksgelände wenigstens von Weitem sehen wollen. Ich kann mir schönere Orte für meinen Japanbesuch vorstellen.

Die Aufräumarbeiten haben von den hiesigen Medien völlig ignoriert gute Fortschritte gemacht. TEPCO veröffentlicht in regelmäßigen Abständen ein Vorher-Nachher-Video mit der gegenwärtigen Situation auf dem Gelände des havarierten Kraftwerkes - sehenswerte acht Minuten.

Mehr als 6.000 Menschen arbeiten an dem Rückbau des havarierten Kraftwerkes und vollbrin-

gen Leistungen, die den hiesigen Medien höchstens negativ erwähnenswert sind. Was die linken Journalisten am meisten ärgern dürfte und nicht ins Weltbild paßt: auf dem riesigen Gelände des havarierten Kraftwerks verkehrt ein fahrerloses vollelektrisches Bussystem. Gäbe es das woanders, wären die Jubelmeldungen endlos. Aber - das Kraftwerksgelände ist dekontaminiert und neue Sozialgebäude sowie eine komplett neue Infrastruktur für den Rückbau wurden errichtet.

Im Block 1 wird das zerstörte Gebäude repariert und der Kernbrennstoff aus den Abklingbecken entfernt. Auch das Gebäude des Blockes 2 wurde abgedichtet und die Entfernung des Brennstoffes aus den Becken wird vorbereitet. Am Block 3 wurde ein neues Dach installiert und der Abtransport des Brennstoffes aus den Becken wird vorbereitet. Block 4 ist vollkommen brennstofffrei. In den Reaktoren eins bis drei untersuchen Roboter den Zustand der teilweise geschmolzenen Reaktorkerne, um auch hier den Brennstoff zu entfernen. Dies wird aber noch ein paar Jahre dauern.

Um das Grundwasser am Eindringen und Ausfließen zu hindern, wurde um das gesamte Kraftwerk eine 1.500 Meter lange und 30 Meter tiefe Eis-Mauer in den Boden gefroren. Sie funktioniert wie ein Kühlschranks. Durch tausende von in die Erde getriebene Rohre fließt Kühlflüssigkeit, die das Erdreich wie eine Mauer gefrieren läßt - eine technische Meisterleistung, von der Sie, lieber Leser wohl kaum je etwas gehört haben. ... Daher gilt hier ironisch der erste Haferburgsche Medien-Lehrsatz: "Die deutschen Medien informieren mich umfassend und wahrheitsgemäß - außer auf dem Gebiet, von dem ich etwas verstehe".

Nach dem Unfall mußten die Aufräumarbeiter anfangs unter Vollschutzkleidung und Atemmasken arbeiten. Heute, dank Dekontamination, können sich die Arbeiter auf 96 % des gesamten Geländes in normaler Kleidung ohne Masken bewegen. Mehrere neue Wasseraufbereitungsfabriken dekontaminieren das in den Tanklagern aufgefangene radioaktive Wasser. Dieses Wasser wird noch in großen neuen Tanklagern zwischengelagert, in denen die provisorischen Tanks durch neue, geschweißte Tanks ersetzt wurden. Die Küstenmauer des Kraftwerkes wurde komplett neu wasserdicht erbaut. Große Lager für niedrigradioaktiven Bauschutt wurden eingerichtet.

Japan wird Vorreiter

Wer sehen will, was am 11. März 2011 wirklich in den Reaktoren von Fukushima passierte, sehe sich dieses Video an. Roboter dringen in das Innerste der kaputten Reaktoren ein und zeigen die teilweise geschmolzenen Reaktor-Bauteile. So schlimm der Gau auch war - Japan erarbeitet sich gerade eine echte Vorreiterrolle im Bauen von Robotern, die schier Unmögliches vollbringen. Und man sieht den Ingenieuren den Stolz auf ihre Geräte an, auch wenn man kein Japanisch kann.

Bis 2011 erzeugte Japan ein Drittel seines Stroms aus Kernenergie. Da Japan kaum über eigene Energiere Ressourcen verfügt, belastet der Import von Energieträgern die Japanische Industrie sehr hoch und gefährdet ihre Wettbewerbsfähigkeit. Anders als in Deutschland neigen die Japaner nicht zur Klima- und Atomhysterie.

Deshalb wurde ein Atomausstieg nach Fukushima nicht in Betracht gezogen. Im Gegenteil, die Japaner lernen aus ihren Fehlern. Japan rüstet seine 37 Reaktoren sicherheitstechnisch nach und nimmt sie sukzessive wieder in Betrieb. Die ersten zwei Einheiten wurden bereits 2015 wieder angefahren. Sieben weitere Reaktoren laufen heute wieder. 17 weitere Reaktoren befinden sich gegenwärtig im Prozesse der Wiedererteilung der Betriebsgenehmigung.

Ich habe mir die neuen Sicherheitsmaßnahmen vor Ort in Kashiwazaki Kariwa persönlich angesehen, sie sind durchaus beeindruckend. Gigantische Flutwälle, zusätzliche flutsichere Notstromaggregate, unabhängige Notkühlaggregate, erdbebensichere Notfallgebäude, Vorräte für autarke Langzeitversorgung der Mannschaft, strukturunabhängige Notfallkommunikationsmittel. ... Getan wird, was menschenmöglich ist, um ein zweites Fukushima zu verhindern. Ge-

tan wird alles, damit die Kernkraftwerke wieder angefahren werden können. Weil sie, so seltsam das klingt, von der Regierung für eine sichere Energieversorgung als notwendig erachtet und von der Bevölkerung akzeptiert werden.

Die deutsche Energiewende scheitert am Atomausstieg

Trotz der gigantischen Geldausgaben von über 500 Milliarden Euro wird Deutschland seine selbstgesteckten Ziele der CO₂ Einsparung für das Jahr 2020 völlig verfehlen. Die Energiewende ist gescheitert. Die Hauptursache für dieses Totalversagen ist der überstürzte Atomausstieg. Kernkraftwerke sind nun mal die einzige CO₂-freie wetterunabhängige Grundlastquelle. Gerichtet werden soll es jetzt mit einem genauso überstürzten Kohleausstieg.

"Aussteigen ohne Einzusteigen" ist das Motto, oder "Mehr vom Selben". Wahnsinn ist, wenn man versucht, mit mehr von denselben Mitteln, die vorher schon nichts brachten, ein besseres Ergebnis zu erzielen.

Um das eigene Komplettversagen in der Energiepolitik zu vernebeln, verweist die Politik jetzt auf Zeiträume weit außerhalb ihrer Legislaturperioden-Kompetenz. So werden halt andere Politiker für das Nichterreichen der nächsten Ziele und die damit verbundene Geldverschwendung verantwortlich sein. Beim Pro-Kopf Ausstoß von CO₂ rangiert Deutschland derzeit mit ca. 9 Tonnen pro Jahr auf Platz 24. Die Sieger der "Dekarbonisierung" auf Platz 1 bis 5 heißen Kongo, Niger, Äthiopien, Südsudan und Eritrea mit je weniger als 0,5 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr.

Liebe deutsche Landsleute, sollten Gretas und der Grünen Forderungen nach "der Änderung von Allem" umgesetzt werden, dann wißt Ihr jetzt, wo es hingehet. Und vielleicht meinte ja Angela Merkel genau das, als sie davon sprach, daß die deutsche Politik "Fluchtursachen beseitigen" muß. Nämlich dann, wenn Deutschland es schaffen würde, einen CO₂-Ausstoß von kleiner als einer Tonne pro Kopf zu erreichen. Dann bestünden absolut keine Fluchtursachen nach Deutschland mehr. Die Politik ist auf einem guten Weg dazu.

Manfred Haferburg ist Autor des Romans "Wohn-Haft". Der Roman beschreibt auf spannende Weise den aussichtslosen Kampf eines Einzelnen gegen ein übermächtiges System. Ein Kampf, der in den Schreckensgefängnissen des sozialistischen Lagers endet. Ein Kampf, in dem am Ende die Liebe siegt. ...<<

Das Internetportal "heise online" berichtete am 11. März 2021 (x1.069/...): >>**10 Jahre nach dem Super-GAU in Fukushima: Japans langer Weg zur Normalität**

Die Regierung in Tokio beansprucht große Fortschritte bei der Bewältigung der Atomkatastrophe in Fukushima. Doch Greenpeace kritisiert die amtlichen Pläne.

Von *Martin Kölling*

Die deutsche Regierung peitschte im ersten Schock nach dem Super-GAU von Fukushima den Atomausstieg durch. Doch Japans Regierung hält der Atomkraft bis heute die Treue, obwohl die Atomruinen weiterhin Radioaktivität in die Umwelt abgeben. In der neuen Energiestrategie sollen zwar erneuerbare Energien bis 2050 zwischen 50 und 60 Prozent des Stroms produzieren, um Japan bis dann klimaneutral zu machen. Aber Atomkraft und Thermalkraftwerke plant Japans Ministerium für Handel, Wirtschaft und Energie immerhin noch mit 30 bis 40 Prozent ein.

Mika Ohbayashi, Direktorin am japanischen Institut für erneuerbare Energie (REI), kritisiert das Ziel zwar als unrealistisch hoch. Schließlich müßten dafür wohl neue Reaktoren gebaut werden. Doch das erscheint politisch nicht durchsetzbar, so sehr sich die Regierung und der Betreiber der Reaktoren, Tepco, zum 10. Jahrestag der Atomkatastrophe auch bemühen, die Lage in Fukushima als normalisiert darzustellen.

Ein Besuch im AKW kurz vor dem Jahrestag glich einem surrealen Kontrastprogramm. Tepco präsentiert, wie sehr sich die Arbeitsbedingungen im Atomkraftwerk bereits gebessert haben. Die Arbeiter müssen sich schon lange nicht mehr, wie früher, 40 Kilometer entfernt in

Schutzkleidung werfen. Statt dessen dürfen sie ihre Autos auf dem AKW-Gelände parken. Auch auf einem Großteil des Geländes können sich die Menschen in normaler Arbeitskleidung bewegen. Dabei ragen nicht weit entfernt die Ruinen von vier zerstörten Reaktoren empor. In deren Umgebung steigt die Strahlung rasch, Schutzanzüge sind Pflicht. Aber auf dem Rest des Geländes haben die Retter die strahlenden Trümmer und Böden - und damit jeglichen amtlichen Zweifel an der Atomkraft - einfach mit einer Schicht Beton abgedeckt. Kurz vor dem Jahrestag erklärte dann Wiederaufbauminister Katsuei Hirasawa der Öffentlichkeit, daß auch die Dekontaminierung der Umgebung große Fortschritte mache. Seit Jahren lägen die Lebensmittel aus der Region unterhalb der Grenzwerte. Zudem würden immer mehr Siedlungen nach einer Dekontaminierung für die Besiedlung freigegeben. Nur noch 2,4 Prozent von Fukushima seien Sperrgebiet.

Greenpeace will Wiederbesiedlung stoppen

Damit dürfte er die skeptische Bevölkerung allerdings nicht überzeugen. In den jüngsten Jahren sprachen sich selbst nach Umfragen der japanischen Stiftung für Atomenergiekultur rund 60 Prozent der Japaner für einen sofortigen oder schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie aus. Und nun schürt auch noch Greenpeace Zweifel an den amtlichen Beteuerungen, daß die Rückkehr in freigegebene Gebieten so sicher sei wie von der Regierung behauptet. Zum einen kritisieren die Umweltschützer in ihrem Bericht "Fukushima Daiichi 2011-2021", daß 85 Prozent der Dekontaminierungszonen gar nicht dekontaminiert wurden, nämlich die Berge und Wälder der Region.

Zum anderen haben viele Greenpeace-Meßstellen auch in zur Besiedlung freigegebenen Regionen Strahlenwerte angegeben, die über dem ursprünglichen Versprechen der Regierung von einem Millisievert pro Jahr liegen. Zum Vergleich: In Deutschland liegt der Grenzwert für die effektive Dosis zum Schutz von Einzelpersonen der Bevölkerung beim gleichen Wert. Greenpeace fordert daher, die Wiederbesiedlung der Region zu stoppen und die Anwohner zu entschädigen.

Mehr von MIT Technology Review

Auch die Herausforderungen, die der Rückbau der Reaktoren stellen, bieten Anlaß zu Streit. Kurzfristig ist das größte Problem das mit der Dekontaminierungsanlage behandelte strahlende Kühlwasser, das auch nach dem Herausfiltern der meisten radioaktiven Nukleide noch toxisches Tritium enthält.

"Keine glaubwürdigen Pläne"

Langfristig ist die Bergung der geschmolzenen Brennstäbe mit Robotern die größte Herausforderung. In solchem Maßstab wurde dies noch nie durchgeführt. Die Planer rechnen daher, daß es 30 bis 40 Jahre dauern wird, bis die Strahlung beseitigt sein wird. Aber Greenpeace nennt den Plan "wahnhaft" und die Ziele "unerreichbar".

"Es gibt keine glaubwürdigen Pläne für die Rückholung der Hunderte von Tonnen Kernbrennstofftrümmer, die in und unter den drei Reaktordruckbehältern verblieben sind", schreibt die Organisation. Von einer Endlagerung ganz zu schweigen. Der Plan bedürfe daher einer grundlegenden Überprüfung, lautet das Fazit.

Auf die Auflösung des Meinungsstreits werden die Japaner noch Jahre warten müssen. Denn bislang gibt es keine Zeichen, daß eine der beiden Seiten eine Niederlage eingestehen wird. Der stille, aber zähe Widerstand gegen die Wiederbelebung der Atomkraft dürfte daher weitergehen. (bsc)<<

Das Internetportal "heise online" berichtete am 11. März 2021 (x1.070/...): >>Atomkraft: 10 Jahre Super-GAU in Fukushima und Deutschlands Kernkraftwendewende

Vor Fukushima meinte Angela Merkel, ein solcher Unfall passiere in einem Hightech-Land nicht. "Jetzt ist es eingetreten", sagte sie und verkündete den Ausstieg.

Von *Andreas Wilkens*

Am 11. März 2011 um 14.46 Uhr Ortszeit, 6.46 Uhr MEZ erschütterte ein Seebeben der Magnitude 9 den Norden der japanischen Hauptinsel Honshu. Das Epizentrum des Tohoku-Bebens lag 163 Kilometer entfernt vom AKW Fukushima Daiichi. Das Beben war die viertstärkste jemals auf der Erde registrierte seismische Erschütterung und stärker als alle zuvor in Japan gemessenen.

Vertikalbewegungen der Erdkruste setzten große Wassermassen in Bewegung. Um 15.27 Uhr und 15.35 erreichten zwei Tsunamiwellen die nördliche Ostküste der Insel. 560 qkm Festland wurden überflutet, 20.000 Menschen wurden getötet oder vermißt, 160.000 Menschen mußten sofort in Notunterkünften untergebracht werden.

Die Kettenreaktion in den Reaktorblöcken 1 bis 3 des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi, die zu der Zeit in Betrieb waren, wurde wie vorgesehen nach dem Beben schnellabgeschaltet. Durch das Erdbeben wurde das AKW vom öffentlichen Stromnetz getrennt, schildert das Bundesamt für Strahlenschutz. Die Reaktorblöcke 1 bis 4 wurden von etwa 13 Meter hohen Tsunamiwellen getroffen; die höher gelegenen Blöcke 5 und 6 wurden rund einen Meter hoch überschwemmt. Durch die Tsunamiwellen wurden die Diesellaggregate, die Notstrom-Schaltanlagen, die Batterien und die Kühlwassersysteme für die Notstromdiesellaggregate überflutet.

Notstromausfall

Dadurch fielen ab 15.36 Uhr mit wenigen Minuten Abstand in den Blöcken 1 bis 4 die Notstromdiesellaggregate aus und damit die Kühlung der Brennelemente in den Reaktorkernen und den Brennelemente-Lagerbecken, die ebenfalls gekühlt werden müssen. Allein im Abklingbecken von Block 4 lagerten 292 Tonnen hochradioaktive Brennelemente, wie Greenpeace erläuterte. In den Blöcken 1, 2 und 3 überhitzten innerhalb von drei Tagen die Reaktorkerne, Kernmaterial wurde über 2.000 ° C heiß und schmolz. Durch den Stromausfall war auch eine Überwachung der Anlagenparameter nicht mehr möglich.

Der Super-GAU von Fukushima

Das AKW Fukushima Daiichi mit seinen sechs Reaktorblöcken vor der Katastrophe. Es liegt Luftlinie rund 250 km von Tokio entfernt. Alle sechs Blöcke basieren auf den Siedewasserreaktor-Baureihen BWR 3 bis BWR 5 des US-Unternehmens General Electric; gebaut wurden sie zwischen 1971 und 1979. Block 1 sollte ursprünglich Ende März 2011 stillgelegt werden, die japanischen Behörden genehmigten Februar 2011 aber eine Laufzeitverlängerung um zehn Jahre.

In den Blöcken 5 und 6, die sich wie Block 4 zu dem Zeitpunkt in Revisionsstilland befanden, fiel die Notstromversorgung ebenfalls größtenteils aus. Ein verbliebener Notstromdiesel wurde für die Blöcke 5 und 6 abwechselnd benutzt, dadurch konnten dort schwere Kernschäden vermieden werden. In den von der Naturkatastrophe betroffenen AKW Onagawa und Higashi-Dori richteten das Erdbeben und der Tsunami vergleichsweise geringe Schäden an, diese konnten gesichert werden.

In den Blöcken 1 bis 3 des AKW Fukushima Daiichi ereigneten sich nach partiellen Kernschmelzen, die zu hohen Temperaturen und chemischen Reaktionen führten, Wasserstoffexplosionen, die große Teile und Einrichtungen zerstörten oder beschädigten. Im Block 4 gab es ebenfalls eine Wasserstoffexplosion. Die vier Anlagen wurden vollständig zerstört, große Mengen Radioaktivität wurden in die Atmosphäre freigesetzt, insbesondere Radionuklide der Elemente Jod-131, Tellur-132, und Cäsium-134/137.

Während Jod-131 eine Halbwertszeit von acht Tagen und Tellur-132 von drei Tagen hat - das Zerfallsprodukt Jod-132 zwei Stunden -, weist Cäsium-137 eine Halbwertszeit von rund 30 Jahren auf. Cäsium-134 wurde ungefähr in gleicher Menge wie Cäsium-137 in die Luft freigesetzt, hat aber eine Halbwertszeit von zwei Jahren. Heute ist vor allem noch Cäsium-137 für die erhöhte Strahlung im Gebiet um das AKW Fukushima Daiichi verantwortlich; besonders

das umliegende Bergland läßt sich schlecht dekontaminieren. Über den Blöcken 1 und 4 wurden provisorische Überbaukonstruktionen errichtet. Die Schäden an der Gebäudehülle von Block 2 sind beseitigt. Block 3 wird zurzeit eingehaust.

Hohe Strahlenwerte

In der ersten Phase bis etwa Ende März 2011 wurden immer wieder sehr hohe Strahlungswerte gemessen. Vor allem in den ersten Tagen traten Spitzenwerte der Ortsdosisleistung (ODL) von bis zu 12 Millisievert pro Stunde auf - der gesetzliche Jahresgrenzwert für die Strahlendosis einer beruflich strahlenexponierten Person wäre in dem Fall bereits nach etwa 100 Minuten erreicht, schildert die Gesellschaft für Reaktorsicherheit.

Jod-131, Cäsium-134, Cäsium-137 und Strontium-90 wurden als Kontamination des zur Notkühlung eingespeisten Wassers freigesetzt. Große Mengen kontaminierten Wassers haben sich über Leckagen der Sicherheitsbehälter in den Gebäuden angesammelt. Im März/April 2011 floß stark kontaminiertes Wasser ins Meer.

Der Zufluß von Grundwasser in die Gebäude wurde inzwischen erheblich reduziert. Zudem läuft eine Reinigungsanlage für das kontaminierte Wasser, das aus dem Gebäude wieder austritt. Damit kann radioaktives Cäsium fast vollständig herausgefiltert werden. Das im Kühlwasser enthaltene Tritium läßt sich nicht mit den üblichen Reinigungsmethoden herausfiltern. Wasser, das nach der Behandlung nicht wieder zur Kühlung der Reaktoren eingespeist wird, wird daher auf dem Anlagengelände in verschiedenen Behältern zwischengelagert.

Der Unfall im AKW Fukushima Daiichi wurde auf die höchste Stufe 7 "Katastrophaler Unfall" auf der internationalen Meldeskala INES eingestuft, die bis dahin nur der Super-GAU von Tschernobyl im April 1986 erreicht hatte. Im September 2018 anerkannte die japanische Regierung den ersten Todesfall im Zusammenhang mit den Super-GAU.

Ein früherer Mitarbeiter sei beim Einsatz an dem Unglücksreaktor atomarer Strahlung ausgesetzt gewesen und habe dadurch einen Lungenkrebs entwickelt. Der benachbarte Standort Fukushima Daini mit vier Reaktorblöcken kam ohne größeren Schaden davon und wurde auf der INES-Skala auf Stufe 3 eingeordnet.

"Das Atomgesetz wird novelliert. Damit wird bis 2022 die Nutzung der Kernenergie in Deutschland beendet. Die während des dreimonatigen Moratoriums abgeschalteten sieben ältesten deutschen Kernkraftwerke und das seit längerem stillstehende Kraftwerk Krümmel werden nicht wieder ans Netz gehen", erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 9. Juni 2011, 90 Tage nach dem Super-GAU von Fukushima. 2015, 2017 und 2019 solle jeweils ein AKW vom Netz geht, bis 2021 drei weitere Kraftwerke. Die drei neuesten Anlagen können bis Ende 2022 laufen.

Angela Merkels Regierungserklärung am 9. Juni 2011. (Quelle: Deutscher Bundestag)

Elf Jahre vor dieser Regierungserklärung der Bundeskanzlerin hatte die seinerzeit von Gerhard Schröder geführte rot-grüne Bundesregierung mit den Energieversorgungsunternehmen einen "Atomkonsens" vereinbart, nach dem im November 2003 das AKW Stade und im Mai 2005 das AKW Obrigheim endgültig abgeschaltet wurden. Die übrigen Atomkraftwerke hätten bis maximal 2020 laufen sollen. Im Herbst 2010 erhöhte die dann von CDU/CSU-FDP geführte Bundesregierung die Reststrommengen für die vor 1980 in Betrieb gegangenen sieben AKW für zusätzliche acht Betriebsjahre - auch als "Laufzeitverlängerung" bekannt; die anderen zehn Atomreaktoren erhielten Strommengen für zusätzliche 14 Jahre.

Am 17. März 2011, knapp eine Woche nach der Fukushima-Katastrophe, hatte die Bundeskanzlerin erklärt: "Wir können und wir dürfen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir gehen auch nicht zur Tagesordnung über, weder die Menschen in Deutschland - das zeigt das außergewöhnlich große Interesse an allen Sondersendungen im Fernsehen - noch die Politik. Auch die Bundesregierung kann das nicht, und sie ist nicht zur Tagesordnung übergegangen." Deutschland könne zwar nicht von derart gewaltigen Erdbeben und Flutwellen wie in Japan

getroffen werden, meinte Merkel. Die deutschen Atomkraftwerke gehörten zu den weltweit sichersten. Sie lehne es ab, die AKW in Deutschland abzuschalten, aber den Strom aus Atomkraftwerken anderer Länder zu beziehen.

In einem ersten Schritt sollten alle deutschen Atomkraftwerke noch einmal einer umfassenden Sicherheitsprüfung unterzogen werden, und zwar im Lichte der durch die Katastrophe von Fukushima entstandenen neuen Lage, erklärte Merkel am 17. März 2011: "Die bisher unbestrittene Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke beruht auf der Einhaltung des Atomgesetzes, der auf dem Atomgesetz beruhenden Rechtsverordnungen und der erteilten Genehmigungen. Die Vorkommnisse in Japan haben jedoch gezeigt, daß Ereignisse auch jenseits der bisher berücksichtigten Szenarien eintreten können."

"Genau das hat es bislang so in Deutschland nicht gegeben"

Am 9. Juni 2011 schließlich erklärte Merkel, das im Herbst 2010 von ihrer Regierung beschlossene Energiekonzept bleibe gültig: "Erreichen können wir diese Ziele nur durch einen tief greifenden Umbau unserer Energieversorgung, durch neue Strukturen und den Einsatz modernster Technologie." Die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie sei ein hohes Gut und müsse bewahrt und ausgebaut werden: "Denn ihr verdanken wir unseren Wohlstand."

Deutschland steige deshalb nicht einfach aus der Atomkraft aus, sondern schaffe die Voraussetzungen für die Energieversorgung von morgen. "Genau das hat es bislang so in Deutschland nicht gegeben", sagte Merkel. Die Novelle des Atomgesetzes, die Arbeit für ein Entsorgungskonzept, die Versorgungssicherheit und das Energiekonzept der Zukunft mit einer Hinwendung zu Erneuerbaren Energien seien eine Herkulesaufgabe - "ohne Wenn und Aber".

Als Begründung für die energiepolitische Neuausrichtung gab Merkel an, sie habe eine neue Bewertung vorgenommen: "Denn das Restrisiko der Kernenergie kann nur der akzeptieren, der überzeugt ist, daß es nach menschlichem Ermessen nicht eintritt. Wenn es aber eintritt, dann sind die Folgen sowohl in räumlicher als auch in zeitlicher Dimension so verheerend und so weitreichend, daß sie die Risiken aller anderen Energieträger bei weitem übertreffen."

Vor dem Unfall von Fukushima habe sie das Restrisiko der Atomkraft akzeptiert, weil sie überzeugt gewesen sei, daß es in einem Hochtechnologieland mit hohen Sicherheitsstandards nach menschlichem Ermessen nicht eintritt. "Jetzt ist es eingetreten."

In der darauffolgenden Debatte erwiderte Frank-Walter Steinmeier für die SPD, die Regierung habe mit ihrer innerhalb eines halben Jahres vollzogenen Kehrtwende eine energiepolitische Irrfahrt unternommen und Vertrauen zerstört. Was Merkel vorgelegt habe, sei nicht ein Gesetz zur Energiewende, "sondern es ist Ihr Irrtumsbereinigungsgesetz, das Sie jetzt auf den Weg bringen müssen".

Lehren aus Tschernobyl?

Wenn es um Unterstützung von Merkels Regierung ginge, würde er zu jedem einzelnen Gesetz Nein sagen, erklärte Steinmeier. "Aber es geht um mehr. Es geht um die Wiederherstellung von Vertrauen - auch in der Energiepolitik. Es geht um die Wiederherstellung eines energiepolitischen Grundkonsenses, den diese Regierung in der Vergangenheit ohne jede Not zerstört hat."

Steinmeier zitierte eine Bundestagsrede des früheren SPD-Abgeordneten Hans-Jochen Vogel vom 14. Mai 1986, drei Wochen nach dem Super-GAU von Tschernobyl: "Es ist ... ein Gebot der Vernunft, die Energiepolitik, insbesondere die Kernenergiepolitik, in der Bundesrepublik ... von Grund auf neu zu überdenken. ... Die Nutzung der vorhandenen Kernkraftwerke ist nur noch für eine Übergangszeit zu verantworten." Es habe 25 Jahre gedauert, bis die heutige Regierung an diesem Punkt angekommen seien, merkte Steinmeier an. "Das ist eine bemerkenswerte Lernkurve, Frau Merkel. Dazu gratuliere ich."

"Erfolg der Anti-AKW-Bewegung"

Der Grüne Jürgen Trittin resümierte, Merkel beende damit auch einen persönlichen Kampf.

"Zehn Jahre lang haben Sie gegen die Energiewende in Deutschland, gegen Energieeffizienz, Energiesparsamkeit und erneuerbare Energien gekämpft. Sie haben noch in der Bundestagswahl - ich zitiere - erklärt: 'Wenn ich sehe, wie viele Kernkraftwerke weltweit gebaut werden, wäre es jammerschade, wenn Deutschland aussteigen würde'."

Dabei bezog sich Trittin auf eine Rede der Kanzlerin auf dem Tag der Deutschen Industrie des BDI am 15. Juni 2009.

Merkel übernehme die Laufzeitbegrenzung von Rot-Grün und packe einen Deckel drauf, damit die von ihr selbst verursachte Zockerei mit den Reststrommengen ein Ende habe, sagte Trittin. "Sie üben tätige Reue und schalten die sieben ältesten Atomkraftwerke plus Krümmel ab, die aufgrund eben dieser Zockerei noch am Netz sind. ... Sie schalten damit die Kraftwerke ab, die gegen einen Flugzeugabsturz überhaupt keinen Schutz haben."

Daß Merkel "ihre Fahne einrolle", sah Trittin als ein Erfolg der Anti-AKW-Bewegung und der Umweltverbände. Es sei ein Erfolg der Hunderttausende von Menschen, die auf Mahnwachen, auf Demonstrationen und Sitzblockaden für einen Ausstieg gestritten haben. "Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie sich bei denen schon nicht entschuldigen wollen - dafür hätte ich ja Verständnis -, so finde ich, daß Sie sich heute bei diesen Menschen für die Nachhilfe hätten bedanken sollen, die sie Ihnen erteilt haben.

Im Land der Menschenkette

Am 12. März 2011 bilden Atomkraftgegner in Baden-Württemberg eine kilometerlange Menschenkette. Der Protest war lange geplant, der Widerstand gegen Atomkraftwerke ging in Deutschland schon über Jahrzehnte, spätestens seit den Planungen für ein AKW am Kaiserstuhl. Nach dem Erdbeben in Japan bekommt er ungeahnte Aktualität, die nukleare Gefahr ist Realität.

Im Land der Menschenkette wird Winfried Kretschmann am 27. März 2011 der erste grüne Ministerpräsident Deutschlands - und setzt damit in Baden-Württemberg einer jahrzehntelangen CDU-Ära ein Ende. Weitere grüne Wahlerfolge sollten die politische Landschaft in Deutschland nachhaltig prägen.

"Ich kann das immer nur mit der Vorgeschichte erklären", sagt Jürgen Trittin, nach den Ereignissen jenes Frühjahrs gefragt. Als Umweltminister der rot-grünen Koalition brachte er den Atomausstieg auf den Weg: Deutschland, so steht es im Ausstiegsgesetz von 2002, solle bis 2021 kein AKW mehr betreiben. So war es vor der Laufzeitverlängerung geplant." Zur Kehrtwende der Kanzlerin nach Fukushima sagt der Grünen-Politiker, Merkels Qualität zeichne sich dadurch aus, "daß sie nicht zweimal gegen die gleiche Wand" laufe.

Milliardenhoher Schadenersatz

Aber die Wand hat es in sich. Die Laufzeitverlängerung erweist sich als Kernproblem. Schadenersatzansprüche von Betreiberfirmen hätte es ohne sie nicht gegeben, sagt Trittin. Es geht dabei um weggefallene Strommengen, mit denen die Konzerne Eon, RWE & Co. nach früheren Plänen gerechnet hatten und nicht mehr erzeugen durften.

Kurz vor dem zehnten Jahrestag haben sich die Energiekonzerne mit der Bundesregierung über eine Entschädigung geeinigt, die ihnen laut Bundesverfassungsgericht zusteht. EnBW, Eon/PreussenElektra, Vattenfall und RWE bekommen zusammen gut 2,4 Milliarden Euro für entgangene Reststrommengen und überflüssige Investitionen nach der Kehrtwende der Bundesregierung.

Wind- und Sonnenenergie bekommen derweil einen historischen Schub. 2000 beträgt der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung noch 6,6 Prozent. Im vergangenen Jahr waren es nach Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft 44,6 Prozent. Bis 2030 will Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) bis zu 80 Prozent erreichen.

Deutscher Irrweg?

Parallel geht der Atomenergie-Anteil zurück. Aktuell sind noch sechs AKW in Deutschland am Netz. Anders in Ländern wie Finnland, die ihre Energieversorgung aus Überzeugung auf Nuklearenergie stützen. Auch China baut kräftig zu, Frankreich hat kürzlich grünes Licht für die Laufzeitverlängerung seiner ältesten Reaktoren gegeben. Selbst im Super-GAU-Land Japan ist Ausstieg keine Option.

Ein deutscher Sonderweg? Oder Irrweg gar? Nein, sagt Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Umweltministerium. Erneuerbare Energien würden immer günstiger, Atomenergie rentiere sich nicht, sei auch kein Beitrag zum Klimaschutz, sagt er übereinstimmend mit einer Studie, die die österreichische Regierung veranlaßt hat; das IDW hat zudem konstatiert, daß AKW zu störanfällig und unzuverlässig seien.

Diejenigen, die sich nach ihr zurücksehnten oder gar neue Reaktortypen anpriesen - wie zum Beispiel Bill Gates -, nennt Flasbarth "Realitätsverweigerer". Für ihn ist klar: Einen Weg zurück kann es nicht geben. Auch wenn noch viele Fragen offen sind.

Etwa die nach einem Endlager für den hochradioaktiven Müll. Weltweit gibt es ein solches noch nicht, in Deutschland soll bis 2031 eines gefunden sein. Die Vorsitzende des Bundestags-Umweltausschusses, Sylvia Kotting-Uhl, hält diesen Zeitplan für unrealistisch. Kritisiert wie viele Grüne auch das Tempo der Energiewende, daß in Deutschland weiterhin Uran angereichert werde und daß Brennelemente für den Export ins Ausland produziert würden - auch über 2022 hinaus. "Wir werden noch über vieles diskutieren müssen", sagt Kotting-Uhl, die damals in den Stunden der Katastrophe in der Menschenkette stand.

Auch zehn Jahre nach Fukushima reißt der Protest nicht ab. Klima- und Anti-Atom-Aktivisten sind alles andere als still - auch wenn sie derzeit keine Menschenketten bilden dürfen. Sie haben alte Sorgen und neue Fragen. Ob ihre Mobilisierungsmacht reichen wird, um Winfried Kretschmann erneut ins Amt zu tragen, wird sich am 14. März zeigen. Dann wird in Baden-Württemberg wieder gewählt.

Folgen für deutsche Energiekonzerne, Mitarbeiter, Verbraucher

Jahrzehntelang hatten die Energiekonzerne bestens davon gelebt, das gesamte Stromgeschäft zu kontrollieren - von der Erzeugung, über die Verteilnetze bis zum Vertrieb. Die großen Vier Eon, RWE, Vattenfall und EnBW verfügten über mehr als 80 Prozent der Kraftwerkskapazitäten in Deutschland. Das warf Milliarden Gewinne ab, insbesondere durch Großkraftwerke. Mit dem Ausstieg aus der Atomkraft und dem Start in die Energiewende erodierte dieses Geschäftsmodell.

Der Abriß der AKW kostet Milliarden, für die Zwischen- und Endlagerung des Nuklearmülls haben die Konzerne insgesamt knapp 24 Milliarden Euro an einen Staatsfonds überwiesen. Kritiker wie Jochen Stay von der Initiative "ausgestrahlt" bemängeln allerdings, die Konzerne hätten sich "von den Kostenrisiken der Atommüll-Lagerung mit einer Einmalzahlung freigekauft". Die Allgemeinheit müsse nun zahlen, wenn es teurer wird als gedacht.

Unter dem Druck tieferer Zahlen spalteten sich die Marktführer Eon und RWE auf und teilten ihre Geschäftsfelder untereinander auf. Eon betreibt inzwischen nur noch die Energienetze und verkauft Strom und Gas, RWE produziert noch bis längstens Ende 2038 Strom aus Braunkohle und baut die Ökostromproduktion kräftig aus.

Atomstrom in Deutschland

Im vergangenen Jahr kamen noch 12 Prozent des in Deutschland erzeugten Stroms aus Atomkraftwerken, 2010 waren es noch knapp 23 Prozent. Versorgungsengpässe hat das Abschalten der Reaktoren nicht ausgelöst. "Der Ausstieg aus der Kernenergie ist in Deutschland viel geräuschloser erfolgt, als man vor zehn Jahren gedacht hat", sagt der Energieökonom Prof. Andreas Löschel von der Universität Münster.

Atomstrom habe ohnehin durch die Energiewende keine dauerhafte Perspektive mehr, analy-

siert Löschel, der die Expertenkommission der Bundesregierung zum Monitoring der Energiewende leitet. "Mit der starken Zunahme der erneuerbaren Energien ist der Bedarf nach dauernd laufenden Kernkraftwerken sehr klein geworden." Da Atomkraftwerke wahrscheinlich in Zukunft nicht mehr rentabel betrieben werden wurde "in den Konzernzentralen der Kernkraft wohl nur eine Träne nachgeweint."

Drei AKW sind noch in Deutschland in Betrieb

Seit März 1984 ist Block C des AKW im bayerischen Gundremmingen in Betrieb. Block A war von 1967 bis 1977 in Betrieb. Der 1984 ans Netz gegangene Block B wurde am 31. Dezember 2017 abgeschaltet, Block C - ebenfalls 1984 in Betrieb genommen - folgte Ende 2021.

Die Mitarbeiter und die Verbraucher

Anders als in der Braunkohle sind direkt in Atomkraftwerken vergleichsweise wenige Mitarbeiter beschäftigt. Bei RWE arbeiteten Ende 2010 in den damals noch fünf Blöcken der Atomkraftwerke rund 2.700 eigene Mitarbeiter und Beschäftigte von Partnerfirmen. Ende vergangenen Jahres waren es in den beiden noch produzierenden RWE-Atomkraftwerken Emsland und Gundremmingen C gut 1.500 Menschen. In den Braunkohlekraftwerken und Tagebauen von RWE fallen durch die ersten Schritte beim Kohleausstieg nach Unternehmensangaben bis Ende kommenden Jahres 3.000 Stellen weg.

Für die Haushalte in Deutschland ist Strom in den vergangenen Jahren deutlich teurer geworden. Der Preisanstieg hat allerdings schon vor der schrittweisen Abschaltung der Atomkraftwerke eingesetzt. Nach Zahlen der Bundesnetzagentur verteuerte sich der Preis für eine Kilowattstunde von knapp 19 Cent im Jahr 2006 über gut 25 Cent im Jahr 2011 auf 32 Cent im vergangenen Jahr. Ein Hauptpreistreiber war dabei die EEG-Umlage zur Förderung des Ökostroms. Mit knapp 1 Cent pro kWh schlug die Umlage im Jahr 2006 zu Buche, aktuell zahlen die Haushalte 6,5 Cent.

Im Jahr 2012 wählten drei von vier Verbrauchern, die über das Vergleichsportal Verivox einen neuen Stromvertrag abschlossen, einen Ökostrom-Tarif. Doch in den folgenden Jahren sank die Nachfrage stetig, bis auf 32 Prozent im Jahr 2018. Seitdem zeigt der Trend wieder deutlich nach oben. Im Jahr 2020 betrug der Anteil der Ökostromwechsler bei Verivox 64 Prozent. Nach Fukushima habe die Abwendung von der Atomenergie im Mittelpunkt gestanden.

Der Strommarkt der Zukunft

Die Stromerzeugung wird auf immer mehr Schultern verteilt - und das erfordert massive Investitionen. Zurzeit gibt es in Deutschland rund 2 Millionen Photovoltaik-Anlagen auf den Hausdächern, die Zahl der Windräder auf See und an Land soll kräftig aufgestockt werden. "Der Umstieg auf eine erneuerbare Erzeugung wird ohne Ausbau der Stromnetze nicht gelingen", mahnt der Chef der Bundesnetzagentur, Jochen Homann. Die Energiewende werde nur gelingen, wenn "die sichere Stromversorgung gewährleistet bleibt".

Energieökonom Löschel ist überzeugt, daß der Kohleausstieg wegen künftig stark steigender Preise für CO₂-Zertifikate viel schneller gehen wird als geplant. "Deshalb brauchen wir rasch mehr Erneuerbare, mehr Netze und auch flexible Gaskraftwerke, um Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen." Hier kommen die großen Energiekonzerne wieder ins Spiel. "Sie werden auch künftig groß bleiben", betont Löschel. Denn die Investitionen in den Ausbau der Windenergie auf See, aber auch in Gaskraftwerke, Strom- und Wasserstoffnetze könnten nur sie stemmen. "Kleinere Unternehmen können das kaum finanzieren und dürften auch das Risiko nicht tragen wollen."

Fukushima heute

"Zehn Jahre sind vergangen, und ich lebe noch", erzählt Akiko Iwasaki und hält inne. An jenem 11. März 2011 war sie nur knapp dem Tode entronnen, als das Tohoku-Beben ihr Gasthaus an einer Meeresbucht erzittern ließ und der Tsunami "wie ein wilder Drache" auf die Kü-

ste traf. Ganze Ortschaften, Schulen, Friedhöfe und riesige Agrarflächen versanken in den Wassermassen. Der Super-GAU im Atomkraftwerk Fukushima Daiichi wurde zum Sinnbild der "3/11" genannten Dreifachkatastrophe.

Heute, zehn Jahre danach, betont die Regierung die Erfolge beim Wiederaufbau Tohokus und versichert, daß in der Atomruine alles "unter Kontrolle" sei. Zudem habe Japan, das seit jeher mit der tagtäglichen Gefahr durch Erdbeben konfrontiert ist, als Lehre aus der Katastrophe von "3/11" die weltweit schärfsten Standards für das Anfahren von Atommeilern eingeführt, beteuert die Regierung.

Heute seien alle Lebensmittel aus Fukushima, die auf den Markt kommen, vollkommen sicher, erklärte der Gouverneur von Fukushima, Masao Uchibori am Vorabend des 10. Jahrestages der Katastrophe und verweist auf Japans strenge Sicherheitsstandards für Lebensmittel.

Trauma gerät in Vergessenheit

Diese Botschaften will Japans Regierung der Welt auch zu den Olympischen Spielen im Sommer vermitteln. Daß viele Menschen in den Katastrophengebieten Tohokus jedoch auch zehn Jahre danach unter den Folgen der traumatischen Erlebnisse von "3/11" leiden, gerät im Rest des asiatischen Inselreiches dabei zunehmend in Vergessenheit.

Auch sie habe lange nur ihr eigenes Schicksal gesehen, sagt Iwasaki. Mit Schulden hat sie ihr vom Tsunami beschädigtes Gasthaus wieder aufgebaut. Daß viele andere Opfer im benachbarten Fukushima anders als sie entwurzelt wurden, sei ihr lange nicht bewußt gewesen. "Wir müssen zusammenhalten und nach vorne schauen", macht sie sich Mut.

"Tohoku hat sich nie wirklich vollständig erholt", erklärt Politikprofessor Koichi Nakano von der Sophia University Tokio der dpa. Die Bevölkerung ganzer Städte wurde umgesiedelt, was zum Verfall von örtlichen Gemeinschaften und zu Vereinsamung führte. Zwar hat der Staat mit einem gigantischen Aufwand weite Gebiete dekontaminieren lassen und die meisten Evakuierungsanordnungen inzwischen aufgehoben. Dennoch geht die Abwanderung, die es schon vor der Katastrophe im Zuge der Überalterung gab, weiter. "Viele Menschen fühlen sich zurückgelassen", erklärt Nakano.

Gewaltige Probleme in der Atomruine

Daß es auch in der Atomruine weiter gewaltige Probleme gibt, zeigte sich erst dieser Tage wieder, als in Folge eines erneut starken Erdbebens vor Fukushima die Kühlwasserstände in den drei zerstörten Reaktoren 1 bis 3 abfielen, was auf neue Schäden hindeutete. Zudem kam dabei ans Tageslicht, daß der Betreiberkonzern Tokyo Electric Power Company (Tepco) bereits seit einigen Monaten von zwei defekten Seismometern in einem der drei Reaktoren wußte - aber sie nicht reparieren ließ.

Der Lagerplatz für das radioaktiv belastete Kühlwasser wird knapp. Schon jetzt lagert Tepco 1,2 Millionen Tonnen kontaminiertes Wasser in 1.043 Tanks. Davon enthalten 958 bereits gefiltertes Wasser, das aber noch Tritium enthält, und in 71 Tanks befindet sich hochradioaktives Wasser mit Cäsium und Strontium.

Weil die zerstörten Reaktoren weiter gekühlt werden müssen und zusätzlich Regen- und Grundwasser in die Anlage eindringen, kommen täglich rund 170 Tonnen Kühlwasser hinzu. Japans Regierung will das Tritiumwasser ins Meer leiten. Dabei könnte es vor dem Ablassen ins Meer so weit verdünnt werden, daß die Aktivität unter 1.500 Becquerel pro Liter sinkt. Eine Alternative wäre, das Wasser zu verdampfen.

Täglich arbeiten am AKW Fukushima rund 4.000 Menschen beispielsweise daran, den Rückbau der zerstörten Reaktoren vorzubereiten und die Freisetzung von radioaktiven Stoffen weiter zu begrenzen, schildert die Gesellschaft für Reaktorsicherheit.

Aus den Blöcken 1 bis 3 muß das sogenannte Corium geborgen werden, eine Mischung aus geschmolzenen Materialien, die bei einer Kernschmelze entsteht. Sie besteht aus Kernbrenn-

stoff und den Hüllrohren der einzelnen Brennstäbe, Steuerstäben, den Werkstoffen der betroffenen Teile des Reaktors sowie ihren chemischen Reaktionsprodukten mit Luft und Wasser.

Wo ist das Corium?

Wird der Reaktordruckbehälter (RDB) vom Corium durchbrochen, kommt zu der Masse noch geschmolzener Beton vom Boden des Reaktorgebäudes dazu. Im Gegensatz zu den Brennelementen, die nach wie vor in den Lagerbecken ruhen, ist das Corium in unterschiedlichem Umfang aus den RDB ausgetreten und in die jeweils darunter liegenden Teile der Reaktorgebäude gelangt.

"Es ist sehr schwierig, Aussagen darüber zu treffen, wo genau sich das Corium im Reaktorgebäude verteilt hat", erläutert die GRS. Die 1.533 Brennelemente aus dem Lagerbecken von Block 4 konnten hingegen bis Ende Dezember 2014 und bis Ende Februar 2021 alle 566 Brennelemente aus Block 3 geborgen werden. In Block 1 werden seit Januar 2018 Trümmer entfernt. In Block 2 laufen die Vorbereitungen, um eine Brennelemente-Entlademaschine zu errichten. Nach jetzigem Planungsstand sollen die letzten Brennelemente auf der Anlage im Laufe des Jahres 2031 geborgen werden.

Um mit dem Rückbau beginnen zu können, mußte das Gelände erst aufgeräumt werden, es war völlig verwüstet. Gebäude waren teilweise zerstört, Strommasten abgeknickt und weite Teile des Anlagengeländes um die Reaktorgebäude herum mit Schlamm und Trümmern bedeckt. Die Strahlung behinderte die Aufräumarbeiten stark, das Gelände konnte nur mit Schutzausrüstung betreten werden, teilweise wurden ferngesteuerte Roboter eingesetzt.

Zehntausende in Notunterkünften

Derweil müssen weiterhin Zehntausende Bewohner Fukushimas in Behelfsunterkünften leben. Ärzte beklagen eine andauernd erhöhte Rate an Depressionen, Selbstmorden sowie Posttraumatischen Belastungsstörungen unter Menschen in den radioaktiv verstrahlten Gebieten. "Es gibt eine direkte Korrelation zwischen dem Ausmaß der radioaktiven Belastung am jeweiligen Wohnort in der Präfektur Fukushima und dem psychosozialen Streß, dem die Bevölkerung ausgesetzt wurde", erklärt Angelika Claußen, Ärztin für Psychiatrie und Psychotherapie und Europavorsitzende der Ärzteorganisation IPPNW.

Sie wirft der japanischen Atomindustrie und dem Staat zudem vor, unabhängige Forschung zu den Folgen des Super-GAUS zu unterdrücken. Bislang sei lediglich Schilddrüsenkrebs systematisch untersucht worden. Besonders betroffen in Fukushima seien Kinder, die im Jahr der Kernschmelzen noch im Mutterleib waren. Noch heute gibt es Mütter, die aus Sorge um ihre Kinder kein Leitungswasser trinken. Viele sind in Netzwerken organisiert. Tausende flohen aus Fukushima, wo die Landwirte weiter massiv darunter leiden, daß viele Menschen trotz aller Aufklärungsbemühungen einen Bogen um ihre Produkte machen.

Auf die gesundheitlichen Folgen in Folge der Evakuierungen wie Streß, Herzprobleme und andere Krankheiten geht eine Studie ein, die das UN-Strahlenschutzkomitee (UNSCEAR) am 9. März 2021 anlässlich des zehnten Jahrestags der Katastrophe veröffentlicht. Es gebe aber in der japanischen Bevölkerung keine statistisch nachweisbare Schäden durch Verstrahlung. Die radioaktive Belastung erhöhe das Krebsrisiko der Bevölkerung nicht in einem Ausmaß, das eindeutig über normalen Werten liege.

Die Unsicherheiten und Ängste wegen der Gefahren der Strahlung zerstörten dennoch auch viele Ehen. Während vor allem Frauen und Mütter noch heute Angst haben und den Verlautbarungen des Staates und mancher Medien nicht trauen, treibt Männer vor allem die Sorge vor Arbeitslosigkeit um. Es gibt zudem Angst vor gesellschaftlicher Stigmatisierung und Diskriminierung - ein Phänomen, das in Japans Gesellschaft immer wieder auftritt, wenn Menschen Gesundheitsgefahren ausgesetzt sind. So auch jetzt wieder in der Corona-Pandemie.

Doch all diese Probleme sind im Rest des Landes zunehmend in Vergessenheit geraten. Das betrifft auch die vielen anonymen Arbeiter, die zur Dekontaminierung angeheuert wurden -

darunter auch Obdachlose. Kritiker sprechen von Ausbeutung, doch niemand mache sich Gedanken über diese Menschen, die wie Aussätzige behandelt würden.

"Je weniger die Medien über die Probleme der Lokalbevölkerung berichten, desto mehr verschwindet das aus dem Bewußtsein der Menschen", erklärt Barbara Holthus, stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Japanstudien (DIJ) in Tokio. Zugleich aber habe die Katastrophe viele soziale Bewegungen aufkommen lassen. Dazu gehören all jene Freiwilligen, die sich noch heute vor allem um die seelische Betreuung der Menschen kümmern, die enturzelt wurden.

Keine grundlegenden Veränderungen

Während die Katastrophe in Fukushima in Deutschland den Atomausstieg bewirkte, blieben in Japan grundlegende gesellschaftliche Veränderungen aus. Der kurz nach der Katastrophe an die Macht gekommene rechtskonservative Ministerpräsident Shinzo Abe habe in all den vergangenen Jahren ein politisches Klima in Japan geschaffen, "das einem potentiellen Ruck durch die Gesellschaft komplett entgegensteht", erklärt die Japanologin Gabriele Vogt. Abe wollte Japan "zurückholen" zu alter Stärke, ganz dem Image entsprechend, das die Welt von Japan hat. Auch diesem Ziel dienen die Olympischen Spiele.

Abe gelang es laut Beobachtern, daß die Opposition zersplittert und schwach da steht, die staatstragenden Medien noch zurückhaltender als zuvor schon geworden sind, und gerade viele Jüngere eine grundlegend apolitische Haltung an den Tag legen. Von den Massendemonstrationen bald nach der Katastrophe ist heute nichts mehr zu sehen. Zwar will die konservative Regierung unter Abes Nachfolger Yoshihide Suga die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Null reduzieren. Dennoch hält sie weiter an der Atomenergie fest.

Auch die Kungelei zwischen Regierung und Atomindustrie - Kritiker sprechen vom "Atomdorf", zu dem viele auch Japans staatstragende Medien zählen - besteht weiter, wie der zum Zeitpunkt des Super-GAU regierende Ex-Premier Naoto Kan betont.

Noch während seiner Amtszeit war Kan von einem Befürworter zu einem entschiedenen Gegner der Atomkraft geworden. Damit steht er nicht allein. In Umfragen befürwortet die Mehrheit der Japaner heute eine Abkehr von der Atomenergie, was auch beim lokalen Widerstand gegen das Wiederanfahren von Reaktoren zum Ausdruck kommt. Unter der Oberfläche "köchelt es - auf kleiner Flamme", sagt Expertin Holthus. Indessen wird mit der endgültigen Stilllegung des AKW Fukushima Daiichi für 2051 gerechnet.

Mißmanagement und ein Held

Der damalige Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) betonte in der Bundestagsdebatte am 9. Juni 2011, anders als die bisherigen Atom-Katastrophen wie Tschernobyl sei die Katastrophe von Fukushima die Erste, die nicht auf menschliches, sondern auf technisches Versagen zurückzuführen sei. Gut vier Jahre später nahmen sich der Professor für Bau- und Umweltingenieurwesen Costas Synolakis von der USC Viterbi School of Engineering und PhD Utku Kanoglu von der TU des Nahen Ostens in der Türkei Regierungs- und Unternehmensberichte zum Super-GAU von Fukushima vor.

Sie resümierten, daß Arroganz und Unwissenheit, Designfehler, regulatorische Fehler und unsachgemäße Gefahrenanalysen in Fukushima am Werk gewesen seien. Es habe eine Abfolge von industriellen, regulatorischen und technischen Ausfällen gegeben.

Laut Synolakis und Kanoglu gab es Konstruktionsprobleme, die zu der Katastrophe geführt hätten und die lange vor dem Erdbeben hätten behoben werden müssen. In den vier beschädigten Atomkraftwerken Onagawa, Fukushima Daiichi, Fukushima Daini und Toka Daini wurden durch den Tsunami laut der Studie 22 der insgesamt 33 Reservedieselmotoren zerstört, darunter 12 von 13 in Fukushima Daiichi. Von den insgesamt 33 Notstromleitungen zu externen Generatoren wurden alle bis auf zwei vom Tsunami zerstört.

Der Betreiber Tepco habe die Klippe am Standort des AKW Fukushima Daiichi abtragen las-

sen, um einfacher und kostengünstiger das Wasser aus dem nahen Meer nutzen zu können. Dabei habe Tepco potentielle Tsunamihöhen unterschätzt und sich auf interne fehlerhafte Daten sowie unvollständige Modellierung gestützt. Zudem habe Tepco und Warnungen japanischer Wissenschaftler ignoriert, daß größere Tsunamis möglich seien.

Verschätzter Wasserstand

Vor der Katastrophe habe Tepco geschätzt, daß der Wasserstand in Fukushima Daiichi höchstens auf 6,1 Meter ansteigt. Die Zahl scheint laut Synolakis und Kanoglu auf der Annahme von Erdbeben der Magnitude 7,5 zu basieren, obwohl bereits Erdbeben der Magnitude 8,6 entlang der betreffenden Küste aufgezeichnet worden waren. Während der Katastrophe 2011 erreichten die Tsunamiwellen in Fukushima Daiichi jedoch eine Höhe von schätzungsweise 13 Metern.

Das Erdbeben in Chile Ende Februar 2010, das die Magnitude 8,8 erreichte, hätte für Tepco eine letzte Chance sein können, einen Unfall in Fukushima zu vermeiden, sagte Synolakis. Tepco habe zwar Fukushima Daiichi erneut sicherheitsbewertet, sei dabei aber von 5,7 Meter als maximal mögliche Höhe eines Tsunamis ausgegangen; und dies wiederum gegen die veröffentlichten Empfehlungen einiger seiner eigenen Wissenschaftler.

Synolakis machte als ein Problem aus, daß Tepco alle Studien intern durchgeführt habe. Auch fehle es weltweit an Standards für eine Ausbildung, die auf Gefahren durch Tsunami gerichtet ist und eine spezielle Zertifizierung von Ingenieuren und Wissenschaftlern, die Gefahrenstudien durchführen - und ebenso für die Regulierungsbehörden, die sie überprüfen.

Das benachbarte AKW Fukushima Daini unterscheidet sich von Daiichi laut Untersuchungen des Öko-Instituts, daß wesentliche Einrichtungen des Zwischen- und Nebenkühlwassersystems in Nebenkühlwassergebäuden untergebracht sind. Sie seien damit deutlich robuster auch gegenüber "auslegungsüberschreitenden Überflutungsereignissen". Die an Daini gemessenen Erdbebenbeschleunigungen sowie die Höhe des Tsunami seien "signifikant geringer als am Standort Fukushima Daiichi" gewesen.

Tepco hatte inzwischen auch eingestanden, daß die Belegschaft des Atomkraftwerks nicht für den Fall trainiert gewesen war, wenn der Strom komplett ausfällt.

Ungehorsamer Direktor

Die Fehleinschätzungen der Tepco-Führung hatte sich bis zum Katastrophentag selbst fortgesetzt. Masao Yoshida, Direktor des Atomkraftwerks von Fukushima Daiichi, setzte sich in den ersten Stunden nach dem Erdbeben über eine Anordnung seiner Arbeitgeber hinweg. Tepco wollte das Einpumpen von Meerwasser zur Kühlung der beschädigten Reaktoren anhalten, bis der damalige Ministerpräsident Naoto Kan über die Lage informiert sei. Yoshidas für Japan ungewöhnliche Gehorsamsverweigerung verhinderte Schlimmeres. Er setzte die Kühlung fort.

Yoshida wurde zunächst gemaßregelt, aber später von der Presse als Held gepriesen. "Ich dachte mehrmals, ich würde sterben", sagte er später über die dramatischen Stunden. Mitglieder des Sonderausschusses des japanischen Parlaments, der den Super-GAU untersucht hatte, glauben, daß ohne Yoshidas Entschlossenheit die AKW-Arbeiter nie die Kraft gehabt hätten, gegen die Auswirkungen des Unfalls anzugehen. Yoshida starb im Juli 2013 an Speiseröhrenkrebs.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.07.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 50 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x343/79) = Verrat am Wähler. Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14, Seite 79.

x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler</u> . Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
------	--

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x935	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/11/18/das-verhaengnis-der-politischen-parteien/ - Juli 2019
x952	https://kritisches-netzwerk.de/forum/der-parteien-staat-gewaltenteilung-existiert-deutschland-nur-auf-dem-papier - November 2019
x966	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/05/17/fassade-demokratie/ - November 2019
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021
x1.055	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/politik-ohne-parteien - Januar 2022
x1.058	https://www.rubikon.news/artikel/das-wundermittel - Januar 2022
x1.068	https://www.heise.de/newsticker/meldung/Fukushima-sechs-Jahre-nach-dem-AKW-Gau-Die-Regierung-verraet-die-Opfer-3647996.html - Januar 2022
x1.069	https://www.heise.de/hintergrund/10-Jahre-nach-dem-Super-GAU-Japans-langer-Weg-zur-Normalitaet-5076496.html - Januar 2022
x1.070	https://www.heise.de/hintergrund/Atomkraft-10-Jahre-Super-GAU-von-Fukushima-und-Deutschlands-Kehrtwendewende-5072422.html?seite=all - Januar 2022
x1.071	https://www.heise.de/tp/features/Was-die-Querdenker-eint-6351309.html?seite=all - März 2022
x1.072	https://www.heise.de/tp/features/Weltklimarat-weiter-in-Glaubwuerdigkeitskrise-3384412.html - März 2022

x1.073	https://www.kla.tv - März 2022
x1.074	https://eike-klima-energie.eu/2021/08/22/klimawahn-und-covid-19-als-vorwand-fuer-totalitaere-herrschaft-papst-benedikt-xvi-hatte-vor-10-jahren-leider-recht/ - März 2022
x1.075	https://eike-klima-energie.eu/2019/12/10/der-klimawahnsinn-gefaehrdet-die-lebensgrundlagen-von-milliarden-menschen/ - März 2022
x1.076	https://eike-klima-energie.eu/2017/07/28/was-ist-wahr-die-photosynthese-oder-die-geschichte-vom-klimamakiller-co2/ - März 2022
x1.077	https://eike-klima-energie.eu/2009/07/26/klimawandel-offener-brief-an-kanzlerin-merkel-temperaturmessungen-ab-1701-widerlegen-anthropogen-verursachte-temperaturschwankungen/ - März 2022
x1.078	https://eike-klima-energie.eu/2021/12/05/bestialische-gruene-ideologie-auf-dem-klimagipfel-cop26/ - März 2022
x1.079	https://eike-klima-energie.eu/2021/10/02/wie-es-zum-ipcc-kam-die-geburt-einer-genialen-idee/ - März 2022
x1.080	https://eike-klima-energie.eu/2021/06/17/falsches-covid-narrativ-von-fauci-ein-mikro-kosmos-von-klima-luegen/ - März 2022
x1.082	https://eike-klima-energie.eu/2019/03/13/der-ausgeblieben-weltuntergang-was-ist-eigentlich-in-fukushima-los/ - März 2022